

natürlich eine andere. (*Hellwig*: Wir könnten das Thema vielleicht auf die nächste Tagesordnung setzen!)

Herr Storch hat geschworen. Er hat den Schwur vor einer Woche geleistet, daß er in spätestens 14 Tagen dem Kabinett die Grundzüge einer Sozialreform vorlegen werde. Ich hoffe, daß es ihm gelingt, Wort zu halten. Dann werden wir auch diese Grundzüge hier einmal beraten. Ich würde vorschlagen, auch eine Besprechung der Grundzüge des Wahlrechts vorzunehmen.

Noch eine Mitteilung! Herr Bundesminister Lübke wird am Mittwoch 60 Jahre alt. Wir wollen ihm gratulieren. (*Zuruf*: Am Donnerstag!) Am Donnerstag? Mir hat er gesagt am Mittwoch; ich weiß es nicht.¹¹²

Damit, meine Damen und Herren, darf ich die Sitzung schließen.

6

Bonn, 5. Februar 1955

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bach, von Brentano, Cillien, Eplée, Fay, Fricke, [Gerstenmaier], [Globke], Grahl, Gurk, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Kaiser, Kiesinger, Krone, Kunze, Lensing, von Lojewski, Majonica, [Pferdmenges], Frau Pitz, [Schäffer], Schmidt, Wackerzapp, [Wegmann], Wuermeling, Zimmer.

Kurzer Bericht über die Pariser Verträge; Saarfrage. Innenpolitische Aufgaben; geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Besprechung der Wahl eines stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden. Besprechung der Sitzung des erweiterten Bundesparteiausschusses.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.40 Uhr

¹¹² Lübke hatte am 14. Oktober (Donnerstag) Geburtstag. – Heinrich Lübke (1894–1972), 1932–1933 MdL Preußen (Zentrum), 1945 CDU, 1946–1952 MdL NW, 1947–1952 Landwirtschaftsminister, 1949–1950, 1953–1959 MdB, 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. WINTER S. 56–90; MORSEY: Bundespräsident, insbes. S. 29–33 mit weiterer Literatur; zur Agrarpolitik Lübkes Ulrich KLUGE: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, 202. Sonderheft). 2 Bde. Hamburg-Berlin 1989, hier Bd. 1 S. 167–255.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich stelle zunächst fest, daß wir es zu einer Parteischelle noch immer nicht gebracht haben. Herr Heck, vielleicht können Sie auch einmal dieser Sache Ihre Aufmerksamkeit widmen.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bin etwas erstaunt über die Fülle der anwesenden Vertreter. Ich darf feststellen, daß tatsächlich alle Vorstandsmitglieder hier sind. Vor Beginn möchte ich noch einmal auf die besondere Vertraulichkeit unserer Verhandlungen hier aufmerksam machen. Wir werden morgen im Parteausschuß die Vertraulichkeit nicht so wahren können. Dort ist die Presse vertreten.

Ich habe zu meiner großen Überraschung heute früh in der Zeitung gelesen, daß das, was ich sagen werde, durch den Rundfunk übertragen wird.¹ Ich wäre sehr dankbar gewesen, wenn ich das schon gestern gehört hätte. So habe ich es durch Zufall heute in der Zeitung gelesen.

Ich hatte mir die Vorstandssitzung so gedacht, daß wir hier einmal in der Familie sprechen und alles das sagen, was wir auf dem Herzen haben, und zwar in der festen Gewißheit, daß davon nichts nach draußen kommt. Ehe ich nun die Sitzung eröffne, habe ich die schmerzliche Pflicht, unseres verstorbenen Freundes, des Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers zu gedenken. (*Die Anwesenden erheben sich.*) Herr Ehlers ist am 29. Oktober vorigen Jahres von uns gegangen; er stand im vollen Sinne des Wortes in der Vollkraft seiner Jahre. Ich glaube, jeder von uns, der ihn jetzt im Geiste vor sich sieht, wird noch genauso erschüttert sein, wie wir damals alle waren, als wir hörten, daß er so plötzlich von uns weggerufen wurde. Herr Ehlers ist schon im Jahre 1945 zur CDU getreten, weil er – wir haben das ja im Laufe der Jahre immer wieder bei ihm empfunden und gefühlt – zutiefst davon überzeugt war, daß nur eine Politik, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung steht, in der Lage ist, Deutschland und Europa vor einem Zeitalter des Materialismus und der Unfreiheit zu retten.

Herr Ehlers hat im Laufe der Jahre sich in besonders verdienstvoller Weise der so wichtigen Aufgabe gewidmet, die Verbindung mit unseren evangelischen Parteifreunden zu pflegen. Er hat das mit außerordentlich großem Erfolg getan. Mir ist besonders eindrucksvoll gewesen, als ich kurze Zeit nach seinem Heimgang die Bischöfe aus Niedersachsen bei mir sah und einstimmig von ihnen hörte, wie tief und schmerzlich sie den Verlust empfanden, den auch wir alle in der Christlich-Demokratischen Union erlitten haben durch den Tod von Hermann Ehlers. Wir werden ihm als einem vorbildlichen Mitglied unserer Partei allezeit ein treues Andenken bewahren. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst willkommen heißen – ich sehe ihn im Augenblick nicht – den neuen Landesvorsitzenden von Oldenburg, Herrn

¹ Laut ap sollte Adenauer am Sonntag, dem 6. Februar, zu den „Aktionen“ der Opposition, eine Volksbefragung durchzuführen, Stellung nehmen (FAZ vom 5. Februar 1954).

Wegmann². Herr Wegmann, ich begrüße Sie in unserer Mitte. Wir kennen uns seit langen Jahren. Wir wissen, welch guter und treuer Mitarbeiter Sie waren innerhalb der Christlich-Demokratischen Union. Ich heiße Sie herzlich willkommen.

Lassen Sie mich nun einige Worte zur Tagesordnung sagen. Sie finden unter Punkt 1: Kurzer Bericht über die Pariser Verträge. Ich hatte mir den Punkt 1 so gedacht, daß wir hier nicht über die Einzelheiten der Pariser Verträge sprechen sollten. Diese Einzelheiten sind unabänderlich. Es handelt sich um eine politische Frage; man sagt entweder ja oder sagt nein. Bei internationalen Verträgen kann man eben nicht an Einzelheiten herumäkeln, sonst wird das ganze große Werk gefährdet.

Ich wollte mir erlauben, heute in sehr großen Zügen zu Ihnen zu sprechen. Nach Besprechung mit einigen Freunden hatte ich mir die Verhandlungen morgen so gedacht, daß ich zum Punkt 1 der Tagesordnung ebenfalls nur einige einleitende Worte sagen würde. Hier hat man nun mit der Rundfunkübertragung einen Strich durch gemacht. Ich muß also morgen etwas mehr sprechen. Ich bedaure das an sich; denn ich hatte Wert darauf gelegt, daß morgen über die wirtschaftliche Seite der ganzen Angelegenheit Herr Professor Erhard und über die finanzielle Seite Herr Bundesfinanzminister Schäffer sprechen werden. Ich heiße Herrn Bundesminister Schäffer herzlich willkommen bei uns, nicht nur als Ministerkollege, sondern wohl auch als Mitglied der CSU.

Meine Damen und Herren! Diese Frage der Einführung einer Wehrmacht, die ja auch sehr große wirtschaftliche Folgen haben wird, wird neuerdings von den Sozialdemokraten sehr nach vorn geschoben in ihrer Agitation. Es ist notwendig, darüber morgen etwas zu sagen. Das sollte Herr Erhard tun. Und Herr Kollege Schäffer sollte dann über die finanziellen Auswirkungen sprechen. Danach sollte eine Mittagspause eintreten. Ich hatte mir gedacht, daß es Sie interessieren wird, wenn nach der Mittagspause Herr Blank und Herr Hallstein, und zwar Herr Hallstein über die Saarfrage, zu Ihnen sprechen würden.

Vor allem aber wird es nötig sein, morgen Gelegenheit zu einer ausgiebigen Diskussion zu geben. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie heute oder morgen entweder selbst sprächen oder aber Mitglieder des Parteiausschusses veranlaßten, Fragen zu stellen, damit aufgeklärt werden kann. Nun wird das, was ich morgen sagen will, durch den Rundfunk etwas gestört, aber ich denke, wir können es so einrichten, daß wir es, wie vorgesehen, auch durchführen können.

Ich möchte diejenigen Herren, die besonderes Interesse am Saarstatut³ haben – das sind Herr Ministerpräsident Altmeier, Herr Minister Zimmer und vielleicht auch Herr

2 August Wegmann (1888–1976), 1924–1933 MdR (Zentrum), 1945 Ministerialdirektor im Oldenburgischen Staatsministerium, 1946–1947 Innenminister von Oldenburg, 1947–1953 Präsident des niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg, 1955–1970 MdL Niedersachsen (CDU), 1955–1959 Innen- bzw. Finanzminister (ab 1957), 1955–1965 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Oldenburg.

3 Text in SCHMIDT 3 S. 685–690.

Kemper, ich weiß aber nicht, ob er zu erreichen ist –, bitten, mit Herrn Staatssekretär Hallstein im Anschluß an die Verhandlungen zu sprechen, da gewisse Einzelheiten der Verhandlungen, die in den letzten Wochen gepflogen worden sind, sich nicht zur Wiedergabe in einem größeren Kreis eignen. Ich habe Herrn Staatssekretär Globke gebeten, das zu veranlassen. Herr Globke, Sie werden bitte daran denken und sich mit den Herren in Verbindung setzen, damit sie mit Herrn Hallstein diese Aussprache führen können.

KURZER BERICHT ÜBER DIE PARISER VERTRÄGE

Adenauer: Ich möchte zunächst einige Worte sagen über die Lage in der ganzen Welt. Diese Lage in der Welt ist in Wahrheit heute kritischer, als sie überhaupt jemals in den letzten Jahren gewesen ist. Man darf wohl die verschärfte Lage im Osten auf denselben Urheber zurückführen, der auch in Korea und in Indochina gewirkt hat, der in Nordafrika und auch auf irgendeine Weise in der Bundesrepublik wirkt, d.h. die Entschlossenheit Sowjetrußlands, alles zu tun, was in seiner Macht steht, um einen Zusammenschluß der freien Welt zu verhindern.

Ich bin der Auffassung, daß Tschou En-Lai⁴ aus sich heraus niemals gewagt haben würde, gegenüber den Angeboten und Vorschlägen, die jetzt gemacht worden sind, eine derartige Haltung einzunehmen, wenn nicht Sowjetrußland dahintersteckte. Die wirtschaftliche Lage Rotchinas ist so schlecht und seine Industrieproduktion so gering, daß Rotchina aus eigener Kraft nicht daran denken kann, auch nur acht Tage lang einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu führen. Diese geradezu herausfordernde Sprache Tschou En-Lais ist nur darauf zurückzuführen, daß hinter ihm ein Stärkerer steht, der es antreibt.

Es ist nicht ohne Grund, daß Sowjetrußland gerade in diesen Tagen und Wochen die Zange in Asien ansetzt. Das wirkliche Ziel Sowjetrußlands ist nach meiner Meinung die Verhütung der Einheit Europas, weil eben Sowjetrußland zur Unterstützung seiner Pläne das menschliche, wirtschaftliche und politische Potential Westeuropas absolut braucht. Es geht Sowjetrußland tatsächlich darum, im letzten Augenblick die Einigung Europas zu verhindern. Der eine oder andere von Ihnen wird vielleicht denken, das sind Thesen, die wir nun seit Jahr und Tag gehört haben. Das ist richtig, aber das ist kein Gegenbeweis gegen die Richtigkeit einer These. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß, wenn Sowjetrußland immer wieder dasselbe versucht, nämlich das Zustandekommen eines wahren Friedens in der Welt zu verhindern, dies nur ein

4 Tschou En-Lai, auch Tschu En-lai, Chou En-lai, Zhou Enlai (1898–1976), chinesischer kommunistischer Politiker; 1949–1976 Ministerpräsident und bis 1958 Außenminister. – Vgl. zu den folgenden Ausführungen ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 438f.; zu den Auseinandersetzungen zwischen Rot- und Nationalchina (Formosa) um Inseln im ostchinesischen Meer AdG 1955 S. 4984–4988, 4991–4993.

Beweis für die Richtigkeit dieser These und ein schlagender Beweis dafür ist, daß es richtig ist, unsere Politik dementsprechend einzurichten.

Ehe ich auf die Haltung der Deutschen eingehe, möchte ich noch ein Wort sagen zu der Haltung der Vereinigten Staaten und Frankreich. Der Druck, der jetzt indirekt durch Sowjetrußland in Asien ausgeübt wird, hat nach meiner Überzeugung den Zweck, der großen amerikanischen Öffentlichkeit klarzumachen, daß Amerika nicht gleichzeitig in Asien und in Europa festen Fuß fassen und Politik treiben kann. Es ist in der Tat so – und hier geben sich namentlich viele Deutsche einem Irrtum hin –, daß schon immer im westlichen Teil der Vereinigten Staaten, im mittleren Westen, die Frage „Asien“ eine viel größere Rolle gespielt hat in der öffentlichen Meinung als die Frage „Europa“. Das liegt in der Natur der Dinge. Der amerikanische Kontinent ist so groß, daß man es verstehen muß, wenn man etwa in New York hauptsächlich auf das achtet, was in Europa geschieht, in San Francisco, aber auch schon in Chicago, insbesondere darauf achtet, was in Asien vor sich geht.

Z.Z. ist es so – ich sprach in den letzten Tagen mit Herrn Conant und mit anderen Amerikanern darüber –, daß die ganze amerikanische Presse von Europa überhaupt nicht mehr spricht; sie spricht nur noch von Formosa und Rotchina. Das ist ja das, was Sowjetrußland will. Es will die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten ablenken von Europa und damit die Unterstützung Europas durch Amerika schwächen. Es will die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten hinlenken auf die asiatischen Probleme.

Wenn man sich dieses Europa vor Augen hält, dann wird man nicht umhin können zu sagen, daß eine solche Politik gestützt wird durch das Verhalten vieler Europäer. Wir wollen zunächst einmal im eigenen Hause anfangen und betrachten, was die Sozialdemokraten tun. Ich habe eben gesagt, daß wir hier in der Familie sprechen. Deswegen bitte ich Sie, mir zu erlauben, ein sehr offenes Wort zu sagen, wobei ich mich darauf verlasse, daß dieses offene Wort auch hier in diesen vier Wänden bleibt, weil wir ja in unserer Stellung, in der auch ich bin, und in der Stellung als Bundeskanzler den Versuch machen müssen, wenn die Verträge Rechtens geworden sind, die weitere Politik, d.h. die Wehrgesetze und was damit zusammenhängt, zusammen mit den Sozialdemokraten zu machen. Aber die Haltung der Sozialdemokraten in den letzten Wochen hat das Ansehen Deutschlands in der Welt sehr schwer beeinträchtigt.

Sir Ivone Kirkpatrick⁵ hat ausdrücklich den hiesigen Vertreter, Hoyer Millar⁶, vor wenigen Tagen zu mir geschickt mit der besorgten Frage, was denn in Deutschland überhaupt los sei, ob man sich noch auf Deutschland verlassen könne bei dieser

5 Sir Ivone Augustine Kirkpatrick (1897–1964), britischer Politiker; 1948–1950 Leiter der Deutschland-Abteilung im britischen Außenministerium, 1950–1953 britischer Hoher Kommissar in Deutschland, 1953–1957 Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium.

6 Frederick Robert Hoyer Millar, Lord Inchyra seit 1961 (geb. 1900), britischer Diplomat; 1950–1952 stv. britischer Vertreter im Ständigen Rat der NATO, 1952–1953 ständiger Vertreter, 1953–1955 britischer Hoher Kommissar in Deutschland, 1955–1956 Botschafter in Bonn, 1956–1961 Unterstaatssekretär im Foreign Office.

Agitation, wie sie jetzt von Deutschland gegen die Pariser Verträge getrieben werde. In Amerika haben bei den amtlichen Stellen die gleichen Besorgnisse geherrscht; denn der Effekt, den die sozialistische Propaganda hat, geht ganz eindeutig im Sinne Moskaus, ob gewollt oder ungewollt, ob von allen gewollt oder nur von einem Teil, das interessiert hier nicht. Die Sozialdemokratische Partei ist sich völlig darüber klar, daß die Regierungskoalition in der Frage der drei Verträge – ich spreche jetzt nicht vom Saarabkommen – absolut geschlossener Meinung ist.

Ob hier oder da einer seine eigene Meinung hat, das lasse ich dahingestellt, aber die Regierungskoalition als solche steht fest auf der Linie der bisherigen Politik. Zum Zeichen dessen – Sie werden das ja gelesen haben – werde ich in der übernächsten Woche mit den Parteivorsitzenden der vier Koalitionsparteien in Hamburg eine gemeinsame Versammlung abhalten, etwas, was in der deutschen Parteigeschichte auch wohl noch niemals dagewesen ist.⁷ Dort sprechen außer mir die Herren Dehler, Hellwege und Oberländer. Ich hoffe, daß dadurch der fatale Eindruck im Ausland, der durch die Agitation der Sozialdemokraten in der Welt verursacht worden ist, in etwa wieder ausgeglichen wird.

Aber die Agitation der Sozialdemokraten ist ja auch so unwahr! Sie wissen, daß sie immer an die Spitze stellen, wir wollten nicht den Frieden. Sie könnten höchstens von ihrem Standpunkt aus sagen, ihr wollt zwar den Frieden, aber ihr verfolgt einen falschen Weg. Aber zu sagen, wir wollten nicht den Frieden, das ist eine Verleumdung, wie sie schlimmer gar nicht ausgesprochen werden kann; denn die Sozialdemokraten wissen so genau wie jeder von uns hier in diesem Raum, daß unsere ganze Politik darauf gerichtet ist, Frieden zu bewahren in der Welt, uns nach Erlangung der Souveränität einzusetzen für den Frieden und unser Vaterland zu schützen vor einem Überfall durch Sowjetrußland.

Auf die anderen Vorwürfe der Sozialdemokratie in wirtschaftlicher Hinsicht möchte ich hier nicht eingehen. Darüber wird morgen von den verschiedenen Herren gesprochen werden. Aber dieser Vorwurf, daß wir nicht den Frieden wollten, das ist eine gemeine Verleumdung. Ich habe kein anderes Wort dafür. Ebenso ist es eine gemeine Verleumdung, wenn immer wieder behauptet wird, daß wir die deutsche Wiedervereinigung nicht wollten. Ich habe schon einmal im September vorigen Jahres in Aschaffenburg an die Adresse des Herrn Ollenhauer gesagt, daß das eine gemeine Verleumdung sei.⁸ Und es bleibt eine gemeine Verleumdung! Auch hier könnten die Sozialdemokraten von ihrem Standpunkt aus – ich bin aber davon überzeugt, daß nur der kleinste Teil von ihnen an das glaubt, was sie sagen – vielleicht sagen, auf diesem Wege kommen wir nicht zu einer Wiedervereinigung in Frieden und in Freiheit. Aber das tun sie ja nicht, sondern sie verbreiten immer wieder, wir verhinderten die Wiedervereinigung.

7 Am 16. Februar 1955. – Bericht in UiD vom 19. Februar 1955. Übersicht über weitere Veranstaltungen zu den Pariser Verträgen in UiD vom 15. Februar.

8 Vermutlich Rede vom 24. September 1954 in Offenbach (vgl. Nr. 5 Anm. 62).

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Kommunismus, insbesondere der sowjetische Kommunismus, eine aggressive Kraft allerersten Ranges in der Welt ist.⁹ Er mag vorübergehend seine Ziele etwas verstecken, im Grunde genommen bleibt er eine Macht, die ausgeht auf die Eroberung der Welt und die davon überzeugt ist, daß es ihr gelingen wird, schließlich die ganze Welt zu unterjochen. Ich will auf Einzelheiten, auf die sowjetrussische Rüstung usw., nicht eingehen, aber man darf nicht blind vorübergehen an den Ereignissen der letzten zehn Jahre. Man darf doch nicht blind daran vorbeigehen, daß nach dem deutschen Zusammenbruch alle abgerüstet haben, während Sowjetrußland seine Aufrüstung erhöht hat. Man darf doch nicht die Augen davor verschließen, daß auch die Vereinigten Staaten abgerüstet hatten, weit, weit über jedes erträgliche Maß hinaus, und daß sie erst wieder anfangen aufzurüsten, als der Überfall auf Korea kam. Man darf auch nicht die Augen davor verschließen, daß Sowjetrußland seit 1945 entgegen den von ihm selbst geschlossenen Friedensverträgen einen Satellitenstaat nach dem anderen seiner Freiheit beraubt hat, wie das in ähnlicher Weise jetzt bei der Bundesrepublik versucht wird.

Wie man dann nun – wie das die Sozialdemokraten tun – sagen kann, ihr müßt auf die Verlautbarung der Russen vom Januar¹⁰ hin in Verhandlungen eintreten, das ist für einen vernünftig denkenden Menschen völlig unverständlich. Ich möchte eines vorausschicken. Sowjetrußland hat auf die letzte Note der drei Westalliierten über eine Viererkonferenz überhaupt nicht geantwortet.¹¹ Statt dessen hat es diese Verlautbarung durch Presse und Rundfunk in die Welt gesetzt, in der aber auch nichts Positives steht, in der besonders nichts steht über den zukünftigen Status Deutschlands. Daß wirklich freie Wahlen vorangehen sollen, davon schreiben sie nichts. Im Gegenteil, sie akzeptieren nicht das Programm, das wir zusammen mit den Sozialdemokraten in den Bundestagssitzungen beschlossen haben: freie Wahlen, Zusammenberufung einer Nationalversammlung, Schaffung einer Verfassung einer gesamtdeutschen Regierung, Friedensvertragsverhandlungen, völlige Freiheit für Deutschland! Davon sagen sie nichts! Sie bleiben beim Nebeneinanderbestehen der DDR und der Bundesrepublik, und sie wollen nach wie vor dieses Deutschland neutralisieren, d.h. letzten Endes Sowjetrußland überantworten.

In früheren Jahren haben die Sozialdemokraten genauso gesprochen wie wir. Dr. Schumacher hat immer so gesprochen wie wir. Man fragt sich, woher kommt diese plötzliche Änderung, die sich allerdings für den aufmerksamen Beobachter mindestens

9 Vgl. dazu Günter BUCHSTAB: Adenauer e il comunismo. In: Konrad Adenauer e Alcide de Gasperi – due esperienze di rifondazione della democrazia. (Annali dell'Istituto storico italo-germanico 15). Bologna 1984 S. 125–170.

10 Erklärung der sowjetischen Regierung vom 15. Januar 1955 in AdG 1955 S. 4959f.

11 Die Sowjetunion hatte in ihrer Note vom 23. Oktober 1954 zu einer Viererkonferenz eingeladen, am 13. November 1954 zu einer Konferenz aller europäischen Staaten. Die drei Westmächte reagierten darauf mit einer Note am 29. November, die von der Sowjetunion am 9. Dezember 1954 beantwortet wurde (Wortlaut jeweils in AdG 1954 S. 4815ff., 4841ff., 4873f., 4890f.).

seit einem Jahr angekündigt hat. Damit komme ich zu einem Punkt, über den wir uns auch einmal klarwerden müssen. Das ist die fortschreitende Radikalisierung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Lassen Sie mich bei den Gewerkschaften anfangen. Ich habe zu dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem Herrn Freitag, volles Vertrauen. Ich weiß aus seinem eigenen Munde, daß er in allen diesen Dingen denkt wie Sie und wie ich. Ich weiß aus seinem eigenen Munde, daß er dagegen ist, die Gewerkschaften als ein politisches Instrument zu benutzen. Aber er ist nur einer unter dem neunköpfigen Vorstand. Der Einfluß des Vorstandes des DGB auf die Industriegewerkschaften ist leider Gottes verschwindend gering.

Die großen Industriegewerkschaften kommen immer stärker in radikalere Hände. Ich erinnere Sie an die Vorgänge in München im Herbst vorigen Jahres. Ich darf Sie daran erinnern, daß z.B. zu den Siemens-Werken, wo 25 von 1.200 Beschäftigten streiken wollten, die Gewerkschaften Omnibusse mit Burschen vom Lande herbeigeschafft hatten. Diese Burschen haben die Leute, die arbeiten wollten, so verprügelt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Ähnliche Vorgänge waren auch in Augsburg zu verzeichnen.¹²

Das bedenklichste aber von allem ist, daß jetzt von maßgeblichen Gewerkschaftlern, wenn der Bundestag einen Beschluß faßt, der ihnen nicht paßt, die These vertreten wird, man müsse auf die Straße gehen und Demonstrationen oder Streiks machen. Der Streik, der bei der IG-Metall und beim Bergbau vor kurzem gewesen ist, war nach meiner Überzeugung nichts anderes als eine Generalprobe.¹³ Sie wissen, daß ich das, was Herr Reusch¹⁴ gesagt hat, aufs schärfste verurteile. Ich habe dem ja auch Ausdruck gegeben. Aber deswegen, weil dieser eine Mann in seiner Verbohrtheit und Rückständigkeit das gesagt hat, nun diese großen Industrien einfach für 24 Stunden stillzulegen, das ist auch für einen Staat unerträglich.

Ich sage Ihnen mit aller Offenheit, ich verstehe wirklich nicht, daß Millionen von arbeitenden Menschen einfach dem Kommando gehorchen, das ihnen übermittelt wird, ohne daß sie wissen, worum es sich überhaupt handelt. (*Albers*: Das war nicht überall so; in der Braunkohle waren es nur 16 %!) Ich will mal so sagen, hoch genommen sind 25 % nicht der Streikparole gefolgt, aber 75 % sind ihr gefolgt. Was ich so ganz unverständlich finde, ist das, daß diese Menschen schimpfen und knurren – wie ich von ihnen selbst weiß –, daß sie sich aber doch gezwungen fühlen, die Arbeit niederzulegen. Das ist eine Radikalisierung, die ihr Korrelat findet in der Radikalisierung der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion, in der jedoch, wie wir

12 Zu den lohnpolitischen Auseinandersetzungen in der zweiten Jahreshälfte 1954 AdG 1954 S. 4726–4731, 4758.

13 Zu den Forderungen und Erwägungen im DGB, Aktionen gegen die Wiederbewaffnung zu starten, AdG 1955 S. 4961f.; zu den Proteststreiks bei IG-Bergbau und IG-Metall S. 4971f.

14 Dr. Hermann Reusch (1896–1971), Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte AG, Oberhausen, hatte sich sehr kritisch zur Mitbestimmung geäußert und heftige Reaktionen provoziert, die wiederum Adenauer zu einer Stellungnahme veranlaßten (AdG 1955 S. 4971–4973).

alle wissen, auch vernünftige und gemäßigt denkende Leute vorhanden sind. Aber diese vernünftig und gemäßigt denkenden Leute kommen eben nicht zu Wort. (*Kunze*: Sie waren es nicht!) Sie waren es wohl, aber sie kommen nicht durch! Ich erblicke darin ein weiteres bedrohliches Moment nicht nur der innenpolitischen, sondern auch der außenpolitischen Unsicherheit, weil man – machen Sie sich das bitte immer wieder klar – gegenüber Deutschland doch in allen Ländern der Welt immer noch innere Vorbehalte in großem Ausmaße hat. Das kann ihnen auch kein Mensch übelnehmen. Das, was sich in den letzten Wochen vor Ausbruch des Krieges abgespielt hat, ist etwas, was auch jetzt noch vielen Leuten draußen vor Augen schwebt und sie mit großer Besorgnis erfüllt.¹⁵

Nun zu Frankreich! Man sah ja den Sturz von Mendès-France kommen.¹⁶ Mir ist gestern abend offiziell vom Quay d'Orsay mitgeteilt worden, daß in dieser ganzen Verhandlung die Pariser Verträge überhaupt nicht erwähnt worden seien. Ich wiederhole: Das ist mir offiziell mitgeteilt worden. Ich hatte danach den Besuch von fünf Departements-Präsidenten¹⁷, die den verschiedensten Parteien angehören, die aber alle Gegner von Mendès-France waren. Sie waren der Auffassung, daß infolge des Regierungswechsels die Annahme der Verträge im Conseil de la République leichter sei und daß sie eine größere Mehrheit bekämen als unter Mendès-France. Wir müssen das abwarten. Wir wissen nur, daß Mendès-France gestürzt ist über seine Nordafrikapolitik, über Indochina – das hat noch nachgeweht – und über seine stark opportunistischen Maßnahmen, die, so wurde mir von französischer Seite gesagt, doch den Eindruck hervorgerufen haben, daß er nicht eine bestimmte und ausgewogene Konzeption habe über seine Politik. Auf alle Fälle wird eine Verzögerung eintreten in der Ratifizierung durch den Conseil de la République, was uns aber nicht hindern darf, auf unserem Wege ruhig fortzufahren, um nicht den Anschein der Unsicherheit Europas im Ausland noch zu vergrößern. Ich bin es schuldig, ein Wort über Herrn Mendès-France zu sagen. Herr Mendès-France war in Brüssel unmöglich. Die Thesen, die er aufstellte, und die Politik, die er vertrat, waren für alle dort vertretenen Staaten unmöglich. Ich habe Ihnen darüber schon einmal berichtet. Alle anderen standen geschlossen gegen ihn. Aber Mendès-France hat im Laufe der Monate in den Dingen gelernt; zunächst auf der Londoner Konferenz, obgleich es da noch zu schwersten Zusammenstößen namentlich zwischen Eden und ihm gekommen ist. Er hat aber weitergelernt in der Folgezeit. Die Verhandlungen, die ich mit ihm in Baden-Baden geführt habe, waren einwandfrei und gut.

Was insbesondere das Saarabkommen angeht, so hat kein anderer als Robert Schuman sowohl einem Herrn, der hier anwesend ist, wie auch gegenüber dem

15 Zu diesem „außerparlamentarischen Mobilisierungsversuch“ der SPD gegen die Pariser Verträge vgl. KLOTZBACH S. 338–347; vgl. ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 419.

16 Mendès-France war am 5. Februar 1955 über eine Vertrauensfrage zur Nordafrikapolitik seiner Regierung gestürzt (AdG 1955 S. 4994–4996).

17 Besuch von fünf französischen Bürgermeistern am 4. Februar 1955 (TERMINKALENDER).

Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg¹⁸ – der mir das gesagt hat – erklärt, nach seiner Auffassung sei Mendès-France Deutschland viel zu sehr entgegengekommen; er würde das nicht getan haben. Ich hoffe, daß, wenn dieses Saarabkommen von der Nationalversammlung in Paris ratifiziert sein wird, auch der Nachfolger von Mendès-France nicht den Versuch unternimmt, irgend etwas daran zu ändern; denn ich stehe nicht an, Ihnen hier zu sagen, daß auch nach meiner Auffassung dieses Saarabkommen für Deutschland besser ist, als es seit 1949 von irgendeinem französischen Minister des Auswärtigen uns vorgeschlagen wurde.

Als Nachfolger von Mendès-France werden verschiedene Namen genannt. Sie haben in der Zeitung gelesen: Pinay, René Mayer¹⁹, Pflimlin²⁰, Schuman, es werden noch andere genannt. Es hilft nichts, sich jetzt mit Namen zu beschäftigen. Wir müssen abwarten und dürfen uns in unserer Politik nicht irgendwie irre machen lassen. Nach meiner Überzeugung, die mir von vielen Franzosen bestätigt wird, will das französische Volk wirklich eine Aussöhnung und Zusammenarbeit mit dem deutschen Volk. Deswegen können wir hoffen – das ist mir auch gestern von Herrn Monnet²¹ gesagt worden –, daß diese schroffe Ablehnung der EVG am 30. August des vergangenen Jahres manchen Franzosen zum Nachdenken veranlaßt hat, so daß er ein Freund der europäischen Sache geworden ist, während er vorher ein Gegner war. Die Verhandlungen des Bundestages werden in der letzten Woche des Monats Februar stattfinden. Wir geben uns alle Mühe – das hat insbesondere Herr von Brentano übernommen –, dafür zu sorgen, daß der Ablauf der Verhandlungen auch für diejenigen, die durch Radio oder Fernsehapparat den Verhandlungen folgen, eindrucksvoll sein wird, und zwar eindrucksvoll im Sinne unserer Politik.

Wir wollen aber, nachdem uns die Sozialdemokraten dazu genötigt haben, vor diesen Verhandlungen im Bundestag eine Reihe von aufklärenden Versammlungen abhalten. Ich möchte hier an diejenigen Herren, an die besondere Schreiben herausgegangen sind – ich habe sie gestern unterzeichnet als Vorsitzender der CDU –, die

18 Gebhard Müller.

19 René-Joel Simon Mayer (1895–1972), französischer Politiker (Radikalsozialist); 1944 Verkehrsminister, 1945–1946 Hoher Kommissar für Deutschland und Österreich, 1946 Mitglied der Assemblée Nationale, 1947 Finanz- und Wirtschafts-, 1948 Verteidigungs- und 1949–1952 Justiz- und Finanzminister, 1952–1953 Ministerpräsident, 1955–1957 Präsident der Hohen Behörde der EGKS.

20 Dr. Pierre Pflimlin (geb. 1907), französischer Politiker (MRP); 1945–1967 Mitglied der Assemblée Nationale, 1948–1949 und 1950–1951 Landwirtschafts-, 1951–1952 Handelsminister, 1952–1953 Staatsminister bzw. Minister für die Überseekolonien, 1955–1956 Finanzminister, 1957–1958 Planungsminister, 1956–1959 Vorsitzender des MRP, 1957–1958 Finanz- und Wirtschaftsminister, 1958 Ministerpräsident, 1958–1959 und 1962 Staatsminister, 1959–1983 Bürgermeister von Straßburg.

21 Jean Monnet (1888–1979), französischer Politiker; 1952–1955 erster Präsident der Hohen Behörde der EGKS. Vgl. PROTOKOLLE I S. 464 Anm. 61. – Monnet führte am 4. Februar zusammen mit Franz Etzel ein längeres Gespräch mit Adenauer (TERMINKALENDER).

Bitte richten, in den angesetzten Versammlungen auch zu sprechen.²² Es kommen aus dem Lande große Klagen, daß manchmal Bundestagsabgeordnete nach der Wahl ihren Wahlkreis außerordentlich selten beehren. In diesem Fall, wo es sich in Wahrheit um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes und Europas handelt, muß das deutsche Volk aufgeklärt werden. Und jeder von uns muß das Letzte an Kraft hergeben, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Und nun lassen Sie mich einige innenpolitische Bemerkungen anschließen. Über die Landtagswahl in Hessen werden wir vielleicht das eine oder andere noch von Herrn Fay hören. Die Landtagswahl in Hessen hat nicht das gewünschte Ergebnis gebracht.²³ Ich glaube, sehr hat dazu beigetragen die Haltung der FDP in Hessen gegenüber dem Saarabkommen.

Sehr enttäuschend, das darf ich wohl sagen, ist das Ende, das nach der Wahl in Bayern eingetreten ist.²⁴ Nachdem die CSU einen überraschend großen Erfolg gehabt hat, ist es für jeden – ich spreche sehr offen – außerhalb Bayerns Stehenden völlig unverständlich, daß eine solche Regierung nachher herauskommen konnte. Ich möchte zu meiner Rechtfertigung folgendes sagen: Man hat mich zwar gebeten, eine Reihe von Reden zu halten im Wahlkampf. Ich habe das auch getan, aber nach der Wahl ist niemand an mich herangetreten und hat mich gefragt, wie denkst du dir als Vorsitzender der CDU die Bildung der Regierung in Bayern? Erst als es zu spät war, bin ich aus München angerufen worden: Bitte sprechen Sie unverzüglich mit Oberländer und Dehler, damit diese Koalition nicht zustande kommt. Ich habe das getan, aber es war zu spät. Sowohl der BHE wie auch die FDP hatte sich gegenüber den Sozialdemokraten schriftlich verpflichtet.

Hätte man mich nur acht Tage vorher mal gefragt oder meine vermittelnde Hilfe in Anspruch genommen – denn Dehler ist Vorsitzender der FDP in Bayern, und Oberländer ist Vorsitzender des BHE in Bayern, und beide [Parteien] gehören diesem Kabinett an –, dann wären höchstwahrscheinlich die Dinge in Bayern anders gelaufen. Aber das hat man nicht getan. Deswegen bedaure ich es außerordentlich, daß die Fäden zwischen CSU und CDU nicht enger geknüpft sind, als sie es bisher sind. Wir sind doch Schwesterparteien. Wir sind doch Parteien, die letzten Endes auf weltanschaulichem Boden stehen und ein gemeinsames Ziel in der Politik haben. Wir können in Deutschland nur damit durchkommen, wenn zwischen der CSU und der CDU eine engere Verbindung als bisher besteht.

22 Text des Schreibens in ACDP VII-002-262.

23 Ergebnis der Wahlen vom 28. November 1954: SPD 42,6 % (44 Mandate), CDU 24,1 % (24), FDP 20,5 % (21), GB/BHE 7,7 % (7).

24 Ergebnis der Wahlen vom 28. November 1954: CSU 38,0 % (83 Mandate), SPD 28,1 % (61), Bayernpartei (BP) 13,2 % (28), GB/BHE 10,2 % (19), FDP 7,2 % (13). Bei den Wahlen am 26. November 1950 hatte die CSU nur 27,4 % erreicht. SPD, BP, FDP und GB/BHE bildeten die Regierung mit Wilhelm Hoegner (SPD) als Ministerpräsidenten.

Es ist sonst vollkommen unmöglich, eine wirklich große Politik zu treiben. Ich habe Herrn Seidel²⁵ für heute und morgen eingeladen. Er kann nicht kommen, weil, soviel ich weiß, die CSU selbst wichtige Dinge z.Z. zu erledigen hat. Er wird am Dienstag zu mir kommen. Ich werde Herrn Seidel, wenn Sie damit einverstanden sind, in aller Offenheit sagen, daß es notwendig ist, in den großen Dingen, die nicht speziell bayerische Belange angehen, doch eine gemeinsame Politik zu treiben und frühzeitig miteinander Fühlung zu nehmen und nicht erst dann, wenn es zu spät ist.

So aber ist das Ergebnis der Wahl in Bayern – ich wiederhole es – trotz des großen Erfolges der CSU in der Zahl der Mandate in hohem Maße betrüblich. Das Ergebnis ist auch auf unsere Politik nicht ohne Einfluß. Mir ist allerdings – ich bitte Sie, das vorläufig vertraulich zu behandeln – gestern offiziell von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten von Bayern²⁶ erklärt worden, daß wir in Fragen der Außenpolitik, und zwar speziell in der uns jetzt so beschäftigenden Frage der Pariser Verträge, keine Sorge zu haben brauchten, daß Bayern nicht mitmachen werde. Das ist sehr erfreulich und beruhigend. Ich bitte Sie aber, nicht darüber zu sprechen, weil man nicht weiß, welche Gegenminen gelegt werden gegenüber einer solchen Haltung des bayerischen Kabinetts.

Ich möchte Ihnen zum Schluß noch sagen, daß aufgrund der gewissenhaftesten Verfolgung der ganzen Vorgänge in der Welt und aufgrund der gewissenhaftesten Prüfung der Haltung Sowjetrußlands nach meiner festen Überzeugung die Politik, die wir von Anfang an verfolgt haben, die einzige Politik ist, die Aussicht auf Erfolg gegenüber Sowjetrußland bietet. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß jede Politik des Weichwerdens und des Nachgebens gegenüber Sowjetrußland uns auf den Weg führt, den die Tschechoslowakei, Polen und die anderen Satellitenstaaten gegangen sind.

Wenn es uns gelingt, durch die Pariser Verträge Europa zusammenzufassen und dadurch auch Großbritannien hinzukommt, dann wird es nach meiner Auffassung möglich sein, die Vereinigten Staaten noch viel fester an Europa als bisher zu binden.

Diese Politik wird schließlich doch zum Erfolg, d.h. zu einer Befriedigung führen. Mag es auch keine hundertprozentige Befriedigung sein, aber es wird eine Beruhigung in der Welt dadurch eintreten. Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, daß das der einzige Weg ist, um Ostdeutschland und Mitteldeutschland wieder zu uns zurückzubringen. Ich erhalte tagtäglich auf allen möglichen Wegen Zuschriften aus der Ostzone. Ich habe noch keine Zuschrift von dort bekommen, in der nicht in der stärksten Weise zum Ausdruck gebracht wird, daß allein diese Politik auch die

25 Dr. Hanns Seidel (1901–1961), seit 1946 MdL Bayern (CSU), 1946–1954 bayerischer Wirtschaftsminister, 1957–1960 Ministerpräsident, 1955–1961 Vorsitzender der CSU. – Vgl. Hanns Seidel und die Stiftung. In: Politische Studien. Sonderheft 1. München 1977.

26 Dr. Joseph Baumgartner (1904–1964), 1954–1957 stv. Ministerpräsident und bayerischer Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1948–1952/1952–1957 Landesvorsitzender der BP, 1946–1962 MdL. Vgl. PROTOKOLLE I S. 133 Anm. 4.

Hoffnung der Menschen dort ist, um dereinst wieder in Freiheit mit uns vereint leben zu können.

Lassen wir uns daher nicht irre machen durch das, was die Sozialdemokratie redet. Lassen wir uns auch nicht irre machen durch das, was Nicht-Sozialdemokraten in der Paulskirche von sich gegeben haben. Nach den Schilderungen, die ich bekommen habe, war diese ganze Versammlung in der Paulskirche eine äußerst mühsame Angelegenheit, (von Brentano: Ja!) um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen.²⁷ Wenn man den Herrn Professor Weber²⁸ dafür gewinnt – nun, wer Herrn Professor Weber kennt, das gilt gerade für Sie, die Sie mich so freundlich zustimmend dabei anlächeln –, der weiß, daß er wirklich nicht mehr ein hundertprozentiger Kronzeuge für das ist, was er sagt.

Daß Herr Professor Gollwitzer²⁹ da gesprochen hat, ist sehr bedauerlich. Ich kenne Herrn Professor Gollwitzer persönlich nur sehr oberflächlich. Ich höre, daß er ein lauterer Mann ist. (Zurufe: Ja!) Aber, meine Damen und Herren, auf dieses gefährliche Gelände, wie es die heutige Außenpolitik in Deutschland, in Europa und in der Welt ist, soll man sich nicht begeben, wenn man nur ein lauterer Herz hat. Es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber lautere Herzen werden dort nicht sehr hoch diskontiert. Auf diesem Gebiet schadet ein zu lauterer Herz. Hier muß man etwas von den Dingen wissen, man muß arbeiten und studieren und aus den vergangenen Ereignissen die nötigen Konsequenzen ziehen, sehr kühl, sehr nüchtern und sehr klar!

In der Außenpolitik hilft nur eine sehr realistische Betrachtungsweise und sonst gar nichts, keine Romantik, keine Schwärmerei, mag sie nun im Pazifismus oder in irgendwelchen religiösen Vorstellungen begründet sein. Ich bedaure auch deswegen sehr, daß der Professor Hessen³⁰ da geredet hat, ein mir gänzlich unbekannter Mann. (Wuermeling: Er liegt immer quer!) Ich weiß nicht, was er für einen Lehrstuhl hat. Ich höre nur von katholischen Theologen, daß er sehr wenig als ... (Kaiser: Es kennt ihn keiner!) Aber die Sozialdemokraten haben ihn ausfindig gemacht! Nach dem, was ich von evangelischer Seite insbesondere gehört habe, hoffe ich, daß die demnächst stattfindenden Sitzungen der großen Gremien der Deutschen Evangelischen Kirche dafür sorgen werden, daß nicht ein falsches Bild entsteht über die Haltung der

27 Kundgebung am 29. Januar 1955 in der Frankfurter Paulskirche unter dem Thema: „Rettet Einheit, Freiheit, Frieden! Gegen Kommunismus und Nationalismus!“ Einladende waren Walter Freitag (DGB-Vorsitzender), Professor D. Dr. Helmut Gollwitzer (evangelischer Theologe), Erich Ollenhauer (Vorsitzender der SPD), Professor Dr. Alfred Weber (Soziologe). Es sprachen Professor Weber, der stv. Vorsitzende des DGB Georg Reuter, Professor Gollwitzer, Professor Johannes Hessen (katholischer Theologe), Ernst Langer (evangelischer Pfarrer), Gustav Heinemann und Erich Ollenhauer. Text der Rede Gollwitzers und des Manifests in AdG 1955 S. 4983f.

28 Dr. Alfred Weber (1868–1958), Professor für Soziologie und Nationalökonomie, ab 1907 Universität Heidelberg.

29 D. Dr. Helmut Gollwitzer (geb. 1908), Professor für evangelische Theologie; 1950 Universität Bonn, 1957 FU Berlin.

30 Dr. Dr. Johannes Hessen (1889–1971), Professor für Philosophie in Köln.

evangelischen Pfarrer und auch über die Angelegenheit, daß man politische Fragen nicht von der Kanzel aus behandeln soll. Das ist wenigstens meine Auffassung, und zwar sowohl gegenüber der evangelischen wie auch der katholischen Seite.

Wir können also überzeugt sein, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß wir, wenn wir konsequent diesen Weg weitergehen, doch zu dem Ziele kommen, das ich eben gekennzeichnet habe und dem unsere ganze Arbeit gilt. (*Beifall.*)

Kaiser: Ich habe eine Bitte zur Geschäftsordnung! Herr Bundeskanzler, Sie haben vorgeschlagen, daß über die Saarfrage im kleinen Kreis zwischen den unmittelbar beteiligten Herren, dem Ministerpräsidenten Altmeier und dem Innenminister Zimmer von Rheinland-Pfalz – die beide Saarländer sind – und Herrn Hallstein ein Gespräch geführt werden soll. Ich bin der Auffassung, daß wir über diese wichtige Angelegenheit auch hier sprechen sollten; denn die Saarfrage ist nach meinem Erkennen der wunde Punkt der ganzen Vertragspolitik. Die drei Hauptverträge werden mit Entschlossenheit klar ratifiziert werden. Da gibt es in der gesamten Koalition und insbesondere in unseren Reihen keinerlei Bedenken. Aber die Saarfrage macht in der Tat Sorge, nicht nur bei den Herren von Rheinland-Pfalz, sondern auch bei weiteren Mitgliedern unserer Fraktion.

Die Sorge geht dahin, Herr Bundeskanzler, daß eben die französische Politik im Bunde mit Herrn Hoffmann in dieser Angelegenheit doch obsiegen würde. Ich habe gestern nur noch verhindern können, daß der bekannte Herr Schneider³¹ vor der Presse ein Schreiben, das er Ihnen zureichen will oder zugereicht hat, bekanntgegeben hat. Manches, was in diesem Schreiben ausgeführt ist, ist zu beachten, Herr Bundeskanzler. Auch ich bin der Auffassung, daß wir gegenüber unseren Freunden an der Saar, also dem Teil der Saarbevölkerung, der die Rückgewinnung der Saar auf jeden Fall für Deutschland erstrebt, unsere Verpflichtungen nicht genügend erfüllt haben.

Es muß daher zur Klarheit kommen, wie insbesondere die Christlich-Demokratische Union zu unseren Freunden dort unten steht. In diesem Schreiben wird über bestimmte Verbindungen mit der Regierung Hoffmann, wie sie sich in den jüngsten Tagen zeigen, berichtet. Ich muß sagen, daß ich über das, was ich gelesen und gehört habe, einfach erschrocken bin. Hier muß Klarheit geschaffen werden, sonst weiß das Volk an der Saar nicht, was die Bundesregierung und was die Christlich-Demokratische Union denken. Herr Bundeskanzler, wir dürfen keinen

31 Dr. Heinrich Schneider (1907–1974), 1955–1965 MdL Saarland (1956–1957 Präsident), 1955–1962 Vorsitzender DPS, 1957–1959 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, 1957–1965 MdB (FDP). Erinnerungen: Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit. Stuttgart 1974, hier S. 400–432, insbes. S. 422. – Druck des Schreibens vom 31. Januar 1955, in dem die generellen Bedenken gegen das Pariser Saarabkommen zusammengefaßt waren, in SCHMIDT 3 S. 690–693, SCHNEIDER S. 422; vgl. auch KOSTHORST S. 340–354. – Zur Behandlung der Saarfrage im Bundesvorstand generell REPGEN: Saar-Frage; Wilfried LOTH: Die Saarfrage und die deutsch-französische Verständigung. Versuch einer Bilanz. In: Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend 34/35 (1986/87) S. 276–291 insb. S. 287ff.

Augenblick vergessen, daß Sie nicht nur der Kanzler, sondern auch der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands sind.

Auf dem Rückwege von Heidelberg, wo ich war, bin ich auf eine Anregung, die an mich herangetreten ist[!], in Mainz gewesen. Ich habe mit den beiden Männern von Rheinland-Pfalz und mit anderen Freunden aus der Pfalz, wo die Sache große Besorgnis macht, gesprochen. Dort sind auch Wahlen.³² Aber nicht die Wahl ist entscheidend, sondern die Politik. Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß hier über den Bereich von Rheinland-Pfalz hinaus über die Saarfrage, die uns Sorge macht, gesprochen wird.

Adenauer: Ich bin natürlich gerne bereit, darüber zu sprechen. Aber es gibt gewisse Besprechungen und vorläufige Abmachungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France, worüber man wirklich nur in ganz kleinem Kreise sprechen kann. Das habe ich eben gemeint, als ich vorgeschlagen habe, die Herren möchten mit Herrn Hallstein im Laufe des heutigen Tages darüber sprechen. Herr Hallstein wird morgen über das Saarproblem im Parteausschuß sprechen. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen einiges darüber zu sagen, wenn Sie wollen, sofort im Anschluß an meinen Vortrag, damit Sie ein Gesamtbild bekommen.

Was die Saar angeht, so gilt das, was ich eben über die Grundlage der Außenpolitik gesagt habe – denn leider Gottes ist die Saarfrage ein Teil der Außenpolitik in besonderem Maße geworden –, daß man nicht mit romantischen Sachen da kommen soll, sondern nur rein realistisch die Dinge betrachten darf. Von diesem Standpunkt aus betrachtet muß ich Ihnen offen gestehen, daß die Saarpolitik, die wir – zum Teil unter der Peitsche des Bundestages, der wiederum gepeitscht wurde von der Sozialdemokratie – in den vergangenen Jahren getrieben haben, eine katastrophale Dummheit gewesen ist.

Wenn wir klüger gewesen wären und weniger romantisch, wenn wir mit anständigen Leuten an der Saar vielleicht früher Fühlung aufgenommen hätten, dann wäre die Saar nicht in der Weise in die Arme Frankreichs hineingekommen, wie das jetzt der Fall ist; denn man sah, daß die deutschen Arme absolut geschlossen waren. Das ist auch realistisch gesprochen! Sie wissen, wie das Saarproblem entstanden ist. Die Saar ist auf Verlangen Frankreichs von Amerika und England Frankreich zur Annexion zugesprochen worden, auch de jure, und zwar aus zwei Gründen, einmal als Kriegsentschädigung und zweitens, weil man damals noch in Deutschland den präsumtiven späteren Kriegsgegner sah und deswegen das Kriegspotential Deutschlands nicht stärker werden lassen wollte als das Kriegspotential Frankreichs. Ich denke jetzt an Kohle und Eisen. Man war daher darauf bedacht, die Saar nicht bei Deutschland zu lassen.

Sie wissen, daß auf der Moskauer Konferenz im Jahre 1947³³ Sowjetrußland ein Veto dagegen eingelegt hat, weil die vier Großmächte vorher vereinbart hatten, daß die

³² Am 15. Mai 1955.

³³ Vom 10. März bis 24. April 1947 (AdG 1946/47 S. 1070–1074, hier u.a. S. 1074 sowie S. 1080).

Grenzen Deutschlands erst durch den Friedensvertrag festgelegt werden sollten. Sowjetrußland hat das Veto nicht aus Freundschaft für uns eingelegt, sondern aus ganz anderen Gründen. Dann haben Amerika und Großbritannien Frankreich gestattet, die Saar wirtschaftlich auszunutzen. Sie haben damals Frankreich versprochen, bei einem künftigen Friedensvertrag für die Forderungen Frankreichs in bezug auf die Saar einzutreten. Frankreich hat dann von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht und zunächst als Besatzungsmacht nackt und bloß und später, indem es eine Tarnung mit Hoffmann vorgenommen hat, die Saar in Wirklichkeit politisch und wirtschaftlich annektiert.

Ich bitte Sie, von diesem Punkt auszugehen bei Würdigung dessen, was abgesprochen worden ist, d.h., daß Frankreich politisch und wirtschaftlich im Besitze der Saar ist und daß man es nur mit Waffengewalt daraus vertreiben könnte. Sie wissen, daß der Prinz Löwenstein³⁴ im Herbst des vergangenen Jahres zwei Omnibusse gemietet und sich eine Anzahl von jungen Leuten, die begeistert waren für die Saar, genommen hat, um mit ihnen eines Samstags abends das kühne Unternehmen zu planen, nach Saarbrücken zu fahren und dort die deutsche Fahne zu hissen. Die Polizei hat das aber verhindert. (*Von Brentano*: Gott sei Dank!) Das sind natürlich Torheiten. Ich führe das nur an, um Ihnen klarzumachen, daß faktisch Frankreich die Saar politisch und wirtschaftlich annektiert hat. Vergessen Sie weiter nicht, daß doch die Zusage von Amerika und England gegeben worden ist, die Wünsche Frankreichs in bezug auf die Saar beim Friedensvertrag zu unterstützen.

Von dem Standpunkt aus müssen wir das betrachten, was jetzt vereinbart worden ist. Ich darf daran erinnern, daß eine der vornehmsten und immer wieder mit Recht erhobenen Forderungen des Bundestages war, die Freiheit der Menschenrechte mit Bezug auf das politische Leben an der Saar wiederherzustellen. Sie wissen, daß in der Präambel der sogenannten Saarverfassung³⁵ steht, daß die Saar von Deutschland abgetrennt werden soll.

Was ist nun vereinbart? Ich will Herrn Hallstein nicht vorgreifen, deswegen nehme ich nur die Hauptsache. Es ist vereinbart worden, daß schon drei Monate vor dem Saarabkommen die politischen Freiheitsrechte an der Saar wiederhergestellt werden sollen. Und jetzt kommt eine Vereinbarung, die man wirklich noch nicht in einem größeren Kreise sagen darf. Ich bitte daher dringendst darum, daß das nicht in die Öffentlichkeit kommt. Wir sind mit Frankreich darin übereingekommen, daß vor dem Ins-Leben-Treten des Saarkommissars – was noch einige Monate

34 Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906–1984), 1930–1933 Zentrum und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, 1933 Emigration, 1948 Gründer und Vorsitzender der „Deutschen Aktion“, 1953–1957 MdB (FDP, 1957 DP/FVP), 1957 Vorsitzender der saarländischen DP/FVP, 1957 CDU. Vgl. SCHMIDT 1 S. 399, 3 S. 531f.; vgl. auch LÖWENSTEIN: Botschafter ohne Auftrag. Düsseldorf 1972 S. 276–280.

35 Verfassung vom 15. Dezember 1947 – Druck: SCHMIDT 2 S. 671–680, hier S. 671. Zu den Verhandlungen über den wirtschaftlichen Anschluß und den Verfassungsentwurf EBD. S. 117–152. Zum Folgenden (WEU, Saarkommissar) EBD. 3, insbes. S. 159–164.

dauert, weil erst die Westeuropäische Union, die ihn ernennen soll, geschaffen sein muß – eine Kommission eingesetzt werden soll, und zwar bestehend aus einem Italiener, einem Holländer, einem Engländer, einem Belgier und einem Luxemburger, die über die Wiederherstellung der politischen Freiheiten an der Saar wachen soll. Dies soll also geschehen, noch ehe der Saarkommissar ernannt ist, damit sich auch die Volksabstimmung völlig frei vollzieht. Erst wenn diese fünf erklärt haben, die Freiheiten sind wiederhergestellt, dann beginnen die drei Monate zu laufen, die dem Plebiszit vorangehen sollen. Die politischen Freiheiten an der Saar sind also nach menschlichem Ermessen gewährleistet, namentlich wenn Sie berücksichtigen, daß auch Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf Wunsch von Frankreich und Deutschland sich für die Innehaltung des Saarstatuts – das die Wiederherstellung der politischen Freiheiten vorsieht – verbürgt haben.

Später kommt der Saarkommissar, der dem Ministerrat der Westeuropäischen Union verantwortlich ist, in dem wir ja vertreten sein werden. Jede Einzelperson, jede Organisation und jede Partei bekommt das Recht, sich an den Ministerrat der Westeuropäischen Union zu wenden oder aber ein Schiedsgericht anzurufen, wenn sie glaubt, daß der Saarkommissar seine Pflicht im Einzelfall nicht erfüllt hat, so daß also auch hier für die Dauer alle Kautelen gegeben sind, daß wirklich die politischen Freiheiten gewährleistet sind.

Und was das allerwesentlichste ist, diese Lösung ist nur als eine vorläufige gedacht. Während nach der Konzeption von Schuman eine Europäisierung der Saar erfolgen sollte, die als Definitivum gedacht war – wodurch also die Saar definitiv losgelöst von Deutschland ein eigenes Territorium geworden wäre –, soll jetzt die Saarbevölkerung selbst frei darüber abstimmen können, ob sie mit dem, was bei den Friedensvertragsverhandlungen bezüglich der Saar vorgesehen ist, einverstanden ist oder nicht.

Wenn dann die Saarbevölkerung mit Mehrheit erklärt, wir sind nicht einverstanden, dann muß der Entwurf des Friedensvertrages dementsprechend geändert werden. Es war nicht möglich aus wohlwogenen Gründen, wie von manchen gewünscht worden ist, daß etwa bestimmt wurde: Die Saarbevölkerung soll das Recht haben zu bestimmen, schon jetzt oder später, ob sie zu Deutschland zurück will oder nicht; denn das ist nach den Abmachungen unter den vier Siegermächten dem Friedensvertrag vorbehalten, nämlich die Festsetzung der Grenzen Deutschlands. Man würde gerade in bezug auf den Osten einen Präzedenzfall geschaffen haben, wenn das schon jetzt gemacht worden wäre, der große Konsequenzen haben würde und jedenfalls Sowjetrußland die rechtliche Handhabe gäbe zu sagen: Wenn ihr im Westen jetzt schon unter Abweichung von dem bestehenden Abkommen die Grenzen anders festsetzt, dann können wir das im Osten auch.

Das war also nicht möglich. Deswegen ist diese Fassung, dieser Ausweg, gewählt worden, daß die Saarbevölkerung in freier Abstimmung über den Entwurf des Friedensvertrages, soweit er die Saar betrifft, entscheiden soll. Wenn wir also Vertrauen zur Saar haben, wenn wir wirklich glauben, daß die Saarbevölkerung Deutsche sind,

dann müssen wir auch der Auffassung sein, daß die Saar, wenn in einigen Jahren Friedensvertragsverhandlungen kommen – und die werden eines Tages kommen –, auch mit Mehrheit erklärt: Wir wollen zu Deutschland zurück!

Deswegen erblicke ich gerade in dieser Bestimmung einen so großen und so überraschenden Erfolg unserer Politik, daß ich, ehrlich gestanden, alle die nicht begreife, die das Saarstatut nicht billigen. Das kann nur aus einer mir unverständlichen Einstellung heraus erfolgen. Es kann doch kein Mensch erwarten, daß etwa jetzt schon Frankreich sagt, die Saar kommt zu euch zurück. Wenn jetzt eine Abstimmung an der Saar darüber erfolgte: Wollt ihr zu Deutschland zurück oder nicht, dann weiß der liebe Himmel, wie diese Abstimmung ausfallen würde. Mir haben Kenner der Saar – nicht nur aus unserer Partei – gesagt, daß sie gegen Deutschland ausfallen würde.

Ich habe mit Vertretern der deutschen Oppositionsparteien gesprochen, ob sie bei den wirklich freien Wahlen zum ersten Landtag die Mehrheit bekämen. Sie haben gesagt nein, sie bekämen sie nicht. Sie hoffen aber, sie bei der zweiten Landtagswahl zu bekommen. So sind doch die Dinge an der Saar selbst. Deswegen kann man diese ganze Frage nur mit sehr vorsichtiger Hand, mit einer gewissen Weitsicht und mit einer gewissen Geduld auch gegenüber den Leuten an der Saar behandeln.

Es ist eben von Herrn Kollegen Kaiser bemängelt worden, daß Herr Erhard Verbindung aufgenommen hat mit Herrn Hoffmann.³⁶ Er hat das mit meiner Zustimmung getan, und ich verantworte das hundertprozentig. Ich will Ihnen sagen warum: aus demselben Grunde, den ich eben erwähnt habe. Die Saarländer, auch die Partei, die jetzt an der Macht dort ist, sollen wissen, daß wir nicht später ein großes Strafgericht abhalten wollen; denn sonst kommen sie niemals zu uns zurück. Es besteht aber noch ein sehr akuter Anlaß. Nach Artikel 12 des Saarstatuts soll ein neues wirtschaftliches Abkommen zwischen Frankreich und der Saar geschlossen werden.³⁷ Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Saar und uns sollen allmählich denen angegliedert werden, die zwischen der Saar und Frankreich bestehen. Frankreich hat alles Interesse daran, daß das wirtschaftliche Abkommen zwischen der jetzigen Saarregierung und Frankreich so ausfällt, daß es auch für uns erträglich ist. Das kann man nur fertigbekommen, wenn man eben auch mit den Leuten der jetzigen Saarregierung darüber spricht. Man kommt sonst in der Politik nicht weiter. Das bedeutet nicht, daß wir alles das, was Herr Hoffmann getan hat, auch nur im entferntesten billigen, aber es bedeutet, daß wir versuchen wollen, die Saar auch wirtschaftlich gegenüber Frankreich selbständig zu machen, damit sie nachher auch politisch den Willen äußern kann, zu uns zurückzukommen.

Ich wiederhole nochmals: Ich bitte Sie darum, bei Betrachtung der Saarfrage doch wirklich frei von allen Ressentiments zu sein. Nehmen Sie die Dinge, wie sie sind und wie sie sich leider dadurch gestaltet haben, daß wir den Krieg verloren haben. Lassen

36 Erhard hatte sich im Januar 1955 mit Hoffmann in Paris getroffen; zu den Verhandlungen vgl. SCHNEIDER S. 411.

37 Druck bei SCHMIDT 3 S. 687f.

wir versuchen, möglichst das Beste daraus zu machen, wie es nach dem jetzigen Tatbestand möglich ist in der Hoffnung, daß heute oder morgen oder übermorgen die Sache völlig in Ordnung kommt.

Wenn Sie das Saarabkommen betrachten und sich überlegen, daß wir eines Tages auch über die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zu verhandeln haben werden, dann glaube ich, daß die Abstimmung unter dieser Kontrolle ein sehr gutes Modell sein wird für unsere Forderungen, daß auch über die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie die dortigen Heimatberechtigten entscheiden sollen. Insofern ist die Politik bezüglich der Saar vielleicht entscheidend für die Politik, die wir später einmal zu exerzieren haben werden über die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie. Es ist ganz falsch zu sagen, daß man durch ein solches Abkommen die Politik im Osten verderben würde. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn man sich die Dinge nur einmal in Ruhe überlegt, dann wird man mit mir darin übereinstimmen, daß wir die Sache im Osten nicht in Ordnung bekommen, ohne daß dort auch abgestimmt wird, natürlich anderer Art, doch müssen die Heimatberechtigten, die vertrieben worden sind, zur Abstimmung kommen.

Was übrigens die aus dem Saargebiet Vertriebenen angeht, so sind die Graukärtler abstimmungsberechtigt, und von den Ausweisungen werden vier Fünftel zurückgenommen werden.³⁸ Wenn Sie das aber in der Öffentlichkeit sagen, dann wird nichts zurückgenommen! Deswegen scheue ich so davor, mich über diese Dinge in einem so großen Kreise auszusprechen. Aber, verehrter Herr Kaiser, Sie haben mich dazu gezwungen. Hätten Sie mit mir unter vier Augen gesprochen, würde ich Ihnen das alles gesagt haben, aber Sie haben ja in so ernsten Tönen unsere Politik verurteilt, daß ich nicht anders kann, das auch zu rechtfertigen. Wenn hier einer indiskret ist und das an die Öffentlichkeit kommt, wenn diese Abmachungen mit den fünf Staaten, die jetzt schon die Kontrolle übernehmen sollen, bekannt werden, dann geht wieder alles kaputt. Aber bitte, ich bin es nicht schuld! Ich bitte Sie daher nochmals dringend, behandeln Sie diese Sache mit der äußersten Delikatesse. Wenn Sie das nicht tun, dann schaden Sie der Sache.

Lassen Sie sich bitte bei den Überlegungen über das gesamte große Problem Ost-West, bei dem in Wahrheit nicht nur Deutschland, sondern auch Europa und das ganze Christentum auf dem Spiele steht, nicht ablenken durch Reden der Sozialdemokraten, die völlig töricht sind, die auch dadurch nicht besser werden, daß sie nur konzentriert auf dieses eine hier sehen, das wichtig ist, aber – ich sage das ganz ruhig – das im Verhältnis zu dem, was auf dem Spiele steht, nicht die entscheidende Bedeutung hat. *(Beifall.)*

38 Die Saarbevölkerung war in zwei politische Klassen geteilt: Die saarländischen Staatsbürger (im Sinne des Gesetzes über die sog. saarländische Staatsbürgerschaft) besaßen den Personalausweis A, d.h. einen roten Paß („Rot-Päßler“), die anderen (vornehmlich Ehegatten von Frauen saarländischer Staatsangehörigkeit, ca. 40.000 Personen) waren Inhaber des Personalausweises B („Grau-Päßler“), d.h. Bürger minderen Rechts. Zu den Ausweisungen vgl. SCHMIDT 2 S. 111–114, 330–336.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Ich darf an die letzten Worte anknüpfen, von denen Sie gesprochen haben. Auch für uns steht die Saarfrage im Schatten der großen welt-politischen Zusammenhänge. Ich hatte von mir aus nicht vor, bei dieser Gelegenheit etwas zur Saarfrage zu sagen; nur weil Sie die ergänzenden Ausführungen gemacht haben, will ich darauf zu sprechen kommen. Ich glaube für uns in Rheinland-Pfalz sprechen zu können, wenn ich sage, auch wenn wir nicht unter dem unmittelbaren Einfluß der Bonner Atmosphäre stehen, daß wir Ihre außenpolitische Beurteilung teilen und uns in vollem Umfange zu eigen machen und daß wir auch entschlossen sind, diese Ihre Politik mit allen Mitteln zu fördern und zu unterstützen.

Ich gehe mit meiner Frage vielleicht sogar etwas weiter als Sie. In der Beurteilung der Politik der SPD bin ich für meinen Teil der Meinung – vielleicht sind Sie es auch, nur die gebotene Zurückhaltung wird Ihnen nicht die Worte erlauben, wie sie mir erlaubt sind –, daß die Politik der SPD geradezu verbrecherisch ist, nicht subjektiv, aber objektiv in dieser Situation einer solchen weltpolitischen Spannung.

Wir haben uns die Frage vorzulegen, ob wir als CDU nicht zu lange zugesehen haben, die Aktion sich abrollen zu lassen. Ich werfe die Frage auf, ich kann es nicht beurteilen, ich habe nicht den Überblick. Diese Agitation geht in einem Volke vor sich – jetzt kann man einen Vorwurf vielleicht in Gänsefüßchen erheben –, das sieht, daß Ihre Politik, die Politik der Bundesregierung, für das deutsche Volk vielleicht zu „erfolgreich“ gewesen ist. Man kann die Frage aufwerfen: Ist unser Volk nicht schon verwöhnt worden in den letzten Jahren durch die großen Erfolge dieser Politik? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Die psychologische Lage unseres Volkes ist m.E. weithin beklagenswert. Am kritischsten ist sie in gewissen intellektuellen Kreisen. Ich werfe die Frage auf, ob wir als Partei in dieser Richtung alles getan haben, was wir hätten tun können und tun müssen. Die Frage bedarf einer sehr sorgfältigen Prüfung und Überlegung auf den verschiedensten Sektoren.

Man wirft Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine Politik der Stärke vor, natürlich zu Unrecht. Aber eines möchte ich doch dabei beachtet wissen. Wenn man von der Politik der Stärke spricht, dann denkt man an die zwölf Divisionen. In Wirklichkeit aber weiß ich – das geht aus Ihren Ausführungen klar hervor –, daß Ihre Politik in erster Linie eine Politik der moralischen Stärke ist. Die moralische Stärke und die Integrität unseres Standpunktes müssen m.E. viel stärker hervorgehoben werden, auch in nationaler Hinsicht. Die zwölf Divisionen sind nur ein notwendiger Ausfluß dieser moralischen Verpflichtung.

In diesem Zusammenhang gefallen mir auch nicht alle Worte oder Nuancen, die zur Wehrhaftmachung hervorgetreten sind. Ich weiß, aus welcher taktischen Gründen unser Freund Kiesinger mit großem Erfolg gesagt hat: Wir werden nicht mit Begeisterung Soldat.³⁹ Aber das Volk wirft das durcheinander. Wir müssen unserem Volke sagen: Wir müssen immer noch mit Begeisterung unser Vaterland, unser Haus und Hof, verteidigen. Deshalb dürfen wir – ein Mann der Jungen Union hat das vor

³⁹ Am 15. Dezember 1954 im Bundestag (Sten.Ber. 2.WP Bd.22 S. 3155).

kurzem auf unserem Parteitag sehr gut gesagt – ein Ja zur Wehrhaftmachung nicht herausstottern, sondern das Ja muß entschieden und klar sein.

Ich will nicht in die Kritik der Mentalität eintreten. Die Mentalität steht im Zusammenhang mit dem, was ich eingangs gesagt habe, es ist weitgehend eine Verweichlichung eingetreten. Damit komme ich auf die intellektuellen Kreise, die in besonderer Weise der Klügelei und dem falschen Realismus gegenüber anfällig sind. Wir müssen dem Bolschewismus und seinen Förderern radikal die Maske vom Gesicht reißen. Wir müssen das hinaustragen. Ich habe vor einiger Zeit einen Vortrag von Professor Köhler⁴⁰, Berlin, gehört, ein evangelischer Theologe glaube ich; er ist den meisten von Ihnen wohl bekannt. Es war ein Vortrag für intellektuelle Kreise. Professor Köhler hat mit einer unerhörten Prägnanz und Klarheit das Wesen des Bolschewismus herausgearbeitet. Er stellt den Intellektuellen vor den Zwang der klaren Entscheidung, kompromißlos einem solchen System Widerstand zu leisten. Ich erwähne das als ein Beispiel dafür, wie man den Kampf aufnehmen muß gerade bei den intellektuellen Kreisen.

Aus dem, was ich gesagt habe, ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen für unser Verhalten. Sie, Herr Bundeskanzler, haben eine unerhört schwierige Stellung in der Koalition. Draußen versteht man das nicht. Man kann es nicht verstehen, weil man Ihre Schwierigkeiten nicht kennt. Es ist nicht zu begreifen, wieso ein Dehler sich draußen im Lande monatelang für die Ohren der Hörer so zweideutig benehmen kann, und zwar in einer Situation, wo alle Kräfte zusammen angespannt werden müssen.

Es darf einer Koalition [!] einfach nicht gestattet sein, nur der Nutznießer dieser Regierungskoalition zu sein, während wir alle Lasten und unangenehmen Entscheidungen auf uns nehmen müssen. Das ist – ich spreche aus dem Empfinden heraus – eine unmögliche Haltung. Es wäre z.B. unmöglich, diesen Parteien zu gestatten, etwa die drei Pariser Verträge anzunehmen, sich aber an dem nicht angenehmen Saarabkommen vorbeizudrücken, um es der CDU zu überlassen. Das ist im übrigen auch nicht moralisch, und die Moral ist auch in der Politik ein Faktor.

Sie haben von der Radikalisierung gesprochen, Herr Bundeskanzler. Das ist nicht nur eine politische, sondern auch eine weltanschaulich-religiöse Frage. Wir haben den Nationalsozialismus noch weiter wirkend, als man es gemeinhin annimmt. Ich möchte die Frage aufwerfen, inwieweit diese Radikalisierung einzelne Führerpersönlichkeiten bis in die Betriebe hinein erfaßt hat, also Betriebsräte usw., oder inwieweit sie auch von den Massen geteilt wird. Ich neige zu der Auffassung, daß die Radikalisierung nicht so sehr von den Massen der Arbeiter, sondern mehr von den Exponenten dieser Masse getragen wird.

In diesem Zusammenhang komme ich zur Saarfrage. Herr Bundeskanzler, ich kann Ihnen in der Beurteilung, wie sich die Saarfrage zum heutigen Stand entwickelt hat, nicht ganz zustimmen. Da beurteile ich die Frage etwas anders. Ich wäre auf die

⁴⁰ Dr. Hans Köhler (geb. 1911), Professor für Religionslehre und -pädagogik; 1950 apl. Professor Universität Leipzig, 1951 FU Berlin, 1960 o. Professor PH Erlangen-Nürnberg.

Vergangenheit nicht eingegangen, wenn Sie nicht selbst einiges dazu gesagt hätten. In vielem stimme ich natürlich mit Ihnen überein. Man kann über den Tatbestand nicht einfach hinweggehen. Ihr Appell, die Frage realistisch zu beurteilen, ist berechtigt. Wir haben uns immer bemüht, es auch zu tun. Die Frage bleibt freilich immer die: Was ist realistisch im Einzelfalle? Sie selbst haben mir einmal im Jahre 1950 gesagt, wenn es mir gelänge, die beiden Mächte von der Moskauer Zusage irgendwie herunterzubringen! Ich war Ihnen sehr dankbar dafür. Das war und ist auch heute noch tatsächlich ein Kernpunkt des Problems, nämlich die Mächte von dieser Zusage herunterzubringen.

Sie haben ausgeführt: Wenn wir früher mit den anständigen Leuten an der Saar Verbindung aufgenommen hätten, dann wäre die Sache anders gelaufen. Es hat keinen Zweck, daß wir hier in Einzelheiten eingehen, aber ich glaube, Herr Bundeskanzler, hierzu ließe sich vieles andere sagen, wie die Dinge an der Saar gekommen sind. Wir haben von uns aus mit den anständigen Leuten an der Saar verhältnismäßig früh Verbindungen gepflegt. Ursprünglich hatte ich auch für meinen Teil mit dem Herrn Hoffmann selbst Verbindung, solange er noch einen politischen Kurs verfolgt hat.

Sie haben abgestellt – es aber nicht ausdrücklich gesagt – auf die Wahlen im Jahre 1952.⁴¹ Herr Bundeskanzler, ich glaube, in diesem Punkt bestehen Meinungsverschiedenheiten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Europäisierung der Saar, wie sie seit dem Sommer 1951 betrieben worden ist, die automatisch eine definitive Abspaltung des Saargebietes von Deutschland in sich schloß, eine entscheidende Maßnahme und auch ein Fehler war; denn bis dahin war die moralische Autorität von Johannes Hoffmann im Saargebiet sehr gering. Erst als er sich hierauf berufen und sagen konnte, ich will dasselbe, was Bonn will, stärkte sich seine Autorität im Saargebiet, ebenso die von Herrn Grandval. Das erklärt auch nach unserer Überzeugung den Mißerfolg zu einem großen Teil bei den Novemberwahlen 1952. Unter einer vollkommen einseitigen, totalen Propaganda war es damals Johannes Hoffmann nicht schwer, drei Viertel der Bevölkerung hinter diese Partei zu bekommen. Man muß wissen, daß eine totale Beeinflussung der Bevölkerung in seinem Sinne stattgefunden hatte.

Die heutige Lage ist so, wie Sie sie gezeichnet haben; es herrscht dort eine weitgehende labile Haltung der Bevölkerung vor. Das ist gar keine Frage. Sie hat sich nicht erst seit 1945 entwickelt, sie geht zum Teil zurück auf das Jahr 1919. Es ist sehr schmerzlich, das eingestehen zu müssen, aber beurteilen kann man die Bevölkerung erst dann, wenn man die ungeheuren Schwierigkeiten kennt, die seither über die Bevölkerung hinweggegangen sind. Es wird in Vergleich gesetzt die materielle Lage diesseits und jenseits der Grenze. Die Propaganda der anderen Seite hat es natürlich bequemer. Dort braucht man keine Besatzungskosten zu zahlen, es sind keine Vertriebenen unterzubringen. Man hat also eine große Fülle von Vorteilen. Sie waren auch dort in der Lage, die Kriegsbeschädigten besser zu dotieren und höhere

41 Am 30. November 1952: CVP 54,7 % (29 Mandate), SPS 32,4 % (17), KP 9,5 % (4), Demokratische Volkspartei (Saar) 3,4 % (-).

Renten zu zahlen, als es diesseits der Grenze möglich war. Für eine sich christlich nennende Regierung ist es nicht gerade sehr schön zu sagen: Ich habe mich in die Büsche geschlagen bei der gemeinsamen Not des Vaterlandes, deshalb kann ich jetzt unsere Leute besser dotieren.

Die Abhängigkeit eines großen Teils der Saarbevölkerung von den Arbeitgebern, also vom Bergbau, von den Hütten usw., ist sehr stark. Auch die Steuerung der Kirchen durch den Staat ist viel stärker als hier. Das bringt es leider mit sich, daß die Mentalität der Saarbevölkerung eben nicht sehr günstig ist. Unter diesen Umständen – das sage ich ganz offen, ich habe es auch allen meinen Freunden gesagt – habe ich mich sogar darüber gewundert, daß es in Paris gelungen ist, ein Abkommen zu erzielen, das den definitiven Charakter der Europäisierung vermeiden konnte. Ich habe das stets als einen Vorzug des Abkommens hervorgehoben. Ich betrachte es jetzt noch als einen Vorzug, allerdings nur dann, wenn man die Voraussetzungen erfüllt, die diese Vorzüge des Abkommens gegenüber dem früheren auch wirksam werden lassen.

Über die Vergangenheit braucht man sich nicht viel zu verbreiten, wenn man einen Ausgangspunkt hat für die künftige Politik. Dazu darf ich mir erlauben, noch einige Gedanken vorzutragen. Wir haben selbstverständlich mit großer Freude begrüßt, was Sie uns eben gesagt haben. Das war uns natürlich unbekannt. Man hat vielleicht gehaut, das sind Dinge, die nicht das Licht der Öffentlichkeit erblicken dürfen, aber man wußte nicht, was es ist.

Herr Bundeskanzler! Nach meiner Meinung müßten drei Voraussetzungen erfüllt werden, die in unserer Hand liegen, wenn man die dynamischen Möglichkeiten des Saarstatuts ausschöpfen will, wie uns das aufgegeben ist. Das erste wäre eine klare Haltung von Bonn von dem Augenblick ab, wo die Verträge hinterlegt sind; aber es muß vorher hinterlegt sein in parteipolitischer Hinsicht. Wir haben in diesen Tagen geschwiegen und manches unterlassen, auch auf anderen Sektoren, um die Franzosen nicht unnötig zu reizen. Bezüglich der Fremdenlegion hätte ich die Franzosen viel beschimpfen können. Ich habe es nicht getan, weil ich die Politik nicht stören wollte. Aber es muß eine klare Haltung festgelegt werden. Die Vorbereitungen sind weitgehend getroffen; sie können noch verstärkt werden, ja, sie müssen verstärkt werden.

Es muß vorher festgelegt werden, wie die CDU des Bundesgebietes sich zur CDU des Saargebietes verhält. Ich gehöre nicht etwa zu denen, die ein Strafgericht propagieren wollen, weder bei der Masse der Leute noch bei den führenden Persönlichkeiten. Aber eine klare Distanzierung ist notwendig. Die CDU des Bundesgebietes unter Ihrem Namen, Herr Bundeskanzler, kann im Saargebiet nicht auftreten mit den Namen Hoffmann oder Hector⁴². (*Adenauer*: Das ist ganz klar!) Das geht unter keinen Umständen, wobei ich über die politische Qualifikation der anderen noch gar nicht gesprochen haben will.

42 Dr. Edgar Hector (geb. 1911), 1935 Emigration nach Frankreich, 1945 französischer Besatzungsoffizier, 1947–1951 Staatssekretär für Inneres, 1951–1955 Innenminister (CVP).

Die parteipolitischen Voraussetzungen müssen also erfüllt sein vorher. Es muß sehr viele Vorarbeit geleistet sein, damit in dem Augenblick klar ist, daß nicht Johannes Hoffmann sagen kann: Ich, Johannes Hoffmann, und der Bundeskanzler Dr. Adenauer, wir kämpfen jetzt für Europa; die CDU des Saargebietes kämpft auch für Europa. Wir wissen, daß Johannes Hoffmann in Wirklichkeit für seinen Thron kämpft.

Nun sage ich vielleicht etwas Überflüssiges, Herr Bundeskanzler, ich weiß es nicht, aber es ist unsere Meinung, daß die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gegenüber dem Saargebiet koordiniert sein muß. Das müssen die Leute im gegebenen Moment zu spüren bekommen.

Drittens gibt es noch gewisse personelle Voraussetzungen, über die ich aber hier nicht eingehend sprechen möchte, sondern ich möchte das nur thematisch angesprochen haben. Es geht an der Saar nicht um die Frage: eine Million Deutsche mehr oder weniger zur Bundesrepublik, etwas mehr Kohle oder nicht. Es ist für uns schrecklich zu lesen und zu hören, wir seien Nationalisten. Für uns ist die Frage der Saar eine wirklich moralische Frage. Daß man uns auch die Ostgebiete in dieser Weise genommen hat, ist eine Folge des verlorenen Krieges, es ist die Schuld des Nationalsozialismus. Das ist eine Hypothek, die uns überkommen ist, aber wir müssen versuchen, aus den Trümmern zu retten, was zu retten ist, mit dem moralischen Kapital, was wir heute haben.

Die Frage der Saar bleibt untergeordnet, wenn wir in vollem Umfange Ihre große Europapolitik bejahen, wir glauben aber, daß man jetzt nicht eine Lösung hinnehmen kann, die auf die Dauer unserem Ansehen tödlich werden könnte. Ich will von der Konkurrenz der anderen Parteien gar nicht sprechen. Es ist für uns keine Frage der Machtpolitik, daß die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland nicht gewährleistet ist. Ob ein neuer Zankapfel zwischen Frankreich und uns entstünde, wenn wir heute eine friedliche Lösung im Wege eines Kompromisses fänden, darüber sind wir noch nicht einmal Herr. Eine solche Frage könnte in einer kommenden Generation entstehen. Wir denken an Südtirol und andere Beispiele.

Wir haben vor Jahren den französischen Sozialisten, die in dieser Frage am entschlossensten waren, in Trier und in Mainz immer wieder gesagt, ihr habt vollkommen recht. Ich bedaure, daß die Christliche Partei Frankreichs nur zum geringen Teil diese Weitsicht der französischen Sozialisten hatte. Ich darf an die Rede erinnern, die ein Gaullist aus dem Elsaß in der französischen Kammer am 24. Dezember zu dieser Frage gehalten hat.⁴³ Ich empfehle sie Ihnen zum Studium; er hat gesagt, es sei vollkommen falsch, eine solche Situation zu schaffen; denn dadurch entstehe ein neuer Zankapfel zwischen Frankreich und Deutschland.

Ich darf zusammenfassen: Man kann vielleicht in einem engeren Kreise dieses oder jenes noch vertiefen. Für uns wird die Entscheidung sehr schwer werden,

43 Vermutlich Michel Kauffmann, der sich in seiner Rede am 23. Dezember 1954 gegen eine Abtrennung der Saar von Deutschland ausgesprochen hatte; am 24. Dezember fanden die Abstimmungen statt (vgl. L'ANNÉE POLITIQUE 1954 S. 496–503, hier S. 497).

namentlich im Wahlkampf. Ich sage das ganz offen. Das Saarstatut hat neben dem von Ihnen erwähnten Vorzug auch Mängel. Darüber wäre noch im einzelnen zu sprechen. Es könnte zum Teil noch geklärt werden. Aber das wesentlichste ist, daß wir die Voraussetzungen schaffen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, damit die Dynamik sich in unserem Sinne entfalten kann.

Adenauer: Darf ich auf einige Punkte, die Herr Kollege Zimmer angeschnitten hat, kurz antworten! Zunächst zur Frage der Koalition! Eine Koalition von vier Parteien, von denen zwei solche Parteien sind, ist natürlich ungefähr so schwer zu hüten wie eine Handvoll Flöhe. Sie wissen, daß im BHE gute Leute, aber auch stark nihilistische Leute sind. Nun haben wir noch unfreiwillig – aber wir haben es getan – dem BHE das Trojanische Pferd in der Person des Herrn Kather in die Mauern gebracht.⁴⁴ Das ist noch dazugekommen, wodurch die Koalitionsfreudigkeit eines Teils des BHE nicht gerade vergrößert worden ist. (*Kiesinger:* Sie müssen sagen: Trojanischer Kather!) Wir haben es doch mit eigenen Augen gesehen; vielleicht wäre es sogar besser gewesen, wir hätten ihn hier. (*Kunze:* Um Gottes willen!) Herr Kunze, man muß in dieser Welt immer das kleinere Übel wählen. Sehen Sie, Herr Zimmer, ich war so bedacht auf einen Zusammenhalt der Koalition mit einem Aufwand von außerordentlich großer Geduld, und zwar wegen des Eindrucks im Ausland. Unsere ganze Stärke seit der Wahl im Jahre 1953 beruht auf dieser Koalition. Das müssen Sie sich einmal klarmachen. Wenn nun diese Koalition angefangen hätte abzubreckeln, dann wäre das im Ausland von den Gegnern, man kann sagen, von den Feinden, die wir dort haben, in einer sehr unangenehmen Weise für uns ausgewertet worden.

Dann möchte ich Ihnen, Herr Zimmer, auf etwas anderes antworten. Sie werden verstehen, wenn ich Ihnen das nur mit einem Satz sage. Ich glaube, Ihnen mit Bestimmtheit sagen zu können, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre damalige Zusage, wenn es zu diesem Saarabkommen kommt, als erledigt betrachten. Sie haben das mit Recht angeführt. Sie wissen genausogut wie ich, welch immenser Vorteil das ist. (*Von Brentano:* Nur nicht darüber sprechen!) Ja, nicht darüber sprechen! Wir sind ausdrücklich gebeten worden, nicht darüber zu sprechen. Man muß eben manche Dinge bis auf weiteres bei sich behalten; später kann man darüber sprechen. So lange muß man aber eben schweigen können.

Die Besprechung, die zwischen Erhard und Hoffmann stattgefunden hat, hat gerade Ihrem Punkt 2 gegolten, der Wirtschaftspolitik. Ich glaube, die Besprechung war nicht ohne Erfolg.

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern ein paar zusätzliche Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers machen, und zwar im Hinblick auf die Notwendigkeit des Argumentierens mit dem Gegner, vor allen Dingen hinsichtlich des Argumentierens bezüglich der Wiedervereinigung.

⁴⁴ Kather war am 15. Juni 1954 in den GB/BHE übergetreten.

Es geht im Leben manchmal seltsam zu. Heute meinte Herr Zimmer, ich hätte vielleicht zu sehr betont, die deutsche Jugend werde nicht mit Begeisterung Soldat, sie müsse halt in den sauren Apfel beißen. Das sei die Haltung des anständigen Teiles der deutschen Jugend. Nun ging vor ein paar Tagen eine Meldung durch die Presse, wonach Herr Gerstenmaier erklärt habe, daß sowohl Herr Lenz wie ich meinten, daß beim Aufbau des neuen Heeres die Studenten, insbesondere die Waffenstudenten, mit Kling-Klang-Gloria auf den Bismarckturm marschierten. Man kann es also keinem recht machen!

Ich habe, glaube ich, mit dem, was ich im Bundestag gesagt habe, die Wirklichkeit formuliert. Es hat gar keinen Zweck, wenn wir sagen, es sei eine Begeisterung vorhanden. Sie ist nicht vorhanden! Darüber bin ich mit Ihnen einig, das ist etwas, was wir erreichen müssen im Laufe der Jahre. Ich bin davon überzeugt, daß es sich erreichen lassen wird.

Nun zu der Frage der Stimmung, die wir draußen antreffen und mit der wir uns auseinanderzusetzen haben. Erlauben Sie mir, zwei persönliche Erlebnisse vorzuschicken, die sehr bezeichnend und für uns wichtig sind. Ich habe in Pforzheim mit Herrn Erler ein Streitgespräch geführt. Das war festgesetzt. Ich hätte es sonst nicht gemacht. Aber Herr Leonhard⁴⁵ bat mich, für ihn einzuspringen. Ich habe es getan. Das war ein Streitgespräch in einem Juniorenkreis der Industrie- und Handelskammer von Pforzheim und Umgegend. Ich hätte nicht erwartet, was ich da erlebt habe. In der Diskussion haben praktisch nur Leute gesprochen, die Herrn Erler und seiner These recht gaben. Der einzige, der für mich plädierte, war auch noch höchst ungeschickt. Der Vorsitzende sagte zum Schluß: Es ist gar kein Zweifel, die überwältigende Mehrheit dieses Kreises ist für die Auffassung von Herrn Erler. Ich hatte beim Beifall auf meine Antwort schon gemerkt, daß das nicht stimmte. Ich habe gesagt, dann schlage ich eine Abstimmung vor. Das Ergebnis war: $\frac{2}{3}$ für mich, $\frac{1}{3}$ für Herrn Erler.

Das ist deswegen so charakteristisch, weil das die allgemeine Stimmung kennzeichnet, d.h. die Gegner sind die Aktiven, die Gegner sind die, die die Gespräche in der Öffentlichkeit führen, und die Leute, die zu uns stehen, haben aus verschiedenen Gründen keine Lust, sich zu zeigen.

Das zweite Erlebnis bestätigt das. Ich bin vorgestern von München zurückgefahren und habe dann unterwegs mit meiner Frau in Günzburg an der Donau zu Mittag gegessen. Ich wurde unfreiwillig Zuhörer eines Stammtischgesprächs am Nebentisch. Es war wieder das übliche Thema, man könne nicht einsehen, warum der Bundeskanzler sich sperre. Er wolle eben nicht usw. Einer von den Leuten sagte, er sei aktiver Offizier gewesen. Er hatte den Mut, immer wieder die richtigen Gesichtspunkte zur Kenntnis zu bringen. Weil er das so nett machte, schickte ich ihm eine Karte, worauf ich schrieb: Ich freue mich, mit Ihnen übereinzustimmen. Sofort scharte man sich um

45 Gottfried Leonhard (1895–1983), Mitgründer der CDU, 1946–1950 MdL Württemberg-Baden, 1949–1965 MdB.

mich herum. Das Ergebnis dieser einstündigen Unterredung fasse ich am besten dahin zusammen, daß dieser Studienrat sagte: Wissen Sie, das, was ich gesagt habe, war so ernst gar nicht gemeint. Es blieb nur einer übrig, der stur an seiner Auffassung festhielt. Ich will das nicht bagatellisieren. Ich weiß, daß es bei einer ganzen Menge von Menschen Schwierigkeiten gibt bei dieser Alternative, die man ihnen gestellt hat. Diese Alternative heißt: entweder Wiederbewaffnung oder Wiedervereinigung.

Nun entsteht die Frage, was wir in diesem Zusammenhang sagen können. Man wirft auch der Parteileitung und der Bundesregierung vor, daß nicht genügend Argumente geliefert worden seien und daß man es sich zu einfach gemacht habe. In der Tat meine ich, wir sollten doch versuchen, da unseren Leuten etwas mehr an die Hand zu geben. Natürlich haben wir es viel schwerer. Die anderen bringen dieses emotionale Argument, diese falsche Alternative, und wir müssen sehr kompliziert argumentieren.

Ich möchte mir erlauben, ein paar Gedanken dazu zu sagen. Zunächst einmal ist die Stimmung kompliziert im gegnerischen Lager. Was sich in der Paulskirche⁴⁶ alles zusammengefunden hat, war sehr bezeichnend. Das ist eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Wiederbewaffnung ohne Rücksicht auf das Problem der Wiedervereinigung, mit einer pazifistischen Grundstimmung, die entweder religiösen Ursprungs ist, wie bei diesem katholischen Pfarrer z.B. ... (*Adenauer*: Ist kein Pfarrer!) oder Theologen, (*Adenauer*: Ist auch kein Theologe!) oder Philosophen. (*Adenauer*: Er ist nicht einmal geweiht worden! Theologe ist etwas ganz anderes!) Jeder, der die SPD kennt, weiß, daß bei einem großen Teil der SPD-Fraktion im Bundestag diese absolut pazifistische Grundstimmung vorhanden ist. Das drückte sich auf dem Berliner Parteitag der SPD⁴⁷ in einer beträchtlichen Minderheit aus, als damals der Beschluß gefaßt wurde, die SPD würde, wenn es schiefginge mit den Verhandlungen, auch für eine Wiederbewaffnung eintreten. Der andere Teil der SPD denkt anders; er ist im Prinzip, weil sich das Problem sonst nicht lösen läßt, für eine Wiederbewaffnung, d.h. für ein Deutschland, das wirklich jene Armee haben soll nach Carlo Schmid's Worten, die stark genug sein soll, um einen Angriff abzuwehren, aber nicht so stark, um selbst einen Angriff führen zu können.

Das gefährlichste ist nach meiner Meinung eine Grundstimmung in manchen Kreisen des deutschen Bürgertums, wozu auch die intellektuellen Schichten gehören, die man nicht anders bezeichnen kann als bare Ratlosigkeit. Wir haben schon mehrfach im Bundestag Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß da die eigentliche Gefahr liegt und nicht so sehr von links oder von rechts droht.

Was können wir nun diesen echt Besorgten sagen? Ich habe mir überlegt, man kann folgende Gedankengänge sagen. Man kann von drei möglichen Thesen in der Frage der Wiedervereinigung gegenüber der falschen Alternative ausgehen:

46 Vgl. Anm. 27.

47 Vom 20. bis 24. Juli 1954 (vgl. AdG 1954 S. 4642–4644; Druck: Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1954 in Berlin. Hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn o.J.).

1. Sowjetrußland denkt überhaupt nicht ernsthaft daran, sich von der Elbe zurückzuziehen aus naheliegenden Gründen. Darüber brauche ich nichts im einzelnen auszuführen. Wenn diese These richtig ist, dann ist selbstverständlich unsere Politik hundertprozentig richtig. Dann kann man gar keine andere Politik machen, als auf unserem Wege weiterzugehen.

Die zweite These ist entgegengesetzt. Sowjetrußland ist bereit, sich gegen ein gewisses Zugeständnis von seiner Position zurückzuziehen. Sollte diese These richtig sein, dann erhebt sich die Frage, welcher Preis wäre zu zahlen? Könnte er gezahlt werden, und zwar nicht nur von uns, sondern auch von den westlichen Alliierten, und würde er gezahlt werden? Wenn Sowjetrußland bereit ist, sich zurückzuziehen, kann es nur einen Grund haben, nämlich den, daß es wirklich wünscht, einen deutschen Verteidigungsbeitrag zu verhindern. Wenn das aber richtig ist, dann ist es auch ganz bestimmt richtig, unseren bisherigen Weg fortzusetzen; denn dann wird dieses sowjetrussische Anliegen erst recht dringlich, wenn Sowjetrußland einsehen muß, daß die erste Phase seines Kampfes, nämlich die Ratifikation zu verhindern, verloren ist.

Jetzt aber kommt Herr Sethe heute morgen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit diesen unglaublich törichten Argumenten, die Russen fürchteten diese Vereinigung der deutschen und amerikanischen militärischen Kräfte. Und dieser Satz ist typisch, den man immer wieder hört: „Wie unter diesen Umständen angenommen werden kann, eine Verständigung mit Rußland über die Wiedervereinigung sei möglich, wenn nicht nur die amerikanischen Fliegerhorste und Divisionskommandos in Westdeutschland blieben, sondern sogar noch bis zur Oder weiter vorrückten, ist schwer begreiflich.“⁴⁸

Man unterstellt uns Gedankengänge, die uns vollkommen fremd sind. Aber hier taucht die eigentliche Schwierigkeit auf, die Schwierigkeit des Argumentierens, wie man sich die weitere Entwicklung denkt. Wir haben in diesem Punkt bisher nur sehr vorsichtig argumentiert, und zwar aus guten und begreiflichen Gründen, aber es ist selbstverständlich, daß Möglichkeiten gegeben sind, Wege zu finden, die unter Umständen diesem berühmten sowjetrussischen Sicherheitsbedürfnis gerecht werden. Wie weit wir in diesem Zusammenhang vorpreschen sollen und können, ist schwer zu sagen; denn das ist ein Vorwegnehmen einer Entwicklung, die niemand von uns genau voraussehen kann. Das Vorwegnehmen ist auch deswegen so gefährlich, weil nur ein Utopist annehmen kann, daß eine Lösung dieser Art in greifbare Nähe gerückt sei. Weil das aber nicht der Fall ist, muß man vorsichtig sein.

Man muß immer wieder andeuten, daß wir selbstverständlich nicht so töricht sind zu meinen, wir könnten die deutsche Wiedervereinigung dadurch erreichen, daß wir die mittlere Zone, die wir eines Tages bekommen werden, benützen würden, um das militärische Kräftepotential des Westens gegen Sowjetrußland zu stärken. Da gibt es

48 „Kann Rußland die Zone räumen? Sinn und Unsinn einer Kriegsführung in Europa.“ (FAZ vom 5. Februar 1955).

eine Reihe von Argumenten, insbesondere aber das Argument, daß die ultima ratio schließlich der Beginn einer progressiven Abrüstung ist, wodurch das Problem weiter entschärft wird.

Man könnte eine dritte These anführen, daß nämlich die Leute in Sowjetrußland keineswegs ihres eigenen Weges so sicher sind. Wir wissen es nicht; wir wissen nicht – gewisse Anzeichen sprechen dafür –, ob nicht verschiedene Richtungen in diesem Land auch in dieser Beziehung vorhanden sind.

Noch eine kritische Randbemerkung, Herr Bundeskanzler, zu Ihrer Bemerkung, Sowjetrußland brauche Westeuropa zusätzlich. Ich bin der Meinung, daß das richtig ist, d.h., daß der sowjetrussische Wunsch nach diesem Potentialzuwachs geht, wenn er sich eben erfüllen läßt. Aber man sollte das nicht so apodiktisch sagen, weil durchaus die Möglichkeit besteht, daß die sowjetrussische Politik nach dem Sprichwort, wonach die Trauben zu sauer sind, weil sie zu hoch hängen, derartige Pläne tatsächlich nicht hat, daß sie aber selbstverständlich jede Art von westlicher Integration verhindern will, solange dies überhaupt möglich ist.

Aber auch in diesem Fall, wenn man annimmt, daß man in Moskau selbst noch nicht den endgültigen Weg weiß, wäre es das Falscheste, was man tun könnte, jetzt etwa den wichtigen Akt der Ratifizierung hintanzustellen; denn damit wäre genau den Russen das zugespielt, was sie seit zwei Jahren erstreben. Wenn eines akzeptiert werden muß, dann ist es dies, daß die Russen die Ratifikation unter allen Umständen verhindern wollen. Die militärische und politische Integration, die für weite Gebiete Europas auch eine soziale sein wird, nimmt die Hoffnung auf den Prozeß der Infiltration und der sozialen Revolution und der Krisenzeiten[!], insbesondere in einem Lande wie Italien, das ein Drittel kommunistische Wähler hat. Das sind ein paar Gedanken, die ich gegenüber der falschen Alternative von der Wiedervereinigung oder der Wiederaufrüstung in die Debatte werfen wollte.

Noch eine ergänzende Bemerkung zur Saar. Ich weise auf die immerhin nicht ganz unwichtigen Verhandlungen in Straßburg hin. Ich bestätige das, was der Herr Bundeskanzler über Robert Schuman gesagt hat. Er hat mir gesagt, er sei so traurig darüber, daß es diese zweite Volksabstimmung gebe. Ich war sehr erstaunt darüber und habe ihm geantwortet, ob er erwartet habe, daß ein deutscher Regierungschef unter den gegenwärtigen Umständen ein anderes Abkommen hätte abschließen können als ein solches. Ich machte ihn eindringlich darauf aufmerksam, daß, nachdem die Blütenträume des Supranationalismus nicht zu verwirklichen seien, eine andere Lage eingetreten sei.

In Straßburg ist eine Resolution gefaßt worden unter Mitwirkung des dortigen Vertreters im Allgemeinen Komitee, der sagte, wir begrüßen das Saarabkommen, denn es folgt in den großen Linien dem Van-Naters-Plan. Wir haben das mit großer Sorge gesehen und haben einen Abänderungsantrag eingebracht, der dann angenommen worden ist. Ich habe zur Begründung dieses Antrages gesagt, daß dieses neue Abkommen etwas ganz anderes ist als der Van-Naters-Plan. Der Van-Naters-Plan entspreche der Vorstellung einer supranationalen europäischen Integration. Dieses Abkommen

dagegen ist ein Abkommen – so drückte ich mich sowohl bei dem Allgemeinen Ausschuß wie auch im Plenum aus –, das alle Lösungsmöglichkeiten offenläßt und sie nur vertagt bis zum Zeitpunkt des Friedensvertrages und der Erklärung des Saarvolkes.

Es ist immerhin bezeichnend, daß in dieser Lage zur Frage der Saar, wo man eine uns nicht günstige Haltung eingenommen hat, dieser Abänderungsantrag durchgesetzt worden ist.⁴⁹ Das ist eine nicht ganz unwichtige Ergänzung, um diejenigen unserer Freunde, die Sorge haben, daß die französischen Spekulationen dort nicht so ganz unberechtigt wirken könnten, zu beruhigen.

Von Brentano: Unser Freund Kaiser hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Pariser Verträge als solche kein Gegenstand der Diskussion mehr sein werden, sondern daß die Sorge sich konzentriert auf das Saarstatut, eine Sorge, für die wir alle wohl Verständnis haben. Herr Zimmer hat ein gutes Wort gesagt, als er daran erinnerte, daß die Deutschen wieder etwas zu anspruchsvoll geworden seien und daß die Entwicklung der letzten Jahre zu rasch vor sich gegangen ist. (*Zuruf:* Die wirtschaftliche!) Ja, die wirtschaftliche und auch die außenpolitische Entwicklung. Vielen Menschen ist aus dem Bewußtsein verschwunden, daß wir den Krieg verloren haben. Es konnte auch der diplomatischen Kunst einer deutschen Regierung nicht gelingen, diesen Tatbestand mit rückwirkender Kraft aus der Welt zu schaffen.

So müssen wir an das Saarstatut herangehen und die Fakten in Rechnung stellen, die wir beklagen, die wir aber nicht aus unserem Vermögen ausschalten können. Es sind Fakten, hervorgerufen – wie wir alle wissen – durch eine schlechte und verhängnisvolle französische Politik und durch diese unselige Verfassung, die ausführt, daß das Saargebiet von Deutschland abgetrennt sei. Es sind Fakten, entstanden dadurch, was in diesen letzten Jahren im Saargebiet unter der Regierung eines Hoffmann und unter der Aufsicht eines Grandval geschehen ist.

Ich möchte ein Wort zu den Verhandlungen sagen, die Herr Erhard mit Herrn Hoffmann geführt hat. Wir sollten von diesen Verhandlungen, wenn wir uns nüchtern Rechenschaft geben, wissen, daß sie nicht bedeuten eine De-jure- oder De-facto-Anerkennung einer Regierung Hoffmann. Sie bedeuten aber etwas, was absolut notwendig ist, wenn wir den Artikel 12 verwirklichen wollen, der vorsieht, daß die deutsch-saarländischen Wirtschaftsbeziehungen den französisch-saarländischen Beziehungen gleichartig sein sollen. Dann ist es auch notwendig, daß wir uns auch mit den Leuten, die heute an der Saar zu bestimmen haben, darüber abstimmen, wie diese Wirtschaftsverhandlungen geführt werden sollen. (*Kaiser:* Das soll geschehen durch den neuen Landtag!) Das wird zu spät; denn heute schon laufen die Verhandlungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich. Ich sehe in diesen Verhandlungen nicht mehr als das, was beispielsweise auch notwendig ist gegenüber der Öffentlichkeit, wobei ich aber nicht einen Vergleich mache zwischen der Regierung von Pankow und derjenigen von Saarbrücken. Da scheinen mir doch erhebliche graduelle Unterschiede zu bestehen.

⁴⁹ Sitzung des Europarats vom 11. Dezember 1954 (Text der Resolution in AdG 1954 S. 4897).

Man steht auch heute vor der Notwendigkeit, den Interzonenhandel mit Leuten aus der Ostzone zu besprechen. Das sind immerhin Leute, die weit unter denen stehen, die drüben regieren. Es ist notwendig, über Fragen der Post und der Eisenbahn mit den Vertretern der Ostzone zu sprechen und Verhandlungen zu führen. Mehr ist nicht geschehen, und mehr soll auch nicht geschehen in einem Gespräch.

Gerade in einer Situation wie der jetzigen haben wir ein legitimes Anliegen zu vertreten und dafür zu sorgen, daß die Saarländer spüren, daß eine deutsche Politik entschlossen ist, von den Möglichkeiten, die das Saarstatut gibt, Gebrauch zu machen, um sie damit aus dem Sog herauszuheben, in dem sie bisher waren, wobei als einziger Partner, der ihnen diktierte, die Franzosen auftraten. Ich habe den Eindruck, daß es aufgrund dieses Gesprächs zwischen Erhard und den Leuten dort drüben gelungen ist, auch denen, die es vielleicht nicht wissen wollen, klarzumachen, daß mit dem Inkrafttreten des Saarstatuts und der deutsch-saarländischen Wirtschaftsverträge die deutsche Politik für das Saarland interessanter wird als bisher.

Ich möchte nicht die Einzelheiten wiederholen, die der Herr Bundeskanzler ausgeführt hat. Wir sollten uns vor einem hüten! Wir haben der SPD mit Recht zum Vorwurf gemacht, daß sie die Gesamtpolitik der Bundesregierung, des Bundeskanzlers, immer mit einem Nein beantwortet hat, ohne eine echte Alternative aufzuzeigen. Kommen wir nicht in die Gefahr hinein, das gleiche zu tun, wenn wir das Saarstatut ablehnen, ohne eine Alternative zu zeigen? Wir haben der SPD mit Recht vorgeworfen: Ihr bekämpft alle diese Verträge, seien es die Verträge von Bonn, seien sie von London oder Paris. Und die Alternative, die damit übrigbleibt, ist die: Fortdauer des Status quo in Deutschland mit dem Besatzungsregime. Wenn wir uns heute dazu entschließen, zum Saarstatut nein zu sagen, würden wir damit implizite eine Entscheidung für die Fortdauer des Status quo an der Saar schaffen. Ich glaube, das könnten wir nicht verantworten, wenn wir den Status quo mit dem vergleichen, was das Saarstatut bringt.

Ich möchte an drei Punkte erinnern:

Wir haben erstens zum ersten Mal eine Vereinbarung, die unterschriftlich vollzogen ist und die, wie ich hoffe, auch ratifiziert werden wird, trotz des Sturzes von Mendès-France, die uns sagt, daß das Saarstatut nur provisorischen Charakter trägt und die endgültige Regelung der Saarfrage erst mit einem Friedensvertrag erfolgen kann, einem Friedensvertrag, der frei mit Deutschland ausgehandelt werden muß und dessen Inhalt, soweit er die Saar angeht, der Saarbevölkerung zur Entscheidung vorgelegt werden wird. Wir haben das erste Mal Brief und Siegel dafür, daß das, was in den letzten Jahren im Saargebiet geschehen ist, nicht definitiven Charakter trägt, sondern daß ein Provisorium, ein provisorischer Zustand, geschaffen worden ist.

Wir haben zweitens als Änderung gegenüber dem Status quo die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheitsrechte für die Menschen an der Saar, kontrolliert in der ersten Phase von einer internationalen Kommission. Ich gehe noch weiter als Sie, Herr Bundeskanzler, und sage, das ist nicht nur ein erfreuliches Präjudiz für die Gebiete östlich der Oder-Neiße, sondern es ist auch ein Präjudiz für die Wahlen in

der Ostzone. In der Kommission sitzt kein Deutscher und kein Franzose. Es sind fünf Unbeteiligte, die darüber wachen, ob die bürgerlichen Freiheitsrechte hergestellt sind. Das Plebiszit kommt erst in Gang, wenn festgestellt ist, daß diese Freiheiten wiederhergestellt und die notwendigen Änderungen in dieser unseligen Verfassung vorgenommen worden sind.

Ein Nein zum Saarstatut würde bedeuten: auch hier Beibehaltung des Status quo. Ich glaube, daß man das kaum verantworten könnte.

Drittens ist von großer Bedeutung, daß durch die Einsetzung dieses vom Europäischen Ministerrat kontrollierten Kommissars die Saar endgültig und sichtbar ihres bisherigen staatenähnlichen Charakters entkleidet wird. Es gibt keinen Staat, der unter einem Kommissar steht. Der Traum, daß das Saargebiet ein eigener Staat sei und eine eigene Politik treiben könne, ist in dem Augenblick ausgeträumt, wo ein Kommissar da ist, der in außenpolitischen Fragen die Saar vertritt und in der Innenpolitik die Aufgabe hat, die Kontrolle auszuüben über die Durchsetzung der Freiheitsrechte, er hat Beschwerden entgegenzunehmen und ihnen abzuhelpfen, wozu noch die Gerichtsbarkeit kommt, von der Sie, Herr Bundeskanzler, gesprochen haben.

Diese drei Punkte allein scheinen mir so entscheidend dafür zu sprechen, daß der Status quo geändert werden muß. Es wäre schwer, die Verantwortung für ein Nein zu tragen auf die Gefahr hin, daß es beim bisherigen Zustand bliebe, es sei denn, daß man es so macht, wie es sich einzelne aus der Koalition vorstellen, daß man nämlich ablehnt, wenn die Annahme gesichert ist. Daß das nicht sehr moralisch ist, darin stimme ich mit Herrn Zimmer überein.

Wir sollten auch nicht, wenn wir jetzt an die Zukunft der Saar denken, so kleinmütig sein. Wir sollten darauf vertrauen, daß dort 900.000 Deutsche leben. Im Vertrauen darauf habe ich keinen Zweifel, daß diese Leute, wenn sie wieder die Rechte haben, die sie brauchen, sich für uns entscheiden werden. Ich habe keinen Zweifel darüber, wie in einer endgültigen Abstimmung die Entscheidung lauten wird. Wir sollten also nicht kleinmütiger sein als alle Franzosen, mit denen ich gesprochen habe, die mir unter vier Augen – zum Teil mit wenig frohem Gesicht – gesagt haben, darüber sind wir uns klar, daß dieses Saarstatut die Rückgliederung des Saargebietes zum gegebenen Zeitpunkt ohne jeden Zweifel bedeutet. Deswegen sollten wir uns in der Öffentlichkeit nicht zu Interpretieren des entgegengesetzten Standpunktes machen und damit zu erkennen geben, daß wir kein Vertrauen zu den 900.000 Menschen an der Saar haben. Ich bin optimistisch!

Altmeier: Herr von Brentano hat von dem Status quo gesprochen, der bliebe, wenn das Saarstatut nicht zur Anwendung käme. Jeder von uns, der diesen Status quo und das Saarabkommen kennt, fragt sich, was ist besser und was ist schlechter? Herr Zimmer hat die grundsätzliche Frage aus der Vergangenheit geschildert. Ich möchte einige Fragen behandeln in Verbindung mit dem Saarstatut, die die derzeitige Situation betreffen.

Da gibt es zunächst einmal für uns die vom Herrn Bundeskanzler sehr klar herausgestellten Schwierigkeiten, daß wir so vieles nicht sagen könnten. Wir könnten

aber manches dazu sagen. Nicht nur die SPD, sondern auch die Koalitionspartner weisen bei jeder Gelegenheit darauf hin, daß Herr Mendès-France im Parlament von hochoffizieller Stelle dem Saarstatut in verschiedenen Dingen – so z.B. zum Artikel 9 – eine Auslegung gegeben habe, die der, die wir ihnen geben, widerspricht.⁵⁰ Die SPD und die anderen beziehen sich in jeder Versammlung zur Begründung ihrer Ablehnung des Saarstatuts auf diese Erklärungen der Gegner, ein Verfahren, das sicherlich zu beanstanden ist und gerade tödlich werden kann, wenn einmal später über diesen oder jenen Paragraphen eine Auslegung stattfinden müßte und dann gesagt würde, die SPD hat damals die und die Auslegung gegeben. Ich habe in unserem Landtag den SPD-Leuten, die ich sehr scharf angegriffen habe, eindeutig gesagt, daß sie gewissen Leuten an der Saar die Argumente für eine spätere Auseinandersetzung liefern.

Die erste Schwierigkeit ist also die, daß wir zu vielen Dingen in der Öffentlichkeit nichts sagen können. Die zweite Schwierigkeit ist das Verhalten der Leute an der Saar selbst, des Herrn Hoffmann und seiner Konsorten. Er redet bei jeder Gelegenheit davon, daß er den Bundeskanzler zum Freund habe. Ich habe seine Rede auf dem Parteitag in Saarbrücken gelesen.⁵¹ Er sagte: Ich bin [mit] dem Bundeskanzler Dr. Adenauer einig, aber die bösen Nationalisten, die machen uns das Leben schwer. Das ist die Sprache des Herrn Hoffmann. In der Auslegung des Saarstatuts spricht er wieder ganz anders. Er hat gesprochen von einer absolut falschen Interpretation des Saarabkommens, wodurch nur Verwirrung in die Bevölkerung hineingetragen wird.

Herr Hoffmann sagte wörtlich: Es gibt Möglichkeiten und Notwendigkeiten, den Mißbrauch der Freiheit auszuschließen, wenn dadurch das höhere Interesse der Sicherheit, der Ruhe und der Ordnung der Gemeinschaft gestört ist. In unserem Hause wollen wir uns so einrichten, wie es uns paßt, immer unter Beobachtung des Statuts. Die Zeiten der Einmischung von außen müßten für immer vorbei sein.

Wenn diese Kommission eingesetzt wird, dann kann man hoffen, daß dem Herrn Hoffmann die Flügel beschnitten werden. Ich muß sagen, ich bedaure die Verhandlungen, die mit diesen Leuten der Saarregierung geführt werden. Ich glaube, jeder von Ihnen würde, wenn er den wörtlichen Text der Rede des Herrn Hoffmann, die dieser vor wenigen Tagen gehalten hat – wir brauchen uns gar nicht darüber zu unterhalten, was er früher geredet hat –, gelesen hätte, sagen, mit diesem Mann und seinen Konsorten gibt es kein Paktieren; denn Herr Hoffmann spricht es hier noch einmal klipp und klar aus: Wir sind nicht prodeutsch, wir sind nicht profranzösisch, wir sind Saarländer. Er spricht klipp und klar aus, wir sind etwas für uns allein, wir haben mit Deutschland nichts zu tun, wir wollen damit nichts zu tun haben, höchstens, daß wir die kulturelle Einheit fördern wollen. Also, wenn Sie diese Rede

50 Zu den Auslegungsproblemen aus deutscher und französischer Sicht vgl. SCHMIDT 3 S. 35–41. – Art. 9 besagt, daß die Saarbevölkerung friedensvertragliche Bestimmungen, die die Saar betreffen, im Wege der Volksbefragung billigen muß.

51 Ordentlicher Landesparteitag der CVP vom 14. bis 17. Januar 1955 (Motto: Wir wollen Europa) – vgl. zur Rede SVZ vom 17. Januar 1955.

lesen – ich könnte Ihnen davon noch mehr zitieren –, dann werden Sie mit uns der Auffassung sein, daß mit diesen Leuten keine Gemeinschaft geführt werden darf, auch nicht hinsichtlich der wirtschaftlichen Probleme.

Ich sehe den Vorteil der jetzigen Verhandlungen nicht. Ich bin der Auffassung, hier findet ein Vorgriff auf Dinge statt, die das Saarstatut beinhaltet. Aber das ist zunächst überhaupt noch nicht da. Ein Vorgriff ist nach unserer Überzeugung, wie wir die Leute an der Saar kennen – wie soll ich das sagen –, sehr schlecht, weil hierdurch Herr Hoffmann hoffähig gemacht wird. Nach meiner Auffassung dürfen wir dieser Saarregierung auch in wirtschaftlichen Verhandlungen keinerlei Chancen bieten; denn diese Chancen werden sie wieder für sich ausnutzen, wenn in einigen Wochen Wahlen für den Landtag stattfinden.⁵²

Ich kann auch der Entwicklung, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre ergeben hat, insofern nicht zustimmen, als man das nur auf eine französische Sache zurückführt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Hoffmann mit seinen Leuten zu diesem Zustand, wie er sich im Laufe der Jahre ergeben hat, beigetragen hat. Denken Sie an die Fürchterlichkeit der Formulierungen: Wirtschaftlicher Anschluß an Frankreich, politische Unabhängigkeit von Deutschland. Das sind Formulierungen, die Herr Hoffmann im Oktober 1947 in die Präambel hineingeschoben hat. (*Von Brentano*: Die er ändern muß!) Bereits im März 1947 – schon ein halbes Jahr vor der Festlegung der Präambel – hat er auf die Einladung zu einer ersten Konferenz der Ministerpräsidenten telegraphiert: Wir haben den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich bereits vollzogen, deshalb ist unser Kommen nach München gegenstandslos.⁵³ – Diese Depesche steht doch in der Welt und wird die Leute vor der Geschichte richten. Deshalb sollten wir uns davor hüten, mit ihnen in Verhandlungen einzutreten.

Noch eine ganz konkrete Frage. Sie betrifft unsere Partei. Wer soll das Saarstatut nach der derzeitigen Situation annehmen? So, wie ich es jetzt sehe, die CDU? Gestern stand in der Presse zu lesen, daß in der Frage des Saarstatuts bezüglich der Koalition keine Änderung der Situation eingetreten sei. Wir hören das auch in den Parlamenten. Wir haben eine gute Zusammenarbeit in der Regierung von Rheinland-Pfalz, aber die dortige FDP denkt nicht daran, im kommenden Wahlkampf das Saarstatut zu verteidigen, im Gegenteil, sie faßt auf ihren Bezirkstagen jeden Tag schärfere Resolutionen. Das wird dazu führen, daß wir in der Öffentlichkeit

52 Erst am 18. Dezember 1955.

53 Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. bis 7. Juni 1947 (vgl. dazu ESCHENBURG S. 276–280). Am 5. Juni 1947 war die Bildung einer Mission Economique zur Bearbeitung aller Fragen des wirtschaftlichen Anschlusses des Saarlands an Frankreich erfolgt (SCHMIDT 2 S. 21). Antwort vom 6. Juni 1947 der Verwaltungskommission des Saargebiets unter Erwin Müller auf die Einladung und Ablehnung der Teilnahme mit der Begründung, die saarländische Wirtschaft sei bereits nach Frankreich orientiert (Hauptstaatsarchiv München Abt. II Staatskanzlei Abg 1975 vorl. Nr. 73 – vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949 Bd. 2, Januar – Juni 1947. Bearb. von Wolfram WERNER. München 1979 S. 512).

demnächst allein diejenigen sind, die das Saarstatut verteidigen. Man muß an solche Versammlungen denken. Das gilt nicht nur für Rheinland-Pfalz. Das hat der Herr Fay in Hessen genauso erfahren. Es gab keine Versammlung, wo nicht die Gemüter aufeinandergeplatzt sind, weil das Saarstatut zur Debatte stand.

Herr Bundeskanzler, es nützt auch nicht der Hinweis auf die von uns in der Politik sicherlich unerwünschte Romantik. Das hilft alles nichts. Sie waren oft genug mit dabei. Wenn davon die Rede ist, dann steht einer auf und sagt, die Saar, die Saar, und dann sind die Leute durcheinander. Ich mache kein Hehl daraus, wir liegen mit unserem Land direkt daneben. 102 Gemeinden hat der Herr General Koenig⁵⁴ im Jahre 1947 noch gestohlen! Das sind 102 Gemeinden aus den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und der Pfalz. Die Dinge liegen also bei unseren Leuten ganz anders als sonstwo.

Sie müssen verstehen, daß wir leidenschaftlich für die von uns immer wieder erhobene Forderung nach Interpretation und Klarheit eintreten. Sie haben gesagt, Herr Bundeskanzler, man kann nicht alles sagen. Ich bin der Auffassung, es müßte doch möglich sein, mit den Koalitionspartnern die Dinge am runden Tisch noch einmal zu erörtern, um festzustellen, was man nicht sagen soll. Das müßte klargestellt werden. Die Koalition müßte geschlossen zum Saarstatut stehen. Es wird doch unerträglich für die CDU, daß wir allein in den nächsten Monaten das Saarstatut zur Annahme bringen sollen.

Deshalb möchte ich abschließend meinen, hier muß noch etwas geschehen in den nächsten Wochen, damit die Koalitionspartner, die ja die Vorteile der Regierung mit uns tragen, zum Saarstatut ja sagen. Es muß möglich sein, ihnen klarzumachen: Du sagst praktisch zu den drei Verträgen nein, wenn du zum Saarstatut nein sagst. Wir müssen also mit den Koalitionspartnern weitere Verhandlungen führen mit dem Ziel, uns einig zu werden über die Annahme und auch über eine Sprechregelung, wobei ich mir vorstellen könnte, daß der Herr Bundeskanzler bei den Verhandlungen im Bundestag in der Lage wäre, wenn die ganze Koalition hinter ihm stünde, dem Vertragstext jene Interpretation zu geben, die wir für die späteren Auseinandersetzungen im Sinne der CDU absolut nötig haben.

Adenauer: Ich darf zunächst Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier herzlich bei uns willkommen heißen und ihm Glück wünschen zu seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten.⁵⁵ Wir begrüßen ihn um so mehr, weil er trotz seiner Krankheit gekommen ist.

54 Pierre Koenig (1898–1970), französischer General; 1945–1949 Militärgouverneur in Deutschland, 1954–1955 Verteidigungsminister. – Am 18. Juni 1946 wurden 142 Gemeinden an das Saarland angegliedert, am 6. Juni 1947 wurden 61 an die Rheinpfalz rückgegliedert und 13 bisher rheinpfälzische an das Saarland angegliedert (SCHMIDT 2 S. 20f.).

55 Gerstenmaier war am 16. November 1954 als Nachfolger von Hermann Ehlers gewählt worden. Vgl. dazu seine Erinnerungen S. 355f.

Ich möchte auf einige Punkte, die angeschnitten worden sind, sofort antworten; zunächst dazu, Herr Altmeier, man dürfe sich mit einem solchen Mann nicht an einen Tisch setzen. Ich habe inzwischen mit Leuten an einem Tisch gegessen, die einmal für den Morgenthau-Plan⁵⁶ eingetreten sind! (*Zuruf*: Das sind keine Deutschen!) Das ist schließlich egal. Der Morgenthau-Plan war das niederträchtigste Projekt, das die Welt gesehen hat. Und trotzdem habe ich [mich] mit den Leuten an einen Tisch gesetzt. In der Politik sollte man niemals sagen, mit dem Manne setze ich mich nicht zu Verhandlungen zusammen. Wenn die Verhandlungen das Wohl des Gebiets im Auge haben, dann setze ich mich – seien Sie mir nicht böse – auch mit dem Teufel an einen Tisch! Ich würde nicht davor zurückschrecken. (*Kunze*: Der aber nicht mit Ihnen. – *Heiterkeit*.) Nun zu den letzten Ausführungen des Herrn Kollegen Altmeier.

Wir haben noch in dieser Woche eine sehr ernste und intime Aussprache mit den Vertretern der Koalitionsparteien gehabt.⁵⁷ Nach meiner Meinung – Herr von Brentano, der dabei war, wird wohl dieselbe Meinung haben – war diese Besprechung nicht ohne Erfolg, (*von Brentano*: Richtig!) so will ich mich mal ausdrücken. Ich bin bis jetzt des Glaubens, Herr Altmeier, daß nicht die CDU allein das Saarstatut annehmen wird.

Aber ich muß jetzt etwas über Herrn Mendès-France sagen. Herr Mendès-France ist in dem Saarstatut, Sie haben es eben schon gehört, weiter entgegengekommen als irgendein anderer französischer Ministerpräsident. Herr Mendès-France hat auch die Saargeschichte gar nicht erfunden; er hat auch nicht die Verbindung erfunden zwischen einer Regelung an der Saar und einer europäischen Politik Frankreichs und einer deutsch-französischen Politik. Das ist zuerst gewesen im Conseil de la République im Jahre 1952. Es ist das gleich verkündet worden von Schuman, von Bidault, von Reynaud⁵⁸, von Pleven⁵⁹, von Pinay, von Laniel, von allen führenden französischen Politikern, mit Ausnahme – davon hat Herr Zimmer schon gesprochen – der französischen Sozialisten. Alle anderen haben die gleiche These aufgestellt. Dieser Tatsache sehen wir uns gegenüber, und ich habe keinen Zweifel daran, daß der kommende Ministerpräsident in Frankreich nicht davon abgehen wird; denn sonst würde er sich sofort sein eigenes Grab schaufeln.

Wir haben weiter die Tatsache zu verzeichnen, daß der Conseil de la République, wo der Gedanke zuerst geboren worden ist, es jetzt in der Hand hat, die Verhandlungen durch Amendements auf Monate hinaus wieder hinauszuzögern. Nun stellen Sie sich

56 Henry Morgenthau (1891–1967), amerikanischer Politiker; 1934–1945 Finanzminister. – Sein 1944 entworfener Plan sah vor, Deutschland zu einem Agrarland zu machen, u.a. Entmilitarisierung, Verkleinerung und Teilung, Internationalisierung des Ruhrgebiets usw.

57 Am 3. Februar 1955, 17 Uhr (TERMINKALENDER).

58 Paul Reynaud (1878–1966), französischer Politiker; 1940 Ministerpräsident, zugleich Außen- und Verteidigungsminister, 1946–1962 Mitglied der Assemblée Nationale, 1948 Finanz- und Wirtschaftsminister, 1953–1954 stv. Ministerpräsident.

59 René Pleven (geb. 1901), französischer Politiker; 1945–1973 Abgeordneter der Assemblée Nationale, 1952–1954 Verteidigungsminister. Vgl. PROTOKOLLE I S. 137 Anm. 19.

bitte vor – ich spreche sine ira et studio –, was passieren würde, wenn wir durch Ablehnung des Saarstatuts die ganzen Verträge zu Fall brächten. Die Katastrophe, die dann auf der ganzen Welt eintreten würde, ist in ihrer Schrecklichkeit überhaupt nicht abzuschätzen.

Nach meiner Überzeugung ist die erste und größte Gefahr die, daß Amerika sich von Europa distanziert, weil es sagt, mit diesem Europa, das nicht einmal mit der Saarfrage fertig wird, kann eben nicht weiter verhandelt werden. Mir ist in Amerika gesagt worden – ich habe entsprechend darauf geantwortet –, das ganze Saargebiet ist so groß wie eine Ranch in Texas. Man hat mir eine große Karte im Auswärtigen Ausschuß des Senats gezeigt und gesagt, zeigen Sie, wo die Saar liegt. Die Leute wissen nicht das Emotionale zu würdigen, was wir natürlich im Innern haben. Aber die verstehen das nicht, und sie sind jetzt schon unglücklich über dieses ganze Europa, daß es nach jahrelangen Verhandlungen durch eine Abstimmung in der französischen Nationalversammlung diese Sache vom Tisch heruntergewischt hat. Stellen Sie sich bitte vor, was passieren würde. Glauben Sie, daß, wenn diese Verträge nicht zustande kommen, die Saar die Freiheit in Bälde zurückbekommt? (*Zurufe*: Niemals!) Das ist völlig ausgeschlossen.

Nun hoffe ich aber, Herr Altmeier, daß bis zu Ihren Wahlen in Rheinland-Pfalz⁶⁰ wir doch über die Dinge, über die man jetzt nicht sprechen kann, werden reden können. Wir sind noch nicht an diese fünf Staaten, die ganz neutral sind, herangetreten. Wenn wir jetzt bei einer solchen Kommission schon großen Krach machen, dann werden die sagen: Warum sollen wir da unsere Finger hineinstecken? Das ist ein Grund mit, warum wir dazu schweigen müssen.

Ein anderer Grund – das sage ich ganz offen – ist der, daß wir als Deutsche, damit die Sache nicht verzögert wird, alles Interesse daran gehabt haben, daß Mendès-France am Leben geblieben wäre. Wir dürfen jetzt nicht darüber sprechen, damit nicht ein zukünftiger Ministerpräsident sich in seiner Regierungserklärung irgendwie festlegt. Deswegen sind wir jetzt in der Lage, den Mund halten zu müssen bis zum geeigneten Augenblick. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Augenblick gekommen sein wird, noch ehe Sie wählen. Dann wird man von diesen Dingen Gebrauch machen können.

Ich möchte noch ein Wort sagen zur Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie hat niemals erklärt: Wenn jetzt eine Viererkonferenz stattfindet, die nicht die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bringt, dann sind wir bereit, die Verträge anzunehmen. Sie denkt nicht daran, sondern sie hat ein Ziel, das sie proklamiert hat, das sich den russischen Tendenzen in bezug auf Deutschland außerordentlich nähert: ein sogenanntes neutralisiertes Deutschland. Das hat Herr Erler seinerzeit im Bundestag gesagt, das hat Herr Carlo Schmid gesagt, Herr Ollenhauer ebenfalls, das sagen sie alle. Es ist nota bene eine vollkommene Abweichung von der Politik des Herrn Schumacher, der eine ganz andere Politik vorgeschlagen hat.

60 Am 15. Mai 1955.

Wenn die Sozialdemokraten damit Erfolg hätten, so würde das bedeuten – jetzt komme ich auf diesen Artikel des Herrn Sethe zu sprechen; wir sind unter zivilisierten Menschen, ich muß den Ausdruck unterdrücken, der mir auf der Zunge schwebt –, daß wir im Wege des Kalten Krieges in kürzester Frist in den Händen der Russen wären. Es wurde eben schon von Italien gesprochen. Italien ist, wie mir Herr Saragat⁶¹, der italienische Sozialistenführer, gesagt hat, die am besten organisierte Kommunistische Partei in Europa, die jährlich mindestens 200 Millionen Dollar zur Verfügung erhält für ihre kommunistische Propaganda. In Italien ist es so, daß in zahlreichen amtlichen Stellen seit Jahr und Tag kommunistische Beamte sitzen – in zahlreichen, wiederhole ich –, ohne jemals das Amtsgebäude zu betreten. Sie beziehen nur ihre Gelder und sind als Funktionäre der Kommunistischen Partei tätig. Die Kommunisten haben dort, als sie mit in der Regierung waren, große Monopolgesellschaften bekommen für den Handel mit dem Ausland, aus denen sie große Verdienste erhalten für die Kommunistische Partei. So unterwühlt ist Italien!

In Frankreich ist auch heute die Kommunistische Partei die stärkste von allen Parteien. Wir sind der einzige Damm gegenüber dem Kommunismus in Europa. Das ist die große Aufgabe, die wir haben. Wenn wir diese Aufgabe nicht erkennen, dann ist eben ganz Europa einschließlich Deutschland verloren; der eine kommt heute dran, der andere morgen.

Und nun zu dem Artikel von Herrn Sethe. Die „Frankfurter Allgemeine“ wird, wie mir zuverlässig bekannt ist, von einigen industriellen Firmen unterhalten. (*Kiesinger*: Sie trägt sich selbst!) Nein, sie trägt sich nicht selbst! Ich kann Ihnen die Summe sagen, die sie jährlich bekommt. Ich kann Ihnen die Firmen nennen, die das bezahlen. Das ist das Unglaubliche geradezu, daß es Menschen in Deutschland gibt, die einfach mit Blindheit geschlagen sind, die nun einen solchen Mitarbeiter in der „Frankfurter Allgemeinen“ hegen und pflegen. Er hat heute einen großen Artikel geschrieben über einen neuen Krieg. Hier ist eine Zeichnung, die schwarzen Pfeile bedeuten die Angriffsrichtungen der Russen, die weißen Pfeile sind die Angriffsrichtungen Amerikas. Der Herr Sethe scheint vom Kalten Krieg und vom Wesen der Außenpolitik überhaupt nichts zu wissen. Nach meiner festen Überzeugung denken z.Z. weder die Vereinigten Staaten noch Sowjetrußland an einen heißen Krieg. Aber man will die Vereinigten Staaten aus Europa weg haben. Das ist das Ziel der sowjetrussischen Politik. Man will auch in Westeuropa den Kommunismus an die Macht bringen, genau wie in den Satellitenstaaten. Warum? Soweit man das beurteilen kann aus zwei Gründen.

Einer der Herren hat eben angeführt – ich glaube Sie, Herr Kiesinger –, man wisse nicht, wie in Wirklichkeit sich die russische Politik auf lange Sicht gestalten werde. Mir hat vor kurzem ein Mann, den ich als einen weitblickenden und kenntnisreichen

61 Giuseppe Saragat (1898–1988), italienischer Politiker (Sozialist bzw. Sozialdemokrat); 1949–1954, 1957–1964, 1976 Generalsekretär der PSDI, 1947–1949 und 1954–1957 stv. Ministerpräsident, 1963–1964 Außenminister, 1964–1971 Staatspräsident.

Politiker in östlichen Dingen ansprechen kann, folgendes dargelegt: Er sei der Auffassung, daß China – ob das nun Rotchina oder Blau- oder Grünchina sei, spiele keine Rolle – eine so starke Volksvermehrung habe, daß es in spätestens 15 Jahren durch den übergroßen Druck seiner Bevölkerung gezwungen sei, in die Mandschurei und in das sibirische Gelände hineinzugehen, so daß in etwa 15 Jahren Sowjetrußland seine ganze Kraft darauf verwenden müsse, einen Damm zu errichten gegen den Druck, der ihm selber von China drohe. Es sei daher dann froh darüber, wenn es in Europa keinem Druck ausgesetzt sei.

Ich kann nicht sagen, ob diese Annahme richtig ist. Ich kann nur das eine sagen: Der Mann, der mir das vorgetragen hat, ist ein sehr kenntnisreicher Mann gerade über den Osten. Und die Art und Weise, wie er diese These vorgetragen hat, ist auf mich nicht ohne Eindruck geblieben. Viele Entwicklungen in der heutigen Zeit sind ja letzten Endes auf einen Bevölkerungsdruck zurückzuführen, weil die übermäßig bevölkerten Gebiete, die ihre Leute nicht mehr ernähren können, danach suchen müssen, weitere Gebiete zu bekommen. Wenn Sie eine Karte von Asien zur Hand nehmen, werden Sie sehen, daß für China das nächste Gebiet für die Entleerung seiner Bevölkerung das sowjetrussische Gebiet ist.

Ich bin fest davon überzeugt, daß auch Sowjetrußland sich solche Dinge überlegt, um sich, wenn es Westeuropa beherrscht und das westeuropäische Potential zur Verfügung hat, dem Osten zuzuwenden. Das sind alles Entwicklungen, die möglich sind, von denen aber kein Mensch sagen kann, ob und wann sie eintreffen werden.

Für uns aber erwächst aus alledem schon aus Gründen der Selbsterhaltung die unabwendbare Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieses Europa wieder ein selbständiger und einflußreicher Faktor in der Weltpolitik wird. Das ist doch das große Ziel, das wir vor Augen haben, und zwar nicht nur, weil wir Europäer sind, sondern auch im Interesse der Erhaltung der europäischen christlichen Kultur und des europäischen christlichen Lebens. Das ist die große Aufgabe, die vor uns steht, die wir keinen Tag und keine Stunde außer acht lassen dürfen bei jeder Entschließung, die wir auf außenpolitischem Gebiet zu treffen haben.

Noch ein Wort zu der Erklärung Rußlands. Herr Sethe spricht auch davon, wenn die Pariser Verträge beschlossen würden, dann würde es nicht mehr mit uns über die Wiedervereinigung verhandeln. Nun, meine Damen und Herren, es gibt ein kölnisches Wort, das nicht jeder von Ihnen versteht, es heißt: Wööt sin kein Stüver! Das heißt auf Hochdeutsch: Worte sind kein Stüver! Stüver ist eine alte Geldmünze. Das gilt auch in der Politik, insbesondere bei den Russen.

Ich habe mir einmal zusammenstellen lassen, wie oft die Sowjets seit 1945 gesagt haben: Wir werden niemals wieder mit euch verhandeln! – und wie sie nachher doch verhandelt haben. Ich werde es morgen noch einmal sagen, aber es ist ganz interessant, wenn ich Ihnen diese Zusammenstellung – wenn auch verkürzt – vorlese.⁶² Im Jahre 1945 hat die Sowjetunion die Türkei wegen ihrer Haltung

⁶² In späteren Jahren führte Adenauer als Beleg für den sowjetischen Expansionismus die Darstellung von Dieter FRIEDE an: Das russische Perpetuum mobile. Würzburg 1959.

im Krieg offiziell getadelt, den sowjetisch-türkischen Freundschaftspakt gekündigt, die Abtretung türkischen Gebiets, die Einräumung von Stützpunkten und eine Revision der Meerengen-Konvention (Dardanellen) gefordert. Begleitet wurden diese Forderungen von einer üblen Hetzkampagne gegen die Türkei. Die Türkei hat sich durch keine sowjetische Drohung einschüchtern lassen und hat alle sowjetischen Forderungen zurückgewiesen. Sie hat, obwohl sie zeitweilig im Brennpunkt des Kalten Krieges stand, nie die Nerven verloren. Die Auswirkung dieser mutigen türkischen Haltung war, daß die Sowjetregierung der türkischen Botschaft in Moskau am 30. Mai 1953⁶³ eine Note übergab, in der sie auf sämtliche territorialen Forderungen verzichtete und in der Frage der Meerengen-Konvention eine versöhnliche Haltung einnahm.

Nehmen Sie Jugoslawien! Sie wissen, daß sich Jugoslawien im Jahre 1948 aus dem sowjetischen Einflußbereich herausgelöst hat. Daraufhin haben die Sowjetunion und alle Satellitenstaaten die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen. In einer an Jugoslawien gerichteten sowjetischen Note vom August 1949⁶⁴ heißt es: Die Sowjetunion wird eine solche Lage nicht dulden und zu anderen, wirksameren Mitteln greifen, um die Rechte der sowjetischen Staatsangehörigen in Jugoslawien zu schützen und die hemmungslosen faschistischen Verbrecher – das war Tito⁶⁵ – zur Ordnung rufen.

Alle Beistands- und Freundschaftspakte wurden gekündigt. Die jugoslawische Regierung wurde von der Presse des Ostblocks aufs schärfste angegriffen. Und heute ist die Sowjetunion auf das eifrigste bemüht, freundnachbarliche Beziehungen mit Jugoslawien herzustellen. Die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen sind wieder aufgenommen, und die Pressekampagne ist erledigt.

Nehmen Sie Japan! Sie wissen, daß Japan einen Friedensvertrag mit den Westmächten in San Francisco geschlossen hat.⁶⁶ Vor dem Abschluß des Friedensvertrages hat die Sowjetunion die heftigsten, von massiven Drohungen begleiteten Angriffe gegen die japanische Regierung gerichtet. Der Moskauer Rundfunk sagte, es könne zu einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die Sowjetunion führen, da diese sich nicht mehr länger an den Waffenstillstand gebunden fühle. Am 16. Dezember 1954 sagte Molotow⁶⁷ in einer Stellungnahme zu den sowjetisch-japanischen Beziehungen: Die Sowjetunion strebt unablässig danach, die Beziehungen mit allen Ländern aufzunehmen und zu entwickeln, die ihrerseits dazu Bereitschaft zeigen.

63 Text in AdG 1953 S. 4084.

64 Note vom 19. August 1949. Text in AdG 1954 S. 2045.

65 Josip Tito, eigentlich Broz (1892–1980), jugoslawischer Politiker; 1945–1953 Ministerpräsident und Staatschef der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien, 1953 Staatspräsident, seit 1963 auf Lebenszeit.

66 Vom 8. September 1951. – Vorgeschichte und Vertragsinhalt in AdG 1951 S. 3021, 3070, 3100–3103.

67 Wjatscheslaw Michajlowitsch Molotow, eigentlich Skrjabin (1890–1986), sowjetischer Politiker; 1939–1949 und 1953–1956 Volkskommissar des Äußeren und Außenminister.

Und jetzt haben sie, obgleich sie noch keinen Botschafter in Tokio haben, unter der Hand dem japanischen Ministerpräsidenten eine versöhnliche Note überreicht über den Abschluß von Verträgen zwischen Sowjetrußland und Japan.⁶⁸

Der neueste Fall ist Triest. Bitte denken Sie daran, welchen Lärm damals Sowjetrußland geschlagen hat, als die Sache in Triest geregelt wurde. Vor dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Italien im Jahre 1947 vertrat die Sowjetunion entschieden die territorialen Forderungen Jugoslawiens. Damals stand sie noch gut mit Jugoslawien. Nach Abschluß des Friedensvertrages mit Italien stimmte die Sowjetunion einer Kompromißlösung zu. Dann hat sie aber später bei den Verhandlungen im Sicherheitsrat der UNO die Durchführung der Lösung, der sie selbst zugestimmt hat, systematisch verhindert.

Dann hat sie nach dem Konflikt mit Jugoslawien erneut umgeschwenkt. Später hat sie dann die Triester Frage mit der des österreichischen Staatsvertrages verknüpft. Und nun hat sie, und zwar zur Überraschung in der Welt, dem Übereinkommen zwischen Italien, Jugoslawien, Großbritannien und den USA über Triest vom 14. Oktober 1954 vorbehaltlos zugestimmt.⁶⁹

Also, die Russen machen eben die Politik so, wie sie sie gerade im Augenblick für richtig halten, mit einem unverrückbaren Ziel, das ihnen immer vor Augen schwebt. Aber man soll sich nicht erschrecken lassen durch Erklärungen: Wir werden niemals wieder darüber verhandeln. Die Sowjets werden uns niemals die Sowjetzone auf dem Präsentierteller entgegenbringen. Sie betrachten, von ihrem Standpunkt aus durchaus mit Recht, die Frage der Rückgabe der Sowjetzone als eine Teilfrage eines viel größeren Fragenkomplexes. Sie müssen das nicht nur tun, weil sie von der Sowjetzone aus V-Geschosse nach England schicken können, sondern auch deswegen, weil die Rückgabe der Sowjetzone in den anderen Satellitenstaaten den Geist des Widerstandes, der dort vorhanden ist, mit einem solchen Impuls versehen würde, daß sie davon große Schwierigkeiten befürchten. Daher wird die Sowjetzone zu uns nur zurückkommen, wenn es gelingt, in der Welt wenigstens in etwa zu einer Bereinigung der großen schwebenden Fragen zu gelangen.

Sobald wir souverän sind – ich habe davon absichtlich heute noch nicht gesprochen –, können wir als ein selbständiger, souveräner Staat unsere diplomatischen Beziehungen einsetzen im Sinne einer Beilegung des Konflikts auch mit den Sowjets, wozu wir jetzt gar nicht in der Lage sind. Dreier- oder Viererkonferenzen, die über unseren Kopf hinweg geführt werden, d.h., ohne daß wir dabei am Tisch sitzen, sind eine sehr üble Angelegenheit. Daher ziehe ich, weil ich fest davon überzeugt bin, im geeigneten Augenblick mit den Sowjets verhandeln zu können, eine Konferenz mit den Sowjets über die Rückgabe der Sowjetzone, bei der wir gleichberechtigt mit am

68 Meldung von TASS über die jüngste Entwicklung des japanisch-sowjetischen Verhältnisses vom 29. Januar 1955 in AdG 1955 S. 4988.

69 Vorgeschichte und vertragliche Regelung in AdG 1954 S. 4773f.; zustimmende Kenntnisaufnahme durch Andrej Wyschinski, dem sowjetischen Delegierten bei der UNO, EBD. S. 4795.

Tisch sitzen, Verhandlungen vor, die über unseren Kopf hinweg von anderen geführt werden. Deswegen glaube ich, gerade auch um die Wiedervereinigung herbeizuführen, ist unsere Politik der geeignete Weg, daß wir unsere Souveränität wiederbekommen, um uns einsetzen zu können für die Sache des Friedens in der Welt.

Ich bekomme gerade die Nachricht, daß amerikanische Düsenjäger westlich Koreas zwei feindliche Düsenjäger abgeschossen haben.⁷⁰ Das werden wahrscheinlich chinesische oder russische gewesen sein. Jetzt geht man also, um das Feuerchen brennend zu halten, wieder mal auf Korea über und fängt an, da Geschichten zu machen. Auch daraus ersehen Sie, wie die ganze Situation in der Welt ist und wie sie von einer Stelle aus zentral geschürt und geleitet wird. Sie sehen, was uns bevorsteht, wenn wir uns aus der westlichen Verbindung – wie das auch die Sozialdemokraten wollen – loslösen.

Denken Sie bitte etwas zurück in der Geschichte, 60, 70 Jahre. Denken Sie daran, daß es das große Unglück Deutschlands war, daß es immer ohne wirkliche Freunde gewesen ist (*Zurufe*: Sehr richtig!) und daß es trotz der großen militärischen und wirtschaftlichen Macht, die es nach 1870/71 bekommen hat, nachher allein dagesessen hat durch eine dumme und nicht weitsichtige Politik. Derjenige, der überklug sein will und sich zwischen sämtliche Stühle setzt, der sitzt nachher auf der Erde, und die anderen trampeln auf ihm herum. (*Beifall.*)

Hellwig: Es ist im Augenblick unmöglich, die Saarfrage zu lösen. Das sollte ganz klar bei der Diskussion herausgestellt werden. Es gibt kein funktionierendes Rezept für eine endgültige Lösung der Saarfrage. Was wir erreichen mußten, war, die Tür aufzubekommen, um für die weitere Entwicklung die Lösung in unserem Sinne noch möglich zu machen. Das ist, glaube ich, in diesem Abkommen enthalten.

Nun zu der Frage der wirtschaftlichen Verhandlungen. Die Entwicklung wird in unserem Sinne wirtschaftlich auf uns zukommen. Ich habe Bedenken, wenn wir zu früh die Vollmachten und die Möglichkeiten, die im Artikel 12 enthalten [sind], als Karte auf den Tisch legen. Wir sollten hier die Entwicklung auf uns zukommen lassen. Wenn wir im Saargebiet ein Übermaß an deutscher Hilfsbereitschaft anbieten, dann wird Herr Hoffmann sagen, ich habe bereits die Zusage der wirtschaftlichen Hilfe von euch in der Tasche.

Die Situation ist so – ich möchte es drastisch sagen –, daß die Saarwirtschaft erst bei Bankrott des jetzigen Systems geregelt wird. Die Verschuldung nimmt rapide zu. Die Saarkohlengruben haben in den letzten drei Jahren einen Verlust von 300 Millionen gehabt. Die Verschuldung ist so, daß der Betrag der kurzfristigen Schulden das Dreifache der realisierbaren Vermögenswerte erreicht hat. Im Staatshaushalt ist seit drei Jahren ein Fehlbetrag von 500 Millionen an Investitionsrückständen. Da Frankreich immer nur kleinste Abschlagszahlungen anbietet, um die Leute bei Laune

70 Über dem Gelben Meer, 17 Kilometer westlich der Küste Nordkoreas (FAZ vom 7. Februar 1955).

zu halten, wird hier die Hilfsbedürftigkeit des Gebietes auf uns, früher als wir denken, zukommen.

Ich meine, wir sollten die Karte, die uns die Saar zuspielt, nicht verfrüht auf den Tisch legen, zumindest nicht vor den politischen Entscheidungen. Ich habe bestimmte Befürchtungen, daß wir uns, wenn wir schon jetzt Verhandlungen aufgrund des Artikels 12 führen, zu früh engagieren. Die französische Wirtschaft befürchtet die Expansion der deutschen Industrie auf den Saarmarkt. Die deutsche Industrie hat kein Interesse, den Saarmarkt als Absatzgebiet zurückzuerobern. Die deutsche Wirtschaft hat ein Interesse daran, daß die diskriminierende Behandlung der deutschen Unternehmen im Saargebiet beendet wird. Man kann nicht über deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem Niederlassungsrecht für deutsche Firmen in Frankreich sprechen, solange man nicht die diskriminierende Behandlung der deutschen Unternehmen im Saargebiet aufhebt.⁷¹

Adenauer: Man kann auch anders argumentieren, Herr Hellwig. Ich bitte Sie, über die rein wirtschaftlichen Angelegenheiten einmal mit Herrn Erhard zu sprechen; Sie sind beide Sachverständige. Wir sind – wenigstens sage ich das in aller Offenheit von mir – nicht Sachverständige.

Aber über das Politische möchte ich mit Ihnen sprechen. Frankreich verhandelt nun mit der jetzigen Saarregierung über wirtschaftliche Abkommen, die auch unter einer anderen Saarregierung weiter Gültigkeit haben werden. Herr Hoffmann ist ein Opportunist reinsten Wassers, soweit ich ihn aus seinen Handlungen beurteilen kann. Persönlich kenne ich ihn kaum. Herr Hoffmann wird gegenüber den Forderungen der französischen Wirtschaft, die jetzt bei den Verhandlungen gestellt werden, stärker sein, wenn er weiß, ich kriege eine gewisse wirtschaftliche Hilfestellung in Deutschland.

Das war der leitende Gesichtspunkt, den – glaube ich – wir richtig sehen müssen. Wenn es sich so abspielen sollte, wie Sie es eben schilderten, daß man abwarten solle, bis ein vollkommener wirtschaftlicher Bankrott eintritt, dann werden die Saarleute sagen, das ist die Folge des Saarabkommens, das verdanken wir also den Deutschen, vorher hatten wir es besser. Ich glaube, Herr Hellwig, wir müssen das Eintreten eines Bankrotts sogar verhindern, damit die Saarländer, die realistisch denken – ich drücke mich sehr vorsichtig aus –, auch in wirtschaftlichen Dingen realistisch denken, nicht den Eindruck bekommen: Wir kriegen von den Deutschen nichts, unser ganzes Heil ist schließlich doch bei Frankreich. Bitte sprechen [Sie] einmal mit Herrn Erhard darüber. Ich halte das für sehr wertvoll, weil Sie über eine ausgezeichnete Kenntnis der wirtschaftlichen Lage des Saargebietes verfügen.

Zimmer: Wir müssen bei der Koordinierung unserer Partei- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Saargebiet das Prestige unserer Leute an der Saar wahren. Es gibt dort viele ausgezeichnete Persönlichkeiten, die auf den Moment warten, wo sie hervortreten können. Das geht verloren, wenn verhandelt wird, ohne sie irgendwie nach außen in Erscheinung treten zu lassen. Daß sie nicht als Wirtschaftsexperten der Saarwirtschaft

71 Vgl. zur wirtschaftlichen Lage der Saar SCHMIDT 3 S. 63–131.

Herrn Erhard gegenüber in Erscheinung zu treten brauchen, ist klar, aber es müßte so sein, daß zumindest nach außen gesagt wird, daß der Vertreter der Bundesregierung auch die Wirtschaftsvertreter der deutschen Parteien an der Saar gehört und zu Rate gezogen hat, damit diese Verhandlungen nicht dem Herrn Hoffmann zugute kommen.

Adenauer: Ich beabsichtige, die Vertreter der deutschen Parteien an der Saar noch vor der Debatte im Bundestag zu empfangen und mit ihnen über die ganze Lage zu sprechen. Herr Kollege Zimmer hat eben ein Thema angeschnitten, zu dem man noch einige Worte sagen muß, obgleich ich der Auffassung bin, daß wir heute etwas Definitives nicht dazu sagen können. Was soll werden an der Saar mit der CDU und der CVP? (*Zimmer:* Wir haben ein Konzept, die Vorbereitungen sind getroffen!) Eine gute Konzeption? (*Zimmer:* Wir sind bereit, nähere Auskünfte darüber zu geben. Wir müssen hier zu einer klaren Entscheidung darüber kommen, was wir wollen. Und wenn wir die Entscheidung haben, müssen wir die Vorbereitungen treffen. Es sind schon Vorbereitungen im Gange, aber sie sind noch nicht ausreichend getroffen.) Ich habe mit Saarländern darüber gesprochen. Sie haben gemeint, es wäre gar nicht zu vermeiden, daß beim nächsten Landtagswahlkampf sich CVP und CDU im Kampf gegenüberstehen. (*Altmeier:* Ja!) Ja, Herr Altmeier, Sie sagen so kräftig „ja“, lassen wir die Sache einmal in Ruhe besprechen. Eines Tages müssen wir doch zusammenkommen, natürlich nicht jeder von der CVP, aber das Gros der CVP muß doch eines Tages mit der CDU zusammenkommen zur gemeinsamen Arbeit, sonst bekommen wir auch nicht bei der letzten Abstimmung die Mehrheit, die wir haben wollen. Die CDU ist zu schwach. Wir müssen doch die CVP dazubekommen. Bekommt man sie nun eher dazu, wenn man ihr zunächst den Kopf blutig schlägt? Wir sind doch nicht in Oberbayern! (*Heiterkeit.*) Da kann das bei einer Kirmes passieren, daß man das zuerst macht und sich nachher mit dem Bierseidel wieder versöhnt. Bitte überlegen Sie sich dieses wichtige Problem einmal in Ruhe. Ich betone nochmals, nicht nur im Interesse der von uns vertretenen Ideale, sondern auch um der definitiven Abstimmung willen, die eventuell schon in wenigen Jahren sein kann – das kann kein Mensch jetzt schon wissen –, müssen wir die CVP und die CDU zusammen haben, damit wir eine Mehrheit bekommen. Das ist für mich der Leitpunkt. Ich habe noch mit keinem von der CVP gesprochen. (*Altmeier:* Die CVP brauchen wir nicht. Die Leute, die jetzt CVP wählen, sollen dann CDU wählen!) Man braucht sich aber vorher nicht den Kopf blutig zu schlagen, sonst ist das gemeinsame Marschieren bestimmt schwerer. Jetzt spreche ich für die Saarbevölkerung, und ich will niemandem zu nahetreten mit dem, was ich sage. Vergessen Sie bitte folgendes nicht: Als das ganze Unglück seinen Anfang nahm, da wußte kein Mensch in der Welt, ob jemals wieder ein Deutschland entstehen würde. Vergessen Sie nicht, daß damals die Saar unter der harten Faust des Siegers war. Dort ist die Demontage gewesen. Wir haben sie gebremst und zum Aufhören gebracht. Aber Sie wissen, daß der Saarbevölkerung gedroht worden ist: Wenn ihr nicht mitmacht, wird restlos demontiert. Und wenn restlos demontiert worden wäre, dann wäre ein furchtbares Unheil über die Saarbevölkerung hereingebrochen.

Was ich jetzt sage, führe ich nur an, um in Ihr Gedächtnis zurückzurufen, wie die

Situation in diesen Jahren damals gewesen ist. In diesen Jahren ist in der bayerischen Verfassung⁷² eine Bestimmung aufgenommen worden, ich kann sie nicht wörtlich zitieren, aber des Inhalts, daß Bayern sich vorbehalte, Beschluß darüber zu fassen, ob es einem neuen Deutschen Reich angehören wolle oder nicht.⁷³ (*Kaiser*: Das Wort „Deutschland“ stand nicht in der Verfassung!) Dann ist es noch schlimmer! Es war damals eine Zeit, in der man auch den Bayern keinen Vorwurf machen kann. Ich sage das nur, um auch die Saarländer richtig zu beurteilen.

Denken Sie bitte weiter daran, daß der Bayerische Landtag noch im Jahre 1949 das Grundgesetz abgelehnt hat.⁷⁴ Man muß sich die ganze Verworrenheit und die damaligen Zustände vor Augen halten, um ein richtiges Urteil zu bekommen über den weitaus überwiegenden Teil der Saarländer. Deswegen meine ich, man soll auch die Frage CVP/CDU zu lösen versuchen im Hinblick auf das Kommende. Herr Altmeier hat einmal davon gesprochen, daß er zur Beerdigung an der Saar gewesen ist und daß die ganzen Leute ihn außerordentlich freundschaftlich begrüßt hätten. Das waren doch CVP-Leute. Das waren keine CDU-Leute. (*Altmeier*: Die wollen wir ja!) Aber dann machen Sie es bitte mit dem Hühnerkläuchen und nicht mit dem Holzhammer. Dazwischen müssen wir wählen: Hühnerkläuchen oder Holzhammer. (*Zimmer*: 97 % wollen wir haben!)

Kaiser: Ich habe zwei Anliegen zur Saar, das eine an den Herrn Bundeskanzler und das zweite an den Ersten Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union. Das erste! Der Kanzler muß ohne weiteren Verzug mit den Repräsentanten – das sind ehrenwerte und zu beachtende Männer – der unterdrückten Parteien an der Saar über den gegenwärtigen Stand sprechen. Wenn das nicht bald geschieht, dann geschieht ein Unglück. Ein Beleg dafür ist das, was Herr Schneider schon gestern der Presse vortragen wollte. Herr von Brentano, es lohnt sich, daß Sie sich das einmal ansehen.

Das zweite Anliegen an den Ersten Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union! Wir haben diese Frage, ob CVP und CDU vereinigt werden können, mit überlegt. Mich hat insbesondere der Gedanke bewegt, ob es vielleicht gelingen könnte, die Herren Hoffmann und Hector dazu zu bewegen, das Feld zu räumen, damit der Weg frei wird. Hoffmann und Hector stehen im Bunde mit der französischen Politik. Wir haben den Gedanken in aller Ruhe überlegt, ob dies möglich ist. Wir sind zu einer Verneinung gekommen.

Wir haben vor unserem Volke kein Recht, hier länger zu säumen. Die Christlich-Demokratische Union ist verpflichtet, die Christlich-Demokratische Union der Saar

72 Vom 2. Dezember 1946.

73 Auf Anregung der amerikanischen Militärregierung wurde in Art. 178 festgelegt: „Bayern wird einem künftigen deutschen Bundesstaat beitreten.“ Vgl. zur Diskussion Annette ZIMMER: Demokratiegründung und Verfassungsgebung in Bayern. Die Entstehung der Verfassung des Freistaates Bayern von 1946. Frankfurt 1987 S. 404–410.

74 Das Nein zum GG erfolgte in der 110. Sitzung vom 19./20. Mai 1949 mit 101 gegen 63 Stimmen – Druck des Protokolls zuletzt in Peter Jakob Kock: Der bayerische Landtag. Bd. 2. Protokolle. Bamberg 1986 S. 47–113.

jetzt endlich aus der Taufe zu heben. Dazu brauchen wir den Ersten Vorsitzenden der Partei. Wir wissen, wie sehr das Volk auf uns wartet. Wir kämen um einen wirklich großen Schritt weiter, wenn der Erste Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands bei diesem Akt der wirklichen Gründung der Union an der Saar mit uns zusammen wäre.⁷⁵ (*Adenauer*: Ich soll dahin gehen?) Das braucht nicht unbedingt nach Saarbrücken zu sein, obgleich das eine wunderbare Sache wäre. (*Adenauer*: Dann würde ich schön von Herrn Hoffmann aufgenommen!) Nein, nicht von Herrn Hoffmann! Wir haben Hoffmann auch nicht begrüßt. Wir waren dort und sind vom Volk begrüßt worden. Es ist dort unten ein Kreis von 40, 50 Leuten, darunter Geistliche beider Konfessionen, die darauf warten, daß wir mit ihnen zusammenkommen, damit im saarländischen Volk bekannt wird, daß der Erste Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union bei dieser Sache mit von der Partie ist. Dann sind wir um einen großen Schritt weiter. Das muß geschehen! (*Adenauer*: Stellen Sie sich vor, ich würde da jetzt so eine Geschichte machen! Lassen wir erst alles in Kraft sein!) Wenn Sie sich nicht dazu entschließen können – ich bin der Auffassung, es müßte sein –, dann autorisieren Sie bitte uns, daß wir es machen, die beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Wir werden morgen den Kameraden dazu wählen. Dazu sollten noch kommen die beiden Männer aus Rheinland-Pfalz, die beide Saarländer sind, Herr Altmeier und Herr Zimmer. Dann werden wir das machen, nicht in Saarbrücken, sondern in Trier oder in Mainz. Die Leute an der Saar warten darauf, daß das geschieht.

Adenauer: Ich bin leider in solchen Sachen sehr ruhig und sehr kühl. Ich möchte die Frage an Sie, Herr Kaiser, stellen: Seit wann gibt es deutsche oppositionelle Parteien an der Saar? Wo waren die früher? Das ist eine Frage, die ich stelle. Wann entdeckten die auf einmal ihr deutsches Herz? (*Zimmer*: Diese Frage ist loyal zu beantworten!) Wann denn? (*Zimmer*: Diese Leute haben sich erst gesammelt, als die Bundesrepublik in Erscheinung trat und die separatistischen Tendenzen im Saargebiet sich zu einem Definitivum zu entwickeln drohten!) Und als es ihnen dreckiger ging! (*Zimmer*: Herr Bundeskanzler, ich glaube nicht!) Und als es ihnen materiell dreckiger ging!

Zimmer: Die Männer, die mit uns zusammenarbeiten, das sind Idealisten. Das sind keine Leute, die erst ihr deutsches Herz entdeckt haben, als es uns wieder besser ging. Das ist man schuldig, dies den Leuten gegenüber zu sagen. Ich will nicht von allen sprechen; jedenfalls von der CDU aus kann man das sagen. Es sind ehrenwerte Leute; sie geben ohne weiteres zu, daß sie im Anfang in der CVP waren. Herr Ney war auch im Anfang in der CVP. Ich habe auch mit Herrn Hoffmann in den Jahren 1946/47 verhandelt. (*Adenauer*: Haben Sie sich nicht geschämt?) Dazu

75 Dem Zulassungsantrag der CDU Saar vom 6. Februar 1952 war von der Regierung Hoffmann nicht stattgegeben worden. So verblieb die Partei bis zu ihrer offiziellen Gründungsversammlung am 7. August 1955 in der Illegalität. Vgl. dazu SCHMIDT 1 S. 282–288, 339–354; KOSTHORST S. 349f.

lag damals noch kein hinreichender Anlaß vor. Das war vor der Abfassung der Präambel im Sommer 1947⁷⁶ wegen des Kreises Saarburg. Das war meine letzte Verhandlung. (*Adenauer*: Ich nehme es Ihnen ja nicht übel!) Ich habe das wohl verstanden, Herr Bundeskanzler. Ich wollte nicht diese Versammlung hier mit den Einzelheiten behelligen, aber wir können uns über diese Dinge weitgehend, vielleicht ganz übereinstimmend mit Ihnen unterhalten. Wir wollen wirklich die Vergangenheit Vergangenheit sein lassen. Wir haben auch die Zuversicht, daß die CDU-Leute zu uns kommen werden. Nur muß es die CDU sein, es geht nicht mit dem kleinen Kreis von Exponenten des früheren Regimes. Am schlimmsten ist für uns Herr Hector. Darüber brauche ich keine Einzelheiten zu bringen. Wir werden hier zu einer weitgehenden Lösung kommen. Wir müssen uns einig sein über den Kurs, über den Zeitpunkt und über die einzelnen Maßnahmen. Wir werden dann auch für die Öffentlichkeit zu einer erfreulichen Lösung kommen, wobei alle drei Parteien gewissermaßen gleichzuziehen haben.

Adenauer: Herr Zimmer hat recht, es ist keine Frage, die wir in diesem Kreise bis in alle Einzelheiten erörtern können. Dazu müssen wir besonders zusammenkommen und miteinander sprechen, aber alles in allem genommen, kann ich auch nicht die Rede vergessen, die Herr Dr. Ney in Berlin gehalten hat.⁷⁷ Ich kann auch nicht die Vergangenheit des Herrn Schneider⁷⁸ vergessen. Sie wissen, was er in der Nazizeit für eine Rolle gespielt hat. (*Kaiser*: Sie haben schon so viel vergessen, Herr Bundeskanzler!) Lieber Herr Kaiser! Ich vergesse nicht so leicht, nur zeige ich es nicht immer. Das ist ein großer Unterschied.

Aber nun wollen wir eine Pause machen. Drüben ist das Büfett angerichtet. Ich denke, wir fahren um 3 Uhr fort.

Pause von 13.55 Uhr bis 15.00 Uhr.

INNENPOLITISCHE AUFGABEN

Adenauer: Herr Dr. Krone wird Ihnen einen Bericht geben über innenpolitische Aufgaben.

Krone: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Das Thema heißt „Innenpolitische Aufgaben“. Das ist ein sehr umfangreiches Thema, und man kann nur ein paar Punkte herausgreifen, von denen man glaubt, sie seien wichtig, um in einem solchen Vortrag hier im Vorstand erwähnt zu werden.

Ich möchte anfangen mit der letzten Nummer des „Vorwärts“ vom 4. Februar dieses Jahres. Da ist eine Karikatur zu sehen: Vier Männer tragen einen schwarzen

⁷⁶ Vgl. Anm. 35.

⁷⁷ Vgl. Nr. 4 Anm. 17.

⁷⁸ Schneider war von 1931 an Mitglied der NSDAP, 1937 aber als Rechtsanwalt wegen seiner Vertretung von politisch Verfolgten aus der Partei ausgeschlossen worden.

Sarg. Die vier Männer sind die Vertreter der Koalitionsparteien, darunter der Bundeskanzler in Uniform. Im Sarg liegt die deutsche Einheit begraben, und hinter dem Sarg gehen die Vertreter Amerikas, Englands und Frankreichs mit den Worten „Ruhe sanft!“. Darunter stehen die Worte „Bevor sie wieder neue Schwierigkeiten machen“.

Meine Damen und Herren! Mir scheint diese Karikatur auch ein Zeichen unserer inneren Situation zu sein, daß man auf seiten der Opposition schon so weit geht und mit einer solchen Infamie gegen die Regierung arbeitet und den Vertretern der Alliierten, die mit uns laut Vertrag sich verpflichten wollen, nach der Ratifizierung die deutsche Einheit wiederherzustellen, dieses Prädikat widmet: Bevor sie wieder Schwierigkeiten machen. Robert Tillmanns meinte, man könne darunter nur die Worte setzen: Außer uns, den Sozialdemokraten, gibt es nur noch die Kommunisten, die für die deutsche Einheit sind.

Was ich mit dieser Bemerkung sagen will, ist ein immer deutlicheres Heranrücken der SPD an die Parolen der Kommunistischen Partei. Es ist eine Karikatur, die auch im letzten dahin wirkt, den Staat zu zerstören, ihn als einen noch nicht perfekten darzustellen, um auf dem Wege des linken Flügels der SPD vielleicht zu einer anderen staatlichen Form zu kommen. Mir scheint, daß das auch ein Zeichen unserer inneren Lage ist.

Wir schreiben jetzt das Jahr 1955. Wir haben noch gut zwei Jahre Zeit bis zu den Neuwahlen. Aber bis dahin haben wir Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen⁷⁹. Ende des vorigen Jahres waren die Wahlen in Bayern, Hessen, Berlin und vorher in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein. Sollten wir uns nicht überlegen, ob wir diese dauernden Wahlen etwas zusammenstellen, etwas komprimieren können auf einige wenige Termine? Wir kommen vor lauter Wahlen nicht zu einer ordentlichen und soliden Arbeit.

Ich möchte von drei besonderen Aufgaben sprechen, die uns obliegen: 1. über das, was im Parlament gemacht werden muß, 2. was über das Parlament hinaus an innenpolitischen Aufgaben vor uns steht und 3. was wir in der Partei zu tun haben. Ich darf nur die wichtigsten Dinge anführen. Ich will jene Gesetze nehmen, die auch innerhalb unserer Partei vielleicht Diskussionen größeren Ausmaßes auslösen werden. Zunächst darf ich die Gesetze nennen, die nach der Verabschiedung der Verträge an uns herantreten werden, also die Gesetze über die Streitkräfte, über die Wehr usw.

Da ist das erste Gesetz dasjenige über die Gliederung des Heeres und über die Bundesverwaltung der Wehrdinge. Es schlägt in das Gebiet des Grundgesetzes hinein. Dies ist der einzige Punkt, wo im Zusammenhang mit diesem Gesetz eine Grundgesetzänderung in Frage kommt, und zwar zum Art. 4 GG: Kriegsdienstverweigerung. Hier bin ich der Meinung, wir sollten die Dinge ernst nehmen im Interesse der jungen Menschen, die diese Frage aufwerfen. Die Diskussionen in der letzten Zeit mit jungen Menschen, mit Studenten usw., mit ihren Einwüfen kamen immer gut an. Wir haben in der Fraktion zwei jüngere Kollegen, einen evangelischen und einen katholischen,

⁷⁹ In Niedersachsen am 24. April, in Rheinland-Pfalz am 15. Mai 1955.

gebeten, sich darüber Gedanken zu machen und zu überlegen, wie es in ihren Räumen zugeht und wie man dort denkt. Es sind die Kollegen Josten⁸⁰ und Gedat⁸¹.

Am wichtigsten ist die Frage nach dem Oberbefehl. Das ist keine militärtechnische, sondern eine hochpolitische Frage. Sie wissen, worum es geht, ob mit dem Bundeskanzler oder mit dem Bundespräsidenten sich diese Frage verbindet. Welche Position nimmt das Militär künftig ein? Soll es so gehen, wie es in der Weimarer Zeit war, wo die Dinge bei Schleicher⁸² und seiner Politik endigten, oder ist nicht der andere Weg zwingend notwendig bei unserem neuen Staatswesen, daß sich auch das Militär darüber klar sein muß, Glied und Diener der Gesamtpolitik zu sein? Da liegt die entscheidende Frage. Ich habe das Empfinden, als ob man darüber noch nicht klar genug sieht, sondern aus einer gewissen leichten Art heraus meint, man könne eine Lösung durchaus bejahen, die sagt: selbstverständlich wie in Weimar der Reichspräsident!

Auf dem ganzen Gebiet der kommenden Wehrpolitik liegen große sachliche und persönliche Entscheidungen, die wir nicht ernst genug nehmen können, damit hier nicht eine Linie eingeschlagen wird und nicht die Gleise gleich zu Anfang so gelegt werden, daß nachher die Erinnerungen an die Weimarer Zeit in uns wach werden.⁸³

Ein zweiter Komplex von Gesetzen liegt vor auf dem Gebiete der Innenpolitik. Da ist zunächst das Wahlgesetz, über das wir schon jetzt in der Koalition zusammen mit dem Bundesinnenminister diskutieren. Mir ist bekannt, daß von einer Koalitionspartei die Forderung nach einer Koppelung erhoben worden ist; denn das Gesetz steht auch zur Debatte bei den Besprechungen über die Verträge. Diese Koppelung wäre völlig falsch und untragbar und müßte abgelehnt werden. Ich gehöre zu denen, die sagen, wir sollten uns den Zeitpunkt der Verabschiedung sehr überlegen. Ich weiß, man kann auch anders darüber denken. Jedenfalls darf es nicht dahin kommen, daß die

80 Johann Peter Josten (geb. 1915), 1946 CDU, 1947–1953 MdL Rheinland-Pfalz, 1953–1980 MdB.

81 Dr. Gustav-Adolf Gedat (1903–1971), Mitglied zahlreicher evangelischer Jugendorganisationen, 1953–1965 MdB (CDU).

82 Kurt von Schleicher (1882–1934), seit 1920 im Reichwehrministerium, 1929 Generalmajor, Juni bis November 1932 Reichswehrminister, dann Reichskanzler bis 30. Januar 1933, 1934 mit seiner Frau erschossen.

83 Wehrpflichtgesetz vom 21. Juli 1956 (BGBl I S. 651). – Während der Oberbefehl in der Weimarer Republik alle auf das Wehrwesen bezogenen Spitzenfunktionen umfaßte, ist in der Wehrverfassung der Bundesrepublik dieser Umfang wesentlich gekürzt um die dem Bundespräsidenten zugewiesenen Kompetenzen, um die Verordnungsgewalt, die gemäß Art. 80 GG dem Gesetzgeber übertragen ist, und die Militärjustiz. Die Befehls- und Kommandogewalt liegt in Friedenszeiten beim Bundesverteidigungsminister, im Verteidigungsfall beim Bundeskanzler unter Berücksichtigung der NATO-rechtlichen Regelungen. – Zu Einzelheiten vgl. Gesetz zur Ergänzung des GG vom 19. März 1956 (BGBl I S. 111).

Koalitionspartner die Gewinner sind und wir die Gebenden. Das bedarf eines großen Geschickes.⁸⁴

Beim Parteiengesetz⁸⁵, wozu wir nach Art. 21 GG verpflichtet sind, interessiert die Frage der Finanzierung. Es gibt Leute bei uns, die meinen, wir sollten die Parteien über den Staat finanzieren. Dafür spricht mancherlei. Man sagt, die Parteien sind anerkannt im Grundgesetz als Träger des staatlichen Willens, also haben sie eine im Grundgesetz verankerte Aufgabe. Warum soll das nicht auch der Staat finanzieren. Ich glaube, auch der Kollege Schäffer ist der Meinung. Er hat in Bayern geäußert, daß das so geschehen müsse.

Ich kann mich zu dieser Auffassung heute noch nicht bekennen, weil es m.E. die Dinge zwar sehr erleichtert, aber andererseits uns im Denken des Volkes allerhand Schwierigkeiten bereitet und man damit auch den eigenen Willen in einem Maße lähmt, das nicht zu vertreten ist. Sie haben gelesen, daß bei der Steuernovelle die Abzugsfähigkeit von Spenden von uns beantragt und durchgesetzt worden ist.⁸⁶ Herr Erler von der SPD hat dagegen sehr scharf gewettert. Wir haben ihm sehr ruhig geantwortet und dabei festgestellt, daß auch die SPD nicht gegen die Zuteilung von Spenden ist, sondern daß sie durchaus Spenden nehmen will und auch sagt: Abzugsfähig sollen auch Spenden sein an Volkshochschulen, an sonstige allgemeine politische Bildungsanstalten, aber nicht an Parteien. Ich meine, wenn schon die Parteien im Grundgesetz verankert sind, dann kann man mit gutem Gewissen auch verantworten, daß Spenden an die Parteien abzugsfähig sind, zumal diese Spenden den Satz von 10 % in toto nicht überschreiten.

Es gibt in unseren Kreisen noch Schwierigkeiten über die Familienrechtsreform. Der Unterausschuß des Bundestages wird sich in diesen Tagen zusammenfinden zur weiteren Beratung dieses Gesetzes. Herr Kollege Hoogen⁸⁷ meint, daß in einem halben Jahr die Dinge soweit seien, daß die Diskussion im Parlament stattfinden könnte.

Es gibt auch Schwierigkeiten bei der Behandlung des 67er Personenstandsgesetzes. Herr Kollege Cillien hat als Sprecher der Fraktion in einer von allen Teilen der

84 Zu den Verhandlungen um eine Wahlrechtsregelung, wofür die Unionsparteien ein mehrheitsbildendes Wahlrecht anstrebten, das die Koalitionsentscheidung vor die Wahl rücken sollte, vgl. LANGE S. 620–711. Vor allem die Diskussion um die „Graben“-Wahlrechtsvorschläge führte Ende 1955 zu einer tiefen Koalitionskrise. – Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl I S. 383).

85 Vgl. Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission (Rechtliche Ordnung des Parteiwesens) von 1957; das Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) trat erst am 24. Juli 1967 in Kraft (BGBl I S. 773).

86 Gemeint: Parteispenden. – Vgl. Sten.Ber. 2. WP Bd. 22 S. 2671, 2683, 2782, 2857; Debattebeiträge von Fritz Erler (SPD) S. 2683, 2857, 2860. Gesetz vom 16. Dezember 1954 – BGBl I S. 373.

87 Matthias Hoogen (1904–1985), 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats (Zentrum), 1949–1964 MdB (CDU), 1953–1964 Vorsitzender des BT-Rechtsausschusses, 1964–1970 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.

Fraktion gebilligten Rede unsere Meinung zu dieser Frage gesagt.⁸⁸ Leider kommt uns Passau hier in die Quere in einem Ausmaß, das einfach nicht tragbar ist – das sage ich als Katholik –, wo eine Onkel-Ehe Anlaß gewesen ist für den Pfarrer, mit Billigung seiner bischöflichen Behörde eine kirchliche Trauung vor der staatlichen Trauung vorzunehmen, obwohl m.E. dieser Notstand im Konkordat nicht vorgesehen ist.⁸⁹ Abgesehen vom drohenden Todesfall ist nur jener Notstand vorgesehen, wenn die Brautleute die Papiere nicht herbeischaffen können. Ich will im einzelnen dazu nicht Stellung nehmen, sondern nur eines feststellen, daß sich die anbahnende gute Lösungsmöglichkeit des 67er Personenstandsgesetzes auch mit der SPD einfach zerschlagen hat. Ich befürchte, daß wir die von uns zu erwartende Lösung des 67er Gesetzes nicht bekommen.

Wir sollten langsam auf allen Seiten erkennen, daß wir alle in einem Boot sitzen. Das gilt für uns als Volk, das gilt auch für die Kirchen. Es ist nur in der gegenseitigen Rücksichtnahme unser gemeinsames Wohl und Heil zu suchen. Ich bin der Meinung, daß Toleranz nicht nur ein erzwungenes Anerkenntnis des anderen ist, sondern auch ein in sich ruhender hoher sittlicher Wert vor der Achtung des anderen. Toleranz ist für uns alle ein gemeinsames Gebot, das die Nächstenliebe mit einschließt. Hier sehe ich Schwierigkeiten für uns, die natürlich durchaus hätten vermieden werden können. (*Adenauer*: Ich nehme an, daß das auch im Ordinariat gemäßregelt wird!) Ja!

Dann einige Worte über den Komplex der sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Es ist selbstverständlich, daß wir von der Fraktion aus den Kurs der Sozialen Marktwirtschaft mit allen Mitteln weiter verfolgen bei den noch anfallenden Gesetzen. Konkret liegen folgende Gesetze im Bundestag vor: das Wohnungsbau- und Familienheimgesetz⁹⁰ – wobei der Kollege Lücke⁹¹ nicht so töricht ist zu übersehen, daß er nicht für alle Familien eine eigene Heimstätte schaffen kann –, das Baumietengesetz⁹² mit seiner Konsequenz für den Althausbesitz. Wir müssen weiter endlich fertig werden mit der Novelle zum Bundesentschädigungsgesetz⁹³. Das dauert viel zu lang. Das sage ich ganz offen. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß wahrscheinlich in vier Wochen ein Entwurf, der von Freunden ausgearbeitet worden ist und zur Grundlage für die

88 Sten.Ber. 2.WP Bd.21 S. 2579f. – § 67 des Personenstandsgesetzes hatte jeden mit Strafe bedroht, der eine kirchliche Eheschließung vor der standesamtlichen Trauung vornahm. – Gesetz vom 18. Mai 1957 (BGBl I S. 518). Vgl. auch Nr. 18 Anm. 34.

89 Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und dem Freistaat Bayern vom 29. März 1924 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1925 S. 53). Eine Regelung der Eheschließung ist dort nicht getroffen worden, vgl. aber Art. 26 des Reichskonkordats.

90 Gesetz vom 27. Juni 1956 (BGBl I S. 523).

91 Paul Lücke (1914–1976), 1949–1972 MdB (CDU, 1950–1957 Vorsitzender des Ausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen). Vgl. PROTOKOLLE I S. 353 Anm. 99.

92 Vermutlich gemeint das erste Bundesmietengesetz vom 27. Juli 1955 (BGBl I S. 458).

93 Das Gesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18. September 1953 (BGBl I S. 1387) wurde am 10. August 1955 (BGBl I S. 506), am 29. Juni 1956 (BGBl I S. 553), am 1. Juli 1957 (BGBl I S. 663) und am 19. August 1957 (BGBl I S. 1250) geändert.

gesamten Fraktionen im Bundestag gemacht wurde, im Ausschuß bearbeitet werden kann. Weiter liegen vor das Kriegsfolgenschädenschlußgesetz⁹⁴, dann der Komplex der Sozialreform⁹⁵, von dem ich sage, ich verstehe nichts davon, ich nehme an wie die meisten Menschen, die davon reden. (*Heiterkeit.*) Es gibt ein Wort von Stresemann⁹⁶, der einmal gesagt hat: Wenn in einem Kreise von Karl Marx gesprochen wird, dann schweige ich; es könnte einer dabeisein, der Karl Marx wirklich gelesen hat. So geht es mir auch. Es ist so, daß wir die besten Kenner grundsätzlicher, aber auch parteipolitischer Art einsetzen müssen, um das große Problem anzupacken. Ob wir das in dieser Session noch lösen können, das weiß ich nicht. (*Adenauer:* Das müssen wir!) Ich bin erfreut, Herr Bundeskanzler, daß die Dinge im Arbeitsministerium jetzt sehr vorangehen. Wir haben neulich auch im Ausschuß der Bundespartei darüber einen Vortrag eines Herrn des Arbeitsministeriums⁹⁷ gehört, der in unserem Kreis sehr gefallen hat. Die Fraktion wird zusammen mit dem Herrn Arbeitsminister mit aller Entschiedenheit an diese Dinge herangehen.

Jetzt zu den Aufgaben, die auf uns zukommen, die aber über das Parlament hinausgehen. Da nenne ich folgendes: 1. die Fragen um den DGB, 2. das Gebiet der Presse und des Funks und 3. die wachsende Infiltration des Westens durch den Osten.

Wenn der DGB mit seiner großen Organisation und seiner wachsenden politischen Macht als ein Gebilde zwischen Regierung, Parlament und Volk das Prinzip der Neutralität verletzt, sei es in der Schulung, sei es in der Presse, dann haben wir als Partei das Recht, im Interesse unserer Wähler dazu ein Wort zu sagen. Ich bin der Meinung, daß das Prinzip der Neutralität vom DGB seit längerer Zeit verletzt wird. Ich erinnere an die Sitzung des Parteiausschusses im Bürgerverein, wo der Kanzler über die Parteinahme des DGB über die SPD sprach.⁹⁸ Denken Sie an die Rede Reuters in der Paulskirche.⁹⁹ Wenn auch formal gesagt wurde, er spreche nicht für den DGB, so hat er sich doch als einer der DGB-Leitung zu der Parole der Sozialdemokratischen Partei bekannt. Ich meine also, daß sich in dieser Rede und auch sonst DGB-Kreise für die Politik der SPD in der Frage der Verträge eingesetzt haben. Sie übernehmen auch in gewissen Teilen beim DGB die Methoden der SPD-Propaganda. Sie machen sich das Manifest zu eigen, sie nehmen teil an dieser Volksbefragung; sie haben in Bayern den Versuch gemacht, plebiszitär zu arbeiten.

94 Allgemeines Kriegsfolgengesetz vom 5. November 1957 (BGBl I S. 1747).

95 Dazu grundsätzlich HOCKERTS.

96 Gustav Stresemann (1878–1929), nationalliberaler Politiker; 1923 Reichskanzler, 1923–1929 Reichsaußenminister (DVP).

97 Wahrscheinlich Sitzung des CDU-Bundesausschusses für Sozialpolitik vom 24. Januar 1955 in Bonn, mit Referat des damaligen Ministerialrats Dr. Kurt Jantz (Protokoll in ACDP VII-004-273/2).

98 Am 31. Juli 1953 aufgrund der DGB-Erklärung vom 30. Juli (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 655 Anm. 1; unvollständiges Protokoll der Bundesausschußsitzung vom 31. Juli 1953 in ACDP VII-001-019/15).

99 Vgl. Anm. 27.

Wer die Dinge etwas weiter sieht, muß zumindest die Befürchtung aussprechen, daß hier der Anfang gemacht wird zu einer „Aktion direkt“, die neben den vom Volk gewählten Repräsentanten, den Abgeordneten, dem Parlament und der Regierung ein neues Mittel der Gesetzgebung – nämlich in Form einer Volksbefragung – einführen will.¹⁰⁰ Das erinnert stark an Dinge, die wir vom Osten her kennen.

Ich will weiter anführen die Rede von Nell-Breuning¹⁰¹, die er in München gehalten hat, die als Druck unserer „Korrespondenz“ herausgebracht worden ist: „Wohin führt Dr. Viktor Agartz den DGB?“ Nell-Breuning galt bis heute als ein Mann, der die Einheitsgewerkschaften nicht nur bejahte, sondern sich auch verpflichtet fühlte, in den gewerkschaftlichen Monatsblättern des öfteren zu schreiben. Er hat zu der Rede von Agartz gesagt, sie führe in einen Irrgarten staatlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen, sie führe in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus. Er sagte weiter: Ich bedaure, es aussprechen zu müssen, aber ich werde es belegen, Agartz führt in die Verantwortungslosigkeit.

Nell-Breuning ist ein Mann, der in unseren Reihen als ein Kenner der Materie bekannt ist, der für die Gewerkschaften dasteht, der selber sagt, daß er gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft von Professor Erhard große Bedenken nach wie vor hat. Was heißt das für uns? Ich meine folgendes: 1. Wir müssen klar sehen, was ist. 2. Wir müssen an die Hunderttausende unserer christlichen Arbeiter-Wähler denken, die einer solchen Führung mit diesen Methoden unterstellt sind. Die Freunde in unseren Reihen aus der christlichen Arbeiterschaft müssen auf diese Punkte heute öffentlich hinweisen. Weiter gehe ich nicht in meinen Formulierungen. Das ist nicht Sache der Partei, sondern das ist Sache anderer Gremien. Sie wissen, was ich meine. Aber ich glaube, ein solch offenes Wort würde auch denen in der Gewerkschaftsführung, die die Bedenken teilen und mit uns zum demokratischen Staatsaufbau stehen, den Rücken stärken im Interesse der von ihnen vertretenen christlichen Arbeiter und Angestellten.

Und nun zum Thema „Innenpolitische Aufgaben“, soweit sie das Parlament übersteigen. Für das Gebiet Presse und Funk habe ich einige Feststellungen getroffen, die ich kurz vortragen will. Unsere Presse durchweg in Deutschland spiegelt weithin nicht das echte Denken unseres Volkes wider. Unsere Presse ist weithin liberal. Zwischen der Presse und dem Volk klafft ein Gegensatz. Die Presse ist weit mehr liberal, als unser Volk es ist.

Das, was die Regierung tut und plant, wird in der Presse weit weniger herausgestellt als das, was die Opposition und der Liberalismus sagen. Das gilt nicht nur für die „Frankfurter Allgemeine“, das gilt auch von anderen großen zentralen Presseorganen.

100 Vgl. Anm. 15.

101 Dr. Oswald von Nell-Breuning S.J. (geb. 1890), Professor für christliche Gesellschaftslehre und Ethik; 1948–1965 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft. – Entgegnung auf die Rede Agartz' auf dem DGB-Kongreß vom 4. bis 9. Oktober 1954 (Text in AdG 1954 S. 4788–4790) als Sonderdruck der „Politisch-Sozialen Korrespondenz“.

Wir haben von unserem Denken aus keine überregionale führende Zeitung. Wir haben ordentliche und angesehene, in ihrem Raum große Geltung besitzende Blätter, aber so große Zeitungen wie die „Welt“ und einige süddeutsche Zeitungen haben wir nicht. Das Bild, das von diesen Zeitungen geprägt wird, geht auch zum Ausland, aber das Bild erscheint in einem Licht, das der Wirklichkeit nicht entspricht. Nehmen Sie den Artikel von Sethe heute in der „Frankfurter Allgemeinen“.

Wenn der Chef der Regierung spricht, dann ist es im deutschen Rundfunk ein Grundgesetz, daß der Oppositionsführer sofort und im gleichen Umfang zu Wort kommt wie der Kanzler; das ist eine Sache, die es in anderen Ländern nicht gibt. Die Regierung ist getragen von der Mehrheit im Parlament. Sie beruht auf einer Mehrheit des deutschen Volkes. Es besteht eine Pflicht, daß das Volk erfährt, was die von ihm gewählte Regierung in diesen zentralen Fragen will.

Ich bin der Meinung – das ist ein Grundsatz, den ich hier aufstelle –, daß der Regierungschef weit mehr zu Wort kommen muß, als das bisher der Fall gewesen ist. Es darf nicht die schematische Gleichstellung weiter vorkommen, wie es der deutsche Rundfunk heute tut.

Wir müssen weiter mit Besorgnis feststellen, daß Bestrebungen im Gange sind von seiten der wirtschaftlichen Macht der Gewerkschaften, die über den Bereich ihrer Aufgaben hinaus vorstoßen, auf kulturellem Gebiete – etwa des Films – neue Machtpositionen zu gewinnen. Wir haben ferner noch aus der Besatzungszeit her beim Funk und zum Teil auch bei der Presse eine personelle Besetzung, die dem Volkswillen aufgrund der Wahlen nicht mehr entspricht. Es muß unsere und der Regierung Aufgabe sein, hier in geeigneter Form Wandel zu schaffen.

Nun zum Kapitel „Infiltration des Westens durch den Osten“. Während die Macht des Kommunismus in den Parlamenten gebrochen ist, nimmt die Zahl der Tarnorganisationen von Monat zu Monat zu in einer Form, die man weithin im ersten Augenblick nicht erkennt. Um so gefährlicher ist diese Entwicklung. Es kommt hinzu, daß die Tarnorganisationen über große Geldmittel verfügen. Wie stark die Infiltration ist, zeigt folgendes Beispiel: Es hat vor einiger Zeit in Bonn in einem politischen Kreis eine Besprechung stattgefunden über politische Fragen. Es steht fest, daß dieses Gespräch in einem Kreis von etwa 30 Leuten – dazu allerdings die Bedienung – nach fünf Stunden in Moskau war.

Wir müssen feststellen, daß im deutschen Volk weniger das einfache bäuerliche Volk, wohl aber die intellektuellen Kreise anfällig sind mit einer gewissen Neigung, dieses Problem interessant zu empfinden. Auf dem Gebiet des Sports und der Kunst, aber auch in Künstlerkreisen, geht diese Infiltration schnell vor sich. Denken Sie an die internationalen Eishockeyspiele mit den Dynamos aus Moskau¹⁰², an den

102 Am 16. Oktober 1954 in Krefeld eingetroffen, zur Teilnahme am Turnier um den „Samt- und Seide-Pokal“ vom 20. bis 24. Oktober (vgl. „Spiegel“ Nr. 44 vom 27. Oktober 1954 S. 26f.).

Volkstrauertag im Ruhrgebiet¹⁰³ usw. Wir müssen weiter besonders beachten den Austausch und Transport von Kindern von drüben nach hier und von hier nach drüben. Man steckt drüben viel Geld in diese Angelegenheit hinein. Die Kinder kommen vielfach zurück mit falschen Eindrücken. Sie werden drüben gut beherbergt und gekleidet.¹⁰⁴

Sie haben weiter gelesen von der Zusammenkunft hoher Offiziere und Generale unter Paulus in Berlin, an der trotz Mahnung von seiten der Bundesregierung 20 Offiziere teilgenommen haben.¹⁰⁵ Wir müssen überlegen, ob nicht eine einheitliche Zusammenfassung aller Abwehrmaßnahmen auf diesem Gebiet notwendig ist.

Nun zu den Aufgaben der Partei. Herr Bundeskanzler, ich habe die Bitte an Sie, einmal eine Parteivorstandssitzung abzuhalten – hoffentlich verstehen Sie mich recht –, in der wir uns fast ausschließlich den Aufgaben der Partei zuwenden. Wir sollten uns dann einmal überlegen, was auf dem Gebiete wirklich notwendig ist. Dazu möchte ich kurz drei Punkte anführen:

Notwendig ist zunächst eine noch engere Arbeit zwischen der Bundespartei und der Bundestagsfraktion mit ihren Ausschüssen sowie ein engerer Kontakt zwischen der Bundestagsfraktion mit den Landtagsfraktionen und den Regierungen. Wir sollten ferner den – für die meisten ja aussichtslosen, aber ich halte ihn für durchführbar – Versuch machen, bei aller Anerkennung der Spenden, die wir bekommen, doch zu einer Finanzorganisation der Bundespartei zu kommen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich kann nur begrüßen, daß die Landesgeschäftsführer aller Parteiorganisationen auf ihrer Tagung in Karlsruhe¹⁰⁶ sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht haben. Ich begrüße es ganz besonders, daß Kollege Fricke diesen Beschluß als Wirtschaftler sofort aufgenommen und gesagt hat, er sei nicht nur dafür, sondern er werde ihn auch durchführen. Die meisten werden sagen, wir werden es nicht fertigbringen. Ich weiß, wie schwer es sein wird. Aber das muß einmal im einzelnen durchdacht werden mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, in einer ruhigen Stunde, die Sie vielleicht erübrigen können.

103 14. November 1954. – Kritisiert wurde z.B. eine Rede des Basler Theologen Karl Barth in Wiesbaden, der zur Abkehr von der Außen- und Innenpolitik der Bundesregierung aufgerufen und den Widerstand der „Roten Kapelle“ gegen Hitler besonders betont hatte (vgl. UiD vom 20. November 1954).

104 Kultur, Wissenschaft und Sport dienten nach dem Eindruck der Bundesregierung einer systematischen Zersetzungs- und Infiltrationspolitik – so etwa Staatssekretär Franz Thedieck am 5. November bei einem Vortrag in der deutschen Hochschule für Politik in Berlin („Die Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands“ NL Thedieck ACDP I-051-001). Dazu zählte auch das Angebot der DDR auf Kinderferien; 1954 hatten ca. 20.000 westdeutsche Kinder dieses Angebot angenommen (Bericht in UiD vom 20. November 1954).

105 Am 29./30. Januar 1955 in Ost-Berlin. In einem Kommuniqué wurde eine deutsche Nationalarmee in einem wiedervereinten, souveränen und gleichberechtigten Deutschland verlangt (vgl. FAZ vom 3. Februar 1955). – Friedrich Paulus (1890–1957), Generalfeldmarschall der 6. Armee, die am 2. Februar 1943 in Stalingrad kapitulierte, 1953 in die DDR entlassen.

106 Am 29. Januar 1955.

Und nun zum letzten, zur Schulung! Ich habe hier im Vorstand einmal vor der Wahl darüber gesprochen, was da noch fehlt in der Fraktion. Ich habe Ihnen auch gesagt, ohne persönlich zu werden, wo es an Kräften und Menschen fehlt. Die neue Bundestagsfraktion hat eine Reihe von jungen Kollegen bekommen, die auch irgendwie etwas sind, insbesondere auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Steuern und der Finanzen. Ich sehe aber mit großer Sorge, wie in unserer Fraktion unsere alten Sozialpolitiker ohne Nachwuchs dastehen. Die Kollegen Albers, Storch, Horn und Sabel¹⁰⁷ schätzen wir alle sehr, aber es fehlt an Nachwuchs, weil die Menschen keine Gelegenheit haben wie früher, sich Wissen, Können und Erfahrung anzueignen.

Wenn unsere Partei ihre großen Aufgaben auf die Dauer erfüllen will, müssen wir dafür sorgen, daß wir Nachwuchs bekommen. Früher gab es Organisationen im vopolitischen Raum, wie der Volksverein¹⁰⁸ in Mönchengladbach usw., aus denen die führenden Sozialpolitiker hervorgegangen sind, z.B. Brauns¹⁰⁹, Stegerwald, Habermann¹¹⁰ usw. Das fehlt heute. Wir haben heute zwar eine Vielzahl von Bildungsstätten multa und multum, aber nichts Durchgreifendes. Wir müssen also zur Selbsthilfe greifen und größere Mittel investieren für diese Aufgabe, die ein dringendes Problem ist, das gelöst werden muß, wenn wir nicht eines Tages leergelaufen dastehen wollen.

Das sind die Dinge, die ich zur Partei sagen möchte. Das Ganze ist nur hingeworfen in Form von Sätzen. Sie sind kurzgefaßt und wenig begründet; sie sollen nur als Anleitung zur Diskussion dienen. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich danke Herrn Dr. Krone in unser aller Namen für seinen sehr anregenden Vortrag. Er hat, wie er selbst ausführte, nur in Sätzen gesprochen. Es war nicht möglich, ausführlich über alle diese Dinge zu sprechen. Ich darf vielleicht einiges ergänzen zu dem, was er gesagt hat. Zunächst stimme ich ihm absolut bei in seiner letzten Anregung, daß wir einmal über die Frage der Parteiorganisation uns ausschließlich unterhalten sollen. Ich habe gestern mit Herrn Tillmanns darüber gesprochen, daß wir uns, sobald wir die Last der Verträge – Last in dem Sinne, daß sie jetzt unsere ganze Arbeit in Anspruch nehmen – hinter uns haben, diesen Aufgaben einmal widmen wollen.

Wir haben über der Last der täglich anfallenden Arbeit, die geleistet werden muß, nicht die Möglichkeit gehabt, in die Zukunft zu schauen und für unsere Partei

107 Anton Sabel (1902–1983), 1949–1957 MdB (CDU, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit), 1957–1968 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.

108 Der Volksverein für das katholische Deutschland war 1890 gegründet worden (1933 aufgelöst); er diente vornehmlich der sozialen und staatsbürgerlichen Bildung. Seine Zentralstelle war in Mönchengladbach.

109 In der Vorlage: Braun. – Heinrich Brauns (1868–1939), katholischer Geistlicher; 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR (Zentrum), 1920–1928 Reichsarbeitsminister (Hubert MOCKENHAUPT in ZEITGESCHICHTE 1 S. 148–159).

110 Max Hans Habermann (1885–1944), 1904–1933 Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV), 1928 Präsident des Internationalen Bundes christlicher Angestelltengewerkschaften. – Habermann hatte als Protestant vermutlich keine Beziehungen zum Volksverein.

etwas zu tun. Das gilt vor allem auf dem Gebiet des Nachwuchses, und zwar nicht nur hinsichtlich des großen Gebietes der sozialen Aufgaben, sondern nach meiner Auffassung hinsichtlich des Nachwuchses schlechthin.

Das zweite Problem, was dazugehört, ist das Problem der Presse, in der, wie Herr Krone mit Recht sagt, unsere Auffassung in den großen Blättern nicht vertreten wird. Und im Rundfunk bekommen wir mit Ausnahme des Südwestfunks überall diese Schwierigkeiten.

Ich bin durchaus seiner Auffassung, daß wir versuchen müssen, finanziell doch wenigstens einigermaßen selbständig zu werden. Es ist für den Bettler wie für den Geber in gleichem Maße peinlich, wenn der Bettler immer hingehen und sagen muß, wir haben diese oder jene Wahl, wir brauchen soundso viel Geld dafür. Bei den Sozialdemokraten ist das ganz anders, weil die Arbeitnehmer an Opfer für gemeinsame Zwecke viel mehr gewöhnt sind. Ich hoffe, daß wir hier zu einer wirklichen Lösung kommen werden.

Wir müssen uns auch einmal über die Organisation der Landesparteien unterhalten. Herr Dr. Tillmanns hat mir gestern gesagt, daß Sie, Herr Heck, sehr ausführliches Material hätten und in der Lage seien, darüber in verhältnismäßig kurzer Zeit berichten könnten, und zwar würde dieser Bericht aus jeder einzelnen Landespartei das Gute und das nicht Gute oder weniger Gute und vielleicht sogar das Schlechte wiedergeben. Ich glaube, das ist auch eine unbedingte Notwendigkeit; denn das föderalistische Prinzip in allen Ehren, aber innerhalb unserer Partei wird es ein bißchen stark.

Das ist so zu erklären: Die Landesparteien waren vor der Bundespartei da, genau wie die Länder vor dem Bund da waren. Kein Lebewesen will seinen Lebensraum irgendwie eingeschränkt wissen. Daher hat die Bundespartei eigentlich zu wenig Einwirkungsmöglichkeiten. Das Ganze ruht bei den Landesparteien. Darüber werden wir uns einmal unterhalten müssen. Ich finde es auch – ich bitte, mir das nicht übelzunehmen – als Luxus, wenn z.B. in Baden-Württemberg noch vier Landesparteien bestehen. Das scheint mir ein bißchen viel zu sein. In Niedersachsen gibt es noch drei. (*Cillien*: Wir vertragen uns aber!) Nach meinen Erfahrungen gab es in Niedersachsen fast soviel Krach wie in Bayern, und das heißt schon etwas. (*Cillien*: Nein!) Ich kenne das doch. Denken Sie an Oldenburg usw. Das ist auch historisch zu erklären. Woraus setzt sich Niedersachsen zusammen? Aus Oldenburg, aus Hannover, aus Braunschweig, und dann kam noch die Ecke von Osnabrück hinzu. Sie fühlten sich alle nicht zusammengehörig, sondern jeder fühlte sich von Hannover irgendwie benachteiligt. Diese Gegensätze spielen sich auch ab innerhalb der Landesparteien. Aber wie ich höre, haben Sie eine ganz nette kleine Dachorganisation gemacht, und es geht besser. Vielleicht kann man das noch etwas mehr ausbauen.¹¹¹

111 Bis 1972 bestanden in Baden-Württemberg die Landesverbände Nordwürttemberg, Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden. – Die „CDU in Niedersachsen“ war am 20. Oktober 1950 als „übergabietlicher Dachverband“ von den CDU-Landesverbänden Hannover, Braunschweig und Oldenburg mit Sitz in Hannover gegründet worden (Vereinbarung in ACDP III-007-001/2; FRATZSCHER S. 94f.).

Es ist nach meiner Meinung – ich habe dem eben durch einen Zwischenruf schon Ausdruck verliehen – völlig unmöglich, daß die Sozialreform über die nächste Bundestagswahl hinaus verschoben wird. Die Sozialreform muß unter allen Umständen ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl Gesetz sein, sonst können wir die nächste Bundestagswahl einfach nicht bestehen. (*Kunze*: Unmöglich!) Was unmöglich ist, muß man eben möglich machen, Herr Kunze! Das sage ich als Vorsitzender der Partei und auch als Bundeskanzler, es muß möglich gemacht werden, koste es, was es wolle! Wir haben ja noch zweieinhalb Jahre Zeit. Wenn wir bei der nächsten Bundestagswahl nur die großen Gesetze, z.B. über die Wiedererlangung der Souveränität, aufweisen können, haben aber nicht die Sozialreform gemacht, dann werden wir schlecht abschneiden. Das muß also möglich gemacht werden!

In einem stimme ich Herrn Krone von ganzem Herzen zu, nämlich zu den Abwehrmaßnahmen gegen die Infiltration. Es wird eine sehr schwere Aufgabe für uns werden, aber sie muß gelöst werden. Ich glaube, die wenigsten machen sich auch nur annähernd einen Begriff davon, wie stark diese Infiltration ist, angefangen von den amtlichen Büros bis hinunter in die Werkstätten und Bergwerke hinein, auf der ganzen Linie.

Um Ihnen ein Beispiel anzuführen: Herr Oberländer hat vor kurzem einer Befragung eines Vopo-Offiziers¹¹² in einer Berliner Sitzung beigewohnt, in der entschieden werden sollte, ob dieser Mann als Flüchtling anerkannt würde oder nicht. Der Mann war zufällig aus der Gegend, in der Herr Oberländer beheimatet und also sehr gut bekannt ist. Herr Oberländer sagte, er habe festgestellt – und der Vopo-Offizier habe das nachher auch gestanden –, daß dort eine Schule ist, in der die Volkspolizisten und ihre Offiziere angeleitet werden, sich so zu verhalten, daß sie bei der Prüfung in Berlin als Flüchtling anerkannt werden. Wir haben z.Z., wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, mindestens 5.000 Volkspolizisten in der Bundesrepublik. Mir ist gesagt worden, daß sie in den Bergwerken verschwinden oder aber, daß sie zur Volkspolizei¹¹³ kommen. Man denkt sogar auf polizeilicher Seite daran, daß die Leute dazu bestimmt sind, im Falle von Putschversuchen an der richtigen Stelle zu sein.

Ich bekam jetzt einen Brief aus der Ostzone von einem mir unbekanntem Mann, der mir geschrieben hat, daß schon jetzt in der Ostzone die Hauptwarte für die kommenden freien Wahlen geschult werden und daß auch die Putschversuche schon vorbereitet seien. Das klingt auf den ersten Blick etwas unwahrscheinlich, aber es ist in hohem Grade wahrscheinlich, wenn Sie sich folgendes Bild vor Augen halten: Was die Russen wollen nach der Verlautbarung vom 15. Januar¹¹⁴, das sind Wahlen irgendetwelcher Art und dann ein Nebeneinanderbestehen der DDR und der

112 Halb-militärische Polizei in der DDR, 1954 ca. 130.000 Mann stark.

113 Sinn unklar. Vielleicht Bundesgrenzschutz.

114 Nicht adressierte Erklärung der Regierung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage vom 15. Januar 1955. Text sowie Antwort der Bundesregierung vom 16. Januar 1955 in AdG 1955 S. 4959f.

Bundesrepublik. Es wird vielleicht irgendeine Dachformation darüber gemacht, aber kein Bundesparlament geschaffen; davon sprechen sie nicht. Und nun stellen Sie sich vor, wir, die Bundesrepublik, die wir, wenn die Besatzung nicht mehr da ist, überhaupt ohne jede Möglichkeit sind, uns zu wehren, sitzen dann unter einem Dach mit der DDR mit ihren 150.000 schwerbewaffneten Volkspolizisten. Damit haben Sie das Bild, wie sich die Russen das denken. Und mutatis mutandis ist das dieselbe Geschichte, wie sie in der Tschechoslowakei und in Polen gewesen ist. Das wird planmäßig alles vorbereitet.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht, Herr Krone, gerade bei den gegenseitigen Besuchen der Professoren, Sportler und Kinder wird mit einem solchen Leichtsinn verfahren, daß man geradezu verzweifelt davorsteht. Ich habe gestern ein Gespräch mit Herrn Conant gehabt und ihm gesagt, das sind die Hohen Kommissare schuld, weil sie seinerzeit jeden Paßzwang aufgehoben haben. Wir haben nicht die geringste Kontrolle darüber, wer zu uns kommt. Wer von uns aber nach drüben geht und nur irgendwie zeigt, daß er nicht mit ihnen übereinstimmt, den hat man sofort beim Wickel. (*Zimmer*: Es sind viele Tausende von Illegalen, die allein in unserem Lande sind. Es sind schätzungsweise 2.000, die nicht über die Lager gehen. Ich bin dahinter, um sie festzustellen.) Das ist eine ganz große und ernste Gefahr für uns, an deren Beseitigung wir herangehen müssen, sobald wir diesen Teil der Arbeit hinter uns und unsere Souveränität wiedererlangt haben.

Ich wäre Ihnen nun dankbar, wenn Sie zu dem Vortrag von Herrn Krone Ihre Wünsche und Meinungen zum Ausdruck brächten. Mir liegt etwas besonders am Herzen. Wir haben nach meiner Auffassung in der Not der Zeit der ersten Legislaturperiode eine Reihe von Gesetzen geradezu mit der Axt zurechthauen müssen, um irgend etwas hinzustellen. Daran ist sehr vieles verbesserungsfähig und wahrscheinlich auch vieles überflüssig. Ich habe den Herrn Blücher seit einem halben Jahr gebeten, den ganzen Wust von Gesetzen, die wir schon erlassen haben, daraufhin durchzuprüfen, was überflüssig geworden ist und beseitigt werden kann.

Vielleicht wäre das auch eine gute Aufgabe für unsere Partei, daß wir also einige Herren daran setzen. Der Bürokrat ist nun einmal so, daß er das Kind, das er gezeugt hat oder jedenfalls dem Bundestag vorgelegt hat zur Zeugung, (*lebhaft Heiterkeit*) am Leben behalten möchte, während der Nicht-Bürokrat vielleicht einsieht, daß es erdrosselt werden kann.

Diese Punkte möchte ich den Anregungen des Herrn Krone noch hinzusetzen, alles unter dem Gesichtspunkt, damit wir bei der nächsten Bundestagswahl etwas aufzuweisen haben, was unsere Partei als solche getan hat.

Wackerzapp: Wir haben gehört, daß die Russen den Kriegszustand mit uns beendet haben. Der nächste Schritt wird sein, daß sie diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufnehmen wollen. Wenn es dazu kommt, werden die Sowjets hier wohl eine Botschaft einrichten. Aus der Weimarer Zeit wissen wir, wie es mit der Sowjetbotschaft gewesen ist. Wir werden erleben, daß diese neue Botschaft Zufluchtsort und Sammelpunkt der KPD sein wird.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß die Russen ihre Botschaft in Berlin als Festung ausgebaut hatten. Wenn sie nun wieder einen solchen Palast in Bonn hinsetzen, kann das sehr große Folgen haben. Denken Sie daran, was für eine Plackerei auf diplomatischem Gebiet entstehen wird, wenn da irgendein Deutscher in die Sowjetbotschaft verschleppt wird. Wie kommt er wieder heraus? Die Botschaft ist exterritorial. Haben wir eine Eingriffsmöglichkeit gegen derartige Übertretungen, die von der Sowjetbotschaft wahrscheinlich vorkommen werden?

Die Dienerschaft der Sowjetbotschaft wird bestimmt eine kleine Armee sein. Wir wissen, daß auch damals in Berlin die Sowjetbotschaft Hunderte von Mitgliedern gezählt hat. Diese Frage wird besonders akut, wenn die amerikanische Besatzung aus unserem Gebiet zurückgezogen wird. Kann aus einer solchen Botschaft nicht eine große Gefahr entstehen?

Von Brentano: Es ist davon gesprochen worden, daß wir eine Überprüfung der Verhältnisse zwischen Bundespartei und Landesparteien vornehmen sollten. Ich begrüße das. Wir hätten dazu noch die sehr wichtige Aufgabe, innerhalb der CDU und CSU einmal das Verhältnis zwischen Bund und Ländern zu klären, weil ich fürchte, daß die Entwicklung, wie sie eben ist, notwendigerweise den Ruf nach einem echten Zentralismus auslöst.

Das Verhältnis von Bund und Ländern ist im Augenblick in einer ständigen Spannung. Ich will nicht fragen, wo die Schuld liegt. Darum geht es nicht. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Frage der Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern bis zur Stunde noch nicht geregelt ist und daß wir im Bundestag und in den Landtagen Reden halten, als befänden wir uns im Kriegszustand, aber nicht in einer Bundesrepublik.

Ich glaube, daß das ein Anliegen ist, dessen sich die CDU und CSU annehmen müssen; denn wir tragen im Bund und beinahe in allen Ländern eine entscheidende Verantwortung. Es wäre notwendig, gerade diese Frage anzuhängen an die Probleme des Finanzausgleichs. Wenn sich die Dinge weiter so entwickeln wie bisher, dann können wir z.B. im Bund überhaupt keinen Haushalt mehr einbringen, weil wir nicht wissen, wie hoch die Einkommensteueranteile sind. Das gleiche gilt mutatis mutandis für die Länder.

Unsere Partei hat sich auf den Grundsatz eines föderalen Aufbaues festgelegt. Ich habe niemals verschwiegen, daß ich ein entschiedener Anhänger dieses Grundsatzes bin, aber ich fürchte, wenn wir nicht dafür Sorge tragen, dieses Fremdwort einmal so zu definieren, daß es auch wirklich verstanden wird, dann sehe ich ernste Gefahren. Die Menschen draußen dürfen nicht den Eindruck haben, daß der föderalistische Aufbau notwendigerweise ein ständiger Spannungszustand zwischen Bund und Ländern sei. Es ist unsere dringende Aufgabe, dieses Problem anzupacken, indem wir ein Gespräch herbeiführen mit unseren Freunden aus den Länderregierungen, damit auch in dieser Frage sich der gemeinsame Wille der CDU/CSU durchsetzen kann.

Heute müssen wir erleben, daß diejenigen, die im übrigen Zentralisten sind, nämlich die Opposition, sich sehr gern auf diesen Föderalismus berufen, um auf

diese Weise den Bund zu schwächen. Wir sollten von der Partei aus dafür sorgen, daß dieser Staatsaufbau nicht von vornherein mißbraucht wird.

Fay: Wir müssen Herrn Dr. Krone dankbar sein, daß er eine Reihe von Problemen aufgerissen hat. Die Zeit ist zu kurz, um zu den einzelnen Punkten eingehend Stellung zu nehmen. Wir können eines feststellen: daß unser demokratisches Leben in der Bundesrepublik voller Gefahren ist. Auf einen Gefahrenpunkt hat Herr Dr. von Brentano hingewiesen. Wir können diese Gefahren überwinden, wenn wir eine gute psychologische Leistung vollbringen gegenüber unserer Bevölkerung. Das A und O ist dabei die Aufklärungsarbeit.

Über Presse und Funk haben wir uns schon des öfteren unterhalten, sind aber leider bis heute zu keiner befriedigenden Lösung gekommen. Wir haben bei den Landtagswahlen gesehen, wie leicht es unsere Gegner haben, die diese Dinge ausnutzen und Kapital daraus schlagen. Die hessischen Wahlen haben nicht im Zeichen einer Landtagswahl gestanden, sondern im Zeichen einer Bundestagswahl. In Hessen ist die Situation eingetreten, daß wir, die wir eine Oppositionspartei waren, im Landtagswahlkampf zu einer Regierungspartei wurden, die die Politik der Bonner Regierung vertrat und deshalb angegriffen wurde. Wir hatten uns vorgenommen, in Hessen eine sozialdemokratenfreie Regierung zu bilden. Der Gedanke ist bei uns geboren worden, als 1950 nach einer Koalitionsregierung zwischen CDU und SPD die SPD aufgrund des Wahlergebnisses¹¹⁵ der CDU den Stuhl vor die Tür gesetzt hat. Wir wurden weiter ermuntert, den Gedanken zu verfolgen durch das Ergebnis der Bundestagswahl. Nach einigen parteiinternen Schwierigkeiten haben wir mit 90 % Zustimmung uns auf diese Linie festgelegt, eine sozialdemokratenfreie Regierung anzustreben.

Wir brauchten dazu die Hilfe der Freien Demokraten. Das Wahlergebnis hat uns diese Hoffnung nicht erfüllt. Es fehlten mindestens vier Abgeordnete. Die Sozialdemokraten konnten allerdings allein die Regierung auch nicht bilden; bei ihnen fehlten fünf Abgeordnete. Warum kam der Erfolg nicht? Es ist so – das ist heute schon angeführt worden –, daß das Thema Wiederaufrüstung in der brutalsten Form des Barras die Bevölkerung zum Teil dazu gebracht hat, entweder zu Hause zu bleiben oder aber uns die Stimme nicht zu geben. Der Wahlkampf ist durch die Sozialdemokraten in der brutalsten Form geführt worden mit glatten Verleumdungen. Es ist gesagt worden, wir wollten nicht die Wiedervereinigung, sondern die Aufrüstung. Es ist glatt gesagt worden: Dr. Adenauers Politik führt in einen neuen Krieg. Herr Ministerpräsident Zinn¹¹⁶ hat nicht davor zurückgeschreckt, den Bundeskanzler persönlich anzugreifen,

115 Landtagswahlen vom 19. November 1950: SPD 44,4 %, FDP 31,8 %, CDU 18,8 %; Landtagswahlen vom 28. November 1954: SPD 42,6 %, CDU 24,1 %, FDP 20,5 %, GB/BHE 7,7 %.

116 Georg-August Zinn (1901–1976), 1950–1969 hessischer Ministerpräsident, 1954–1970 MdL Hessen (SPD).

indem er gesagt hat: Der Bundeskanzler ist nach Amerika gefahren, um sich einen Doktorhut zu holen; dafür hat er die Saar als Kaufpreis hingegeben.

Die Freien Demokraten haben das Wahlabkommen, das sie mit uns abgeschlossen hatten, auch nicht ganz korrekt eingehalten, vor allen Dingen soweit es sich um Herrn Dehler handelt. Auch Herr Euler ist m.E. weit über das Ziel hinausgestoßen, indem er gesagt hat: Möge der Kanzler sehen, wo er seine Mehrheit für das Saarabkommen hernimmt. Die scharfen Angriffe, die er gegen Herrn von Brentano gerichtet hat, liegen auch außerhalb dieses Abkommens.

Aber im wesentlichen ist das Abkommen von den Freien Demokraten eingehalten worden. In einem Punkt haben sie versagt, indem sie die Saarfrage in den Vordergrund geschoben haben, so daß eine Reihe von Wählern, die sich vielleicht gefühlsmäßig zu den Freien Demokraten hingezogen fühlen, nicht FDP, sondern SPD gewählt haben mit der Begründung, hier wisse man wenigstens, wie die endgültige Entscheidung ausfalle. Bei der FDP wisse man nicht, ob sie nicht doch in letzter Minute umfalle. Das Ergebnis war, daß eine gewisse Schwächung der FDP eingetreten ist.

Aber es darf nicht verkannt werden, daß wir in Hessen eine sehr starke FDP haben. Die FDP hat gegenüber der Bundestagswahl von 1953 sogar [um] 11.000 Stimmen zugenommen. Sie hat 513.000 Stimmen bekommen gegenüber 502.000 Stimmen bei der Bundestagswahl, während wir rund 52.000 Stimmen verloren haben.¹¹⁷

Vor der Wahl wußte ich, daß sich ein Teil der Kandidaten des BHE bereits mit den Sozialdemokraten festgelegt hatte, daß sie für den Fall, daß SPD und BHE zusammen die Mehrheit bekämen, zusammen eine Regierung bilden wollten. Ich darf unter Berufung auf die Vertraulichkeit in diesem Kreise sagen, daß dieselben BHE-Abgeordneten mit Leuten, die uns nahestehen, schriftlich vereinbart hatten, daß sie nie in eine SPD-Regierung eintreten würden. Unter Berufung auf diese Vertraulichkeit darf ich sagen, daß zwei davon jetzt Minister in Hessen sind. (*Von Brentano*: Aber, daß sie Minister sind, dürfen wir weitersagen! – *Heiterkeit*.) Ja! Wir haben in den ersten acht Tagen nach der Wahl mit dem BHE verhandelt, um den Wünschen der Freunde, die von uns gefordert hatten, eine Regierung nach dem Bonner Muster zu bilden, nachzukommen. Wir haben in diesen Verhandlungen einen Minister und einen Staatssekretär zugestanden. Die Sozialdemokraten haben jetzt zwei Minister von sechs Ministerposten und einen neugeschaffenen Staatssekretär dem BHE eingeräumt, so daß die SPD mit 44 Abgeordneten vier Minister einschließlich des Ministerpräsidenten hat, während der BHE mit sieben Abgeordneten zwei Minister und einen Staatssekretär erhalten hat.¹¹⁸

117 Die FDP erhielt bei den Bundestagswahlen vom 6. September 1953 610.534 Erst- und 502.548 Zweitstimmen, die CDU 760.423 bzw. 849.125; bei den Landtagswahlen 1955 erhielt die FDP 513.421, die CDU 603.691 Stimmen (FAUL S. 344f.).

118 Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr war Gotthard Franke, Minister für Landwirtschaft und Forsten Gustav Hacker, Staatssekretär für Vertriebene (im Innenministerium) Dr. Walter Preißler.

Ich hatte den Herrn Bundeskanzler gebeten zu versuchen, über Herrn Oberländer zu erreichen, daß der BHE von seiner SPD-Linie abschwenke. Aber es war ziemlich früh klar, daß das nicht zu erreichen war. Die Sozialdemokraten haben mit uns ein Gespräch gesucht. Wir haben dieses Gespräch dadurch beantwortet, daß wir hingegangen sind. Wir mußten uns eine Philippika anhören. Vor allem hat Herr Zinn gesagt, wir hätten einen verleumderischen Wahlkampf geführt. Wir haben entsprechend geantwortet, daß wir eine Gegenrechnung aufmachen könnten.

Innerhalb der CDU in Hessen gab es schwere Auseinandersetzungen darüber, ob der Weg, den man gegangen ist, richtig war. Es gab Leute, die gesagt haben, das Abkommen mit der FDP hätte uns in diese Schwierigkeiten hineingeführt. Das wird wohl niemand nachweisen können, wieviel Stimmen es uns gebracht hat oder wieviel Stimmen dadurch verlorengegangen sind. Es ist ein Phänomen, daß wir im Jahre 1950 aufgrund der scharfen „Ohne-mich-Propaganda“ der SPD nur 350.000 Stimmen bekamen, aber jetzt bei der noch viel stärkeren „Barras-Propaganda“ der SPD sogar 603.000 Stimmen erhielten. Dieser Zuwachs muß irgendeine solide Grundlage haben.

Die CDU hat sich auf einer Generallinie gefunden. Wir haben erklärt, daß wir in Opposition gegenüber der SPD/BHE-Regierung stünden, daß wir aber zu einer echten Zusammenarbeit mit der SPD auch jetzt noch bereit seien, wenn die Bedingungen annehmbar wären. Wir haben uns über Einzelheiten der Bedingungen – Gott sei Dank, sage ich – nicht unterhalten. Es ist darüber nichts gesprochen und nichts festgelegt worden. Hier ist eine empfindliche Nahtstelle innerhalb unserer Partei. Abschließend darf ich feststellen, ich begrüße die Anregungen von Herrn Dr. Krone, daß wir uns einmal über das Verhältnis Bundespartei/Landesparteien eingehend unterhalten sollten, herzlich. Ich glaube auch, daß die Satzungen, die in den einzelnen Landesparteien gelten, einmal überprüft werden müßten, vor allen Dingen auch die Fragen, wie Abgeordnete geschaffen werden, welchen Einfluß die Partei hat, wer in der Partei überhaupt etwas zu sagen hat, ob der Vorstand oder der Landesausschuß oder die Delegiertenversammlung mit ihren 300 Mitgliedern. Ich kann Ihnen aus meiner jetzt zweijährigen Tätigkeit als Landesvorsitzender reichlich Material hierfür auf den Tisch legen.

Bach: Wir sind alle davon überzeugt, daß die Außenpolitik den Vorrang hat, aber ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler der Ansicht, daß wir die Innenpolitik in den letzten Jahren etwas vernachlässigt haben und daß wir nicht in den nächsten Wahlkampf hineingehen können, ohne eine echte Sozialreform geschaffen zu haben. Wir werden überall darauf stoßen, daß in den letzten Jahren hier kaum etwas geschehen ist.

Beim Finanzausgleich hoffe ich, daß bei der Neugestaltung auch die Gemeinden wieder zu ihrem Recht kommen und die Freiheitsrechte in der Dreiteilung Gemeinde-Land-Bund gewahrt bleiben. Ich nehme an, daß der Herr Bundeskanzler als alter Mann der Selbstverwaltung die bestehenden Fehler mit ausgleichen helfen wird. Die Gegensätze, die wir immer sehen zwischen den Länderregierungen – die von der CDU bestimmend gestaltet werden – und der Bundesregierung, vor allem beim

Finanzausgleich, die würden wir nicht bekommen, wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler oder eine sozialdemokratische Bundesregierung da wäre. Es müßte möglich sein, daß diese Dinge im internen Raum ausgetragen werden, aber nicht vor aller Öffentlichkeit.

Ich habe manchmal den Eindruck, als ob die Länderminister ganz vergäßen, daß das Gesamtinteresse des Bundes den Interessen des Landes vorzugehen hat. Hier liegt der Fehler in unserer Organisation. Wenn wir uns die Satzungen der Landesverbände ansehen, stellen wir fest, daß jeder Landesverband eine eigene Satzung hat. Hier müßte Ordnung geschaffen werden, damit der Aufbau der Partei in den Landesverbänden einheitlich gestaltet werden kann. Diese Frage muß einmal eingehend besprochen werden.

Wir kommen heute ohne eine echte Mitgliedschaft nicht aus. Ich freue mich, daß sich die Landesgeschäftsführer bereit erklärt haben, diese Mitgliedschaft anzuerkennen. Ich habe Herrn Heck gesagt, er sei etwas jünger und er hätte daher einen etwas größeren Optimismus. Was ich auf dem Gebiete erfahren habe, ist nicht gerade erfreulich. Wenn ich auch für mich in Anspruch nehme, daß in meinem engeren Bezirk¹¹⁹ immer eine starke Parteiorganisation bestanden hat, so müssen wir doch dafür sorgen, daß wir mehr Mitglieder bekommen, die am Leben unserer Partei interessiert sind und die wissen, worauf es ankommt, die vor allem aber Opfer bringen. Dann werden wir auch krisenfest.

Wir sollten uns die Mühe machen, eine organische Ordnung in unsere Partei hineinzubringen, und zwar von unten nach oben, wobei die Landesverbände mit den Ländern übereinstimmen sollten. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel, z.B. bei uns in Nordrhein-Westfalen. (*Zurufe: Aha! – Heiterkeit.*)

Majonica: Ich freue mich sehr, daß Herr Krone als eine wichtige Aufgabe der Partei die Schulung des Nachwuchses herausgestellt hat. Wer in den letzten Tagen und Wochen im Lande gesprochen hat, wird feststellen können, daß eine Bereitschaft der Jugend zur Partei besteht, wie das seit 1945 nicht mehr der Fall gewesen ist.

Was uns fehlt vom Standpunkt der Jungen Union, ist ein Kristallisationspunkt, an den sich die jungen Menschen halten können. Um diesen Kristallisationspunkt zu bekommen, müssen wir zunächst einmal die führenden Kräfte der Jungen Union schulen. In meinem Wahlkreis¹²⁰ sind 800 junge Leute. Wenn wir so weiterarbeiten, dann sind wir bald mehr junge Leute als ältere Mitglieder in der Partei. Ich glaube, daß das in den anderen Wahlkreisen auch möglich wäre, wenn wir von der Spitze her diese Arbeit leisteten.

Ich darf einen anderen Gesichtspunkt herausgreifen, nämlich den, daß die Kritik an der Außenpolitik hauptsächlich von der Intelligenz ausgeht. Wir müssen uns fragen, ob wir uns genügend mit diesen Schichten beschäftigt haben. Ich habe mich darüber gefreut, daß der Ring demokratischer Studenten endlich zu einer

119 Siegen.

120 Arnsberg-Soest.

guten Zeitschrift¹²¹ gekommen ist. Dr. Strickrodt hat einem Vorschläge gemacht, eine Zeitschrift zu schaffen, die von der wissenschaftlichen Seite her einmal die Grundlage der Christlich-Demokratischen Union darstellen sollte. Das ist notwendig, weil gerade im vorparlamentarischen Raum so viele Organisationen ausgefallen sind. In der Weimarer Zeit hatte der Volksverein diese Aufgabe übernommen.

Es müßte noch mehr Schrifttum von der Partei herausgegeben werden. Nicht nur Rundfunkvorträge sollten gedruckt werden, sondern es sollten auch gründliche Untersuchungen zu den einzelnen Problemen angestellt werden. Das fehlt uns sehr.

Nun zur Frage des Parteiengesetzes. Mit der neuen Steuerreform, wo Spenden für die Parteien absetzbar sind, werden wir nicht genügend Mittel bekommen, um die Parteiarbeit so ausbauen zu können, wie es notwendig ist. Wir müssen neue Finanzquellen erschließen. Das geht weder auf dem Weg der Spenden noch auf dem der Mitgliederwerbung, sondern nur durch ein neues Parteiengesetz, das durch den Staat geschützt würde. Ich wäre dankbar, wenn der Parteivorstand dazu einen Beschluß faßte.

Ich habe den Eindruck, als ob gerade jene Leute, die eine solche Finanzierung ablehnen, sich sonst um die Finanzierung der Partei recht wenig kümmern. Wir sollten also von hier aus diese Dinge anpacken.

Zur Frage des Art. 4 GG bezüglich der Kriegsdienstverweigerung nur eine Anmerkung! Ich habe den Eindruck, trotz vieler Verlautbarungen, als wenn in breiten Schichten der Bevölkerung der Widerstand gegen einen neuen Wehrbeitrag im Augenblick weniger aus dem Gewissen heraus gespeist wird als vielmehr aus der Tatsache, daß man den durch die Wirtschaftspolitik der CDU geschaffenen hohen Lebensstandard nicht einschränken möchte. Man möchte aus dem bequemen Leben nicht herausgerissen werden, um nun Wehrdienst zu leisten. Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, der eine große Rolle spielt.

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir müssen Herrn Krone dankbar sein, daß er die Gesichtspunkte der Innenpolitik stark in das allgemeine Blickfeld lenkt und besonderen Wert darauf legt, die Sozialpolitik und die Sozialreform zu fördern. Ohne Zweifel wird der nächste Wahlkampf ohne ein gutes Ergebnis auf diesem Gebiet nicht geschlagen werden können. Das schließt aber nicht aus, daß die letzten Entscheidungen mehr oder weniger auf dem Gebiet des Irrationalen fallen, was insbesondere mit der Außenpolitik und der Wehrhoheit zusammenhängt. Es ist auf jeden Fall eine schwierige Sache, wenn wir diese außenpolitischen Entscheidungen gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen den Gewerkschaftsbund durchsetzen müssen.

Insofern glaube ich darauf hinweisen zu dürfen, daß die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und zur Minderung der Spannungen, wo sie ohne Verletzung unserer Anliegen durchführbar sind, ergriffen werden müssen. Die geradezu volksschädliche

121 „Civis. Zeitschrift für christlich-demokratische Politik“. Hrsg. vom Bundesvorstand des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Marburg 1954/55ff.

Art, mit der einzelne der Koalitionsparteien gegen die CDU operieren, ist letzten Endes dadurch zu erklären, daß sie die Gewißheit haben, es könne die CDU und der Kanzler keinesfalls gegen sie regieren. Insofern möchte ich darauf hinweisen, daß eine Zusammenarbeit zur Milderung der Spannungen, ohne Verletzung unseres Prestiges, durchaus erwünscht wäre, wie sie in Baden-Württemberg in der jetzigen Koalition stattfindet. Sie ist nicht leicht eingegangen worden von der CDU, und man kann auch nicht sagen, daß wir etwa rauschende Erfolge gehabt hätten.

Das schließt nicht aus, daß wir die Probleme in all ihrer Schwere sehen, z.B. das verhängnisvolle Wirken des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ich weiß nicht, ob auf diesem Gebiet sogenannte Gespräche auf höchster Ebene noch helfen. Ich frage mich, ob nicht eine direkte Aktion vorteilhafter wäre, beispielsweise so, daß man das System – ich spreche nicht von einer Gewerkschaftsspaltung – der christlichen Betriebsgruppen stärker fördert. Ich darf ein Beispiel dazu anführen. Ich habe in diesen Tagen in einem mir unterstehenden Betrieb mit 1.000 Leuten eine Betriebsversammlung erlebt, wo ein der CDU angehöriger Gewerkschaftssekretär des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede gegen die Pariser Verträge gehalten hat, auch gegen die Wiederbewaffnung. Darauf erhebt sich, gestützt auf die Existenz einer christlichen Betriebsgruppe und auf die CDU-Fraktion des Stadtrates, ein einfacher Mann und legt Protest ein gegen diese Ausführungen in direkter Aktion. Das kann man auch in Baden-Württemberg, wo wir in einem besseren Klima stehen mit der Bonner Opposition – manchmal, möchte es mir scheinen –, fast besser als mit der Freien Demokratischen Partei.

Ich sehe mit Besorgnis, daß wir die Verträge, auch wenn wir sie durchziehen, doch nur gegen weite Volksteile durchziehen müssen. Die Gefahr besteht, daß unsere eigenen Leute innerlich mutlos und zerknittert werden.

Ich glaube, Sie haben den Eindruck, daß wir in Baden-Württemberg dem Bund geben, was des Bundes ist, und daß wir auch vom Bund nehmen, was uns der Bund gibt. Daß wir vier Landesverbände haben, könnte nach außen hin als eine Übersteigerung erscheinen; aber das ist in erster Linie historisch bedingt. Wir müssen uns von dem Gedanken freimachen, als könne die Zusammenfassung zu einem größeren Gebilde von sich aus besser wirken. Es ist in diesen Tagen im Stuttgarter Landtag ein sehr schwer erkämpftes Zugeständnis und Bekenntnis abgelegt worden: Man habe nun einsehen müssen, daß die Zusammenfügung von drei Ländern zu einem einzigen Lande keine Einsparung bringe.¹²²

Es ist auch so, daß wir in den vier Landesverbänden – wenigstens in meinem – äußerst billig arbeiten. Wir haben einen Landesgeschäftsführer, eine Stenotypistin und einen Volkswagen. (*Adenauer*: Das ist viel zu wenig!) Wir sind bereit, mehr auszugeben, wenn das möglich ist. Aber es geht auch so. Das Maß an Zusammenarbeit, das

122 Vgl. erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Rechnungsjahr 1955 am 27. Januar 1955 – 1.WP 55.Sitzung S. 2471–2516, u.a. S. 2476 (Paul Binder, CDU), S. 2479 (Alex Möller, SPD).

wir brauchen, haben wir. Es besteht eine Konferenz der Landesleitungen, die in einem Turnus wechselt. Es ist so, daß die Geschäftsführung der vereinigten Landesverbände z.Z. bei mir liegt. Nach einigen Monaten geht sie weiter. Die Zusammenarbeit ist also gegeben.

Es ist natürlich möglich, die Landesverbände auf zwei zu reduzieren, aber die Existenz dieser Landesverbände ist auch ein Politikum; denn in Baden ist die Trauer über den Verlust der staatlichen Selbständigkeit noch nicht abgeklungen. Es ist wichtig, dieser badischen Bewegung in Wahrung ihrer Belange ein Stück Heimat zu geben, damit nicht ernste politische Schäden eintreten. Das aber nur am Rande zu der Parteiorganisation, von der man sagen kann, daß sie dem Bund bestimmt das gegeben hat und geben wird, was er braucht.

Fricke: Ich darf feststellen, daß wir, seitdem Herr Gereke¹²³ nicht mehr in Niedersachsen mit seinen Sprechtagungen tätig ist, tatsächlich eine Einheit haben. Es ist auch so, daß die kleineren Landesverbände näher an der Bevölkerung und an den Bezirksorganisationen sind. Herr Cillien wird nicht böse sein, wenn ich sage, daß gerade im kleineren Landesverband Braunschweig die Organisation straffer geführt werden kann als in einem weiträumigen Raum.

Unsere Position in Niedersachsen ist ebenso schwer, wie es bei den Freunden in Hessen ist. Es ist unsere Aufgabe, das am 6. September 1953 eroberte Terrain einigermaßen zu behaupten, insbesondere auch die norddeutschen protestantischen Gebiete, deren Eroberung ein besonderes Verdienst unseres leider zu früh verstorbenen Freundes Dr. Ehlers ist. Deswegen brennt mir die Tiefenwirkung unserer Partei, die wir erzielen müssen, auf den Nägeln. Wenn eine Gegenaktion anläuft, dann will ich hoffen, daß das nicht wieder verpufft in einigen Kundgebungen, sondern diese Dinge müssen von der Bundespartei aus über die Bezirks- und Ortsparteien bis in das letzte Dorf des Landes hineingetragen werden.

Ein tiefer Ernst scheint mir aus einem Artikel „Blinder Eifer“ in der Zeitschrift „Die Zeit“ zu liegen.¹²⁴ Die „Zeit“ schreibt, nachdem man das, was der Gewerkschaftsbund und die Kundgebung in der Paulskirche zum Ausdruck gebracht haben, abgelehnt hat, folgendes:

„Eine solche Politik ist daher gar nicht durchführbar. Wenn sie in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit dennoch an Boden gewinnt, dann ist das in erster Linie die Schuld der – mit Mehrheit im Bundestag hauptverantwortlichen – CDU, die zwar Wahlschlachten zu gewinnen, nicht aber den Kontakt mit der Bevölkerung zu halten versteht. Bei dieser Partei spielt sich alles nur in der obersten Spitze ab. Wenn

123 In der Vorlage: Gerke. – Dr. Günther Gereke (1893–1970), 1948–1950 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hannover (vgl. PROTOKOLLE I S. 29 Anm. 50). – Während seiner Amtszeit hatte Gereke sog. Sprechtage für Mitglieder aller CDU-Kreisverbände eingeführt, was zur einheitlichen Willensbildung in der Partei beitragen sollte (vgl. dazu die positive Bewertung in FRATZSCHER S. 59f.).

124 Leitartikel vom 3. Februar 1955, gezeichnet von W. Fredericia.

die Opposition im Verein mit den Gewerkschaften eine große Aktion mit Plakaten, Versammlungen und einer Manifestation in der Paulskirche in Gang setzt, dann schickt die CDU den Bundeskanzler ans Mikrophon oder läßt ihn einen Brief schreiben. Auf den unteren Etagen dagegen geschieht nichts, keine Einwirkung von Mensch zu Mensch findet statt. Sie kann auch gar nicht stattfinden, weil niemand dazu da ist.“

Es mag alles überspitzt sein, aber ich lese vor, was da geschrieben wird:

„In Deutschland kann man jahrelang leben, ohne jemals von der CDU etwas zu hören.“

Herr Majonica erzählte mir unlängst, ein Mann, der auf die Idee kam, der CDU beizutreten, und sich dann ein bißchen mit der Jungen Union beschäftigte, erhielt bereits nach einem Jahr Anspruch auf den Posten eines Beigeordneten seiner Stadt oder eines Staatssekretärs seines Landes. Aber von der Parteiarbeit wolle er nichts mehr wissen.

Wenn man in die Verfassung schreibt, daß die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken müssen, dann muß man sich auch dafür interessieren, daß das geschieht. Es geschieht aber nicht. Sicherlich ist das nicht absolut bare Münze, aber es steckt viel Wahres darin. Weite Kreise im bürgerlichen Lager halten sich [für] zu schade, aktiv in einer Partei mitzuwirken. Gerade durch die Thesen, die in der Kundgebung der Paulskirche zum Ausdruck kamen oder die von der SPD hinausgetragen werden, die emotional auf das Volk wirken, wird eine Unsicherheit in der Meinungsbildung hervorgerufen. Wir müssen daher unter allen Umständen die Partei stärker und straffer organisieren, damit der Spitze der Partei die Möglichkeit gegeben wird, ein Gefühl der Sicherheit hinauszutragen bis in die kleinste Gemeinde. Daran fehlt es bei uns! Es fehlt bei uns an Aktivität!

Herrn Cillien und mir sind Briefe von der Jungen Union in Niedersachsen zugegangen – ich berufe mich jetzt auf die Vertraulichkeit, das ist nur für unseren Kreis bestimmt –, in denen gesagt wird, die Junge Union in Niedersachsen hat in einem Gremium beraten und benennt für die und die Posten folgende Namen. Dann werden sechs Namen genannt. Ich habe dann festgestellt, wie groß dieses Gremium der Jungen Union war. Es stellte sich heraus, daß es diese sechs Kandidaten waren, die sich da benannt hatten.

Ich muß im Anschluß an diese Ausführungen mit letztem und tiefstem Ernst folgendes sagen: In Goslar hat die CDU bei der Bundestagswahl 55,8 % der Stimmen gehabt. Goslar ist eine Stadt mit 85 % evangelischer Bevölkerung. Wir haben immer eine starke Position in Goslar gehabt, und zwar von 1946 ab. Wenn ich mir aber meine zwölf Ratsherren ansehe und sie daraufhin prüfe, wer von ihnen in der Lage ist, über Gegenwartsfragen von Mensch zu Mensch ein wirklich konkretes und überzeugendes Gespräch zu führen, dann sind es keine zwei! (*Zuruf*: Hört! Hört!) Und wenn ich mir den Haufen unserer Mandatsträger in unserem Lande ansehe, verehrter Herr Cillien – das beginnt schon in der Landtagsfraktion –, dann sind es nur 10 %, die ein ernstes Gespräch führen können! (*Majonica*: Das ist aber keine Kritik an der Jungen Union!

– *Zuruf*: Das ist aber Kritik überhaupt genug!) Es sind wirklich nur ganz wenige, die überzeugen können.

Ich habe mich gefreut, als mir vor einigen Tagen in Hannover mitgeteilt wurde, daß im Kreis der Landesgeschäftsführer in Karlsruhe beschlossen worden sei, daß unter allen Umständen in der ganzen Bundespartei die Organisation – das geht nur von oben nach unten – straffer organisiert und besser kontrolliert und eine ständige und intensive Arbeit der Partei geleistet werden soll.

Wir mögen noch soviel in den beiden kommenden Jahren an positiven Erfolgen erreichen, wenn wir die Bevölkerung nicht überzeugen können – hier fehlt uns leider auch die Presse –, dann besteht trotz der großen Leistungen die Gefahr, daß uns bei der nächsten Bundestagswahl nicht mehr die Plattform für eine weitere Arbeit gegeben wird. Deshalb unterstreiche ich noch einmal die Notwendigkeit der organisatorischen Verbesserung, die uns angesichts der bevorstehenden Wahlen auf den Nägeln brennt.

Pitz: Ich darf auf die Frage der Kindertransporte und der Infiltration zurückkommen. Vor kurzem hat sich auch das Bundeskuratorium für Jugendfragen damit befaßt. Die einzige Maßnahme, die man wohl positiv von uns aus gegen die Transporte treffen kann, ist die, daß man die Kindertransporte, ehe sie in die Ostzone reisen, abfängt und ihnen einen entsprechenden Ferienaufenthalt anbietet. Während von drüben aus das totalitäre System mit großen Geldmitteln arbeitet, suchen wir hier nach einem Kostenträger. Es ist leider so, daß oft zwei kleine Mädchen eine ganze Klasse davon überzeugen können, daß man drüben wunderbar aufgehoben ist, daß alles nicht wahr ist, was man von drüben sagt, und daß sie in keiner Weise unter Druck genommen werden.

Wir müssen also großzügiger und schneller arbeiten und eine Methode finden, um die Fälle schneller zu erfassen. Ein Beobachter schickte mir vor wenigen Tagen wertvolles Material, das in dieser Richtung liegt. Er sagt, es bestehe die Gefahr der ideologischen Unterwanderung in der Bundesrepublik, und schreibt: Verhindert jedoch die Bundesregierung das ideologische Vordringen nicht, so wird die Bundesrepublik unterhöhlt. Die DDR-Kräfte werden von Jahr zu Jahr zunehmen, und der Kalte Krieg wird psychologisch und ideologisch in die Bundesrepublik vorgetragen.

Wir wissen, daß überall Aussprachen über dieses Problem stattfinden. Das Erschütternde aber dabei ist, daß wir dieser geistigen Auseinandersetzung nicht gewachsen sind. Es wird immer davon gesprochen, daß wir unsere Ordnung, die wir mühsam aufgebaut haben, mit Leidenschaft aufrechterhalten und stützen müssen; was aber haben wir getan, um uns zu dieser geistigen Auseinandersetzung vorzubereiten?

Ich habe einiges davon erlebt beim Katholikentag in Fulda¹²⁵, wo ich dem Arbeitskreis „Ehe und Familie“ angehörte. Sie glauben nicht, in welcher Weise die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer von der Ostzone gearbeitet hat. Sie arbeiten nach einer Methode, die sie in den Schulungen gelernt haben. Unsere Diskussionsredner haben nur einen schlechten Eindruck machen können. Wir müssen sehr vorsichtig

125 Vom 31. August bis 5. September 1954.

sein bei diesen sogenannten menschlichen Kontakten, hinter denen nur die politischen Absichten des totalitären Systems stehen.

Wenn wir nicht in der Lage sind, geistig diesen Dingen begegnen zu können, setzen wir uns einer ganz großen Gefahr aus; das um so mehr, als wir auf dem Gebiete der Schulung eine Entwicklung beobachten, die zu einer farblosen Nivellierung führt. Dazu trägt bei das kulturpolitische Programm des DGB. Wenn diese programmatischen Grundsätze des DGB auf dem Gebiete der Kulturpolitik vorangehen, bedeutet das eine Zersetzung der geistigen Kräfte. Wie gesagt, das führt zur Nivellierung, was eine Schwächung unserer geistigen Position gegenüber der Ideologie des Ostens bedeutet. Das gebe ich zu bedenken.

Ich habe neulich in den „Kommunalpolitischen Blättern“ einen kurzen Aufsatz geschrieben¹²⁶ und aus den Erwidern, die ich bekommen habe, gemerkt, daß diese Tatsachen gar nicht landläufig bekannt sind. Es wäre gut, wenn wir den DGB in seine Schranken zurückweisen könnten. Er darf kein kulturpolitisches Programm entwickeln.

In der Weimarer Zeit hatten wir bei der Zentrumsparterie in den größeren Städten des Rheinlandes Schulungseinrichtungen, in denen die jüngere Generation in die Politik hineingewachsen ist. Heute habe ich die Erwiderung von Nell-Breuning zu den Äußerungen von Agartz gelesen. Es wäre richtig, wenn wir diese ausgezeichnete Antwort in einer großen Auflage herausbrächten. Das trüge dazu bei, uns einen großen Kreis von Menschen zugänglicher zu machen.

Hellwig: Die sozialistische Opposition – nicht die Kommunisten – betrachtet unser Staatsgebilde als ein Provisorium. Sie glauben, das ungeklärte Kräfteverhältnis in einer völlig skrupellosen Art ausnutzen zu können. Wir sollten einmal unterscheiden zwischen Sozialdemokratischer Partei als einem Instrument, wie es im verfassungsmäßigen Leben bei uns vorhanden ist, und einer ganz bestimmten sozialistisch-extremistischen Bewegung innerhalb der SPD und des Gewerkschaftsbundes. Ich meine damit jene Aktivistengruppe international gebundener Sozialisten. Ich brauche wohl kaum Namen zu nennen.

Herr Agartz hat auf dem DGB-Kongreß in Frankfurt in seinem Grundsatzreferat die Wirtschafts- und Sozialverfassung von Jugoslawien als erstrebenswertes Modell herausgestellt. Einer unserer Verbindungsmänner in diesem Bereich ist in das Lager seiner geistigen Hilfstruppen gegangen beim Frankfurter Kongreß und hat die Frage gestellt: Worin unterscheidet sich euer Rezept vom Kommunismus? Die Antwort war: Im Materiellen und im Institutionellen nicht. Wir haben lediglich eine höhere Achtung vor dem Menschenleben im einzelnen und werden es nie zu Exzessen kommen lassen, wie das im totalitären System des Bolschewismus Moskauer Prägung vorkommt. Das ist die letzte Konsequenz, auf die eine ganz bestimmte Gruppe innerhalb der SPD und des DGB hinarbeitet.

126 „Grenzen der Staatsmacht auf dem Gebiet der Erziehung“ („Kommunalpolitische Blätter“ vom 25. Dezember 1954).

Wenn es nun so ist, daß dieser Staat oder der Staatsgedanke, als Ganzes gesehen, zur Diskussion gestellt wird, dann muß sofort mit Bedauern festgestellt werden, daß wir verflucht wenig tun für die Propagierung im guten Sinne dieses Staates und seiner Institutionen. Die Propagierung der Staatsidee und der politischen Führung ist eine Angelegenheit, die zum zentralen Aufgabenbereich für die Erhaltung dieses Staates gehört. Die geistige Aufrüstung liegt weiß Gott im argen, weil eben die Jugend, um die es hier geht, noch kein Verhältnis zu diesem Staat hat, wenigstens zu einem großen Teil nicht.

Daher meine dringende Bitte und Anregung, ob wir nicht als die die Verantwortung tragende Partei einen besonders auf diesem Gebiet geeigneten Mann herausstellen sollen mit dem besonderen Auftrag der Propagierung unseres politischen Wollens und der staatlichen Dinge.

Gradl: Ich glaube, daß die Diskussion in einigen Punkten zum Kern unserer Aufgaben als Partei, die vor uns stehen, durchgedrungen ist. In der Öffentlichkeit ist weithin der Eindruck entstanden, daß unsere Partei keine lebendige, zwingend aktive politische Gemeinschaft ist. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist die Geltung unserer Partei in der Hauptsache verknüpft mit Ihrer persönlichen Autorität, Ihrem Ansehen und Ihrer Stellung als Bundeskanzler. Dadurch gerät schon allein die Tatsache, daß Sie auch Vorsitzender unserer Partei sind, in den Hintergrund.

Von der Partei selbst erfährt man auch in den Augenblicken, in denen man meint, hier müsse die Partei ein deutliches Wort als ihre Meinung erkennbar machen, nichts. Das hat mancherlei Gründe. Es würde zu weit führen, sie heute zu diskutieren. Aber nichts ist notwendiger, als daß wir uns über die Verlebendigung unserer Partei sehr ernste Gedanken machen. Sie ist – das ist vielleicht eine ihrer wesentlichen Schwächen – organisatorisch gar keine Mitgliederpartei, sondern eine reine Wählerpartei.

Das führt zu so grotesken Zuständen, daß in manchen Großstädten von einer Handvoll Leuten die Kandidaten ausgewählt werden, die nachher der breiten Öffentlichkeit als die Repräsentanten der größten politischen Partei in diesem Bezirk vorgestellt werden, um nur ein Beispiel zu sagen.

Ein zweites Beispiel, woran es bei uns fehlt: Ich habe mich in den letzten Monaten manchmal gefragt, was muß eigentlich geschehen, damit im Parteivorstand unserer Gesamtpartei zu dieser oder jener Frage Stellung bezogen wird. Wir haben uns am 11. Oktober 1954 feierlich vorgenommen, daß wir mindestens alle sechs Wochen den Vorstand zusammenrufen wollen. Inzwischen sind mindestens dreimal sechs Wochen dahingegangen! Ich stelle das ausdrücklich fest, ich erhebe keinen Vorwurf, ich sage das nur, weil wir ja gemeinsam suchen wollen, wie wir es besser machen können.

In der Zwischenzeit ist Gott weiß wie oft vom Parteivorstand der SPD in Schriftstücken, Kundgebungen und Versammlungen – meistens sehr unschön – Stellung bezogen worden. Wir könnten durch eine Verlebendigung unserer Arbeit einiges dazu beitragen, um die Durchschlagskraft unserer Partei als politische Bewegung in unserem Volk wesentlich zu stärken.

In den letzten Wahlkämpfen hat das Thema „Wiedervereinigung und Wehrpflicht“ eine wesentliche Rolle gespielt. Das wird auch in den kommenden Wahlkämpfen der Fall sein. Hier muß ich wiederholen, was ich am 11. Oktober 1954 gesagt habe. Ich fürchte – und die Zeit, scheint mir, hat es bewiesen –, daß es unsere Partei nicht verstanden hat, der breiten Öffentlichkeit unsere Politik zur Wiedervereinigung und zur Wehrhaftmachung einleuchtend klarzumachen. Ein Beweis dafür ist diese unglaubliche Karikatur, von der Herr Krone gesprochen hat und von der die SPD glaubt, daß sie damit in der Öffentlichkeit Eindruck macht. Aber seien Sie davon überzeugt, leider macht sie mit diesen Dingen in der Öffentlichkeit Eindruck.

Leider kommen wir unter dieser zum Teil infamen Propaganda langsam in den Geruch, als ob wir es mit der Wiedervereinigung – wir sprechen ja in der Familie – nicht ernst genug oder überhaupt nicht ernst meinten. Dem können wir nur begegnen, wenn wir der Öffentlichkeit das, was wir wollen, so darlegen, daß die Öffentlichkeit sieht, das ist zwar nicht der absolut sichere Weg – den gibt es nicht –, aber es ist ein Weg, der uns einleuchtet gegenüber der Agitation, die die Sozialdemokratie macht.

Herr Bundeskanzler! Wenn die morgige Sitzung des Bundesparteiausschusses ihren Zweck erfüllen soll, den sie sicherlich erfüllen muß, dann müssen Sie sehen in Ihrer Rede – die erfreulicherweise übertragen wird –, unseren Weg so darzustellen, daß auch der einfache Mann sieht, jawohl, das ist ein vernünftiger Weg, der nach menschlichem Ermessen zu diesem ersten Ziel der deutschen Politik führen kann.

Zwei Punkte sind es, die nach meiner Meinung in der öffentlichen Meinung bei der Diskussion in Frage kommen: Der erste ist geschaffen durch die wiederholte Erklärung der Sowjets, daß sie nicht mehr verhandeln, wenn die Verträge ratifiziert sind. Ich habe mit großer Freude aus Ihren Ausführungen heute morgen gehört, daß die Sowjets doch darauf eingehen werden. Die Erfahrungen mit der Türkei, mit Jugoslawien usw. zeigen das ja. Es gibt auch noch andere Argumente. Diese Argumente, die Sie morgen anführen, kann man nur zusätzlich gebrauchen; denn der Gegner könnte sofort einwenden, weder die Türkei noch Jugoslawien hat etwas von den Russen zu erhoffen, sondern nur etwas gegenüber ihnen zu verteidigen, was sie schon haben, während wir in einer unglücklicheren Lage sind. Es gibt eine Reihe von Argumenten, um klarzumachen, daß dieses Wort der Sowjets nur eine Drohung ist, mit der die SPD immer Propaganda macht.

Das zweite ist wesentlich schwieriger. In der Öffentlichkeit besteht die Sorge, daß nach der Ratifikation der Verträge das bundesdeutsche Potential so fest in die westliche militärische Gemeinschaft eingeordnet wird, daß man sich nicht vorstellen kann, daß es noch einmal eine Situation gibt, in der für Westdeutschland der Weg freigegeben wird zu einer Wiedervereinigung, wie wir sie im Grunde alle wollen. Diesen Zweifel in der Öffentlichkeit auszuräumen, ist ungemein schwierig; denn jedes Wort, das man dazu sagt, kann unter Umständen im Lager unserer westlichen

Freunde dazu führen, das Mißtrauen zu nähren, daß wir nur auf die Souveränität warteten, um nachher wieder unschöne Wege – nach dem Beispiel von Rapallo oder dergleichen – zu gehen. Das ist die eigentliche Schwierigkeit. Man kann sie nicht aus dem Handgelenk heraus lösen. Da man nicht völlig frei reden kann, kann man auch nicht der Redepropaganda begegnen, wie man gerne möchte.

Wir sollten das tun, was wir uns in der vorigen Vorstandssitzung vorgenommen haben. Wir sollten uns in einem kleinen Kreis zusammensetzen und uns darüber aussprechen, was möglich ist und welche Wege denkbar sind, um dem Volk deutlich zu machen, daß unsere Politik eine echte Politik zur Wiedervereinigung ist.

Ich habe in der letzten Vorstandssitzung gesagt, wir müssen unsere Politik der Wiedervereinigung einleuchtend machen. Einen Monat später, im November, erschien dieses Heft¹²⁷ mit einem Leitartikel. Darin steht wörtlich:

„Man kann in diesen Wochen noch eine bemerkenswerte Erscheinung im Lande beobachten. Es scheint, als habe es die CDU in der letzten Zeit nicht mehr verstanden, ihren Weg zur Wiedervereinigung dem Volke deutlich und überzeugend zu machen ...“

So geht das weiter!

Wir können also diese Dinge nicht ernst genug nehmen. Ich deute innenpolitisch die Vorgänge in der Paulskirche so, daß die SPD in einer ungemein geschickten Weise versucht, endlich einmal den Bannkreis zu durchbrechen, der ihr bisher in unserem Volke gezogen war. Das Denken der Führung der SPD seit Schumacher ging immer darum, wie kommen wir aus diesem Bannkreis heraus, der uns von der Macht fernhält. Ich nehme an, daß dieser Kreis der SPD nunmehr glaubt, in der Frage der Wiedervereinigung gegen uns jenes Argument gefunden zu haben, das sie weit über ihre eigenen Parteisichten hinausführt.

Das ist die große Gefahr, die vor uns steht. Ich meine, das wäre wert, daß wir uns einmal sehr gründlich darüber aussprechen.

*Heiler*¹²⁸: Ich darf noch einmal auf die Infiltration zurückkommen. Es befremdet mich seit langem, daß bei den Universitäten und in den Jugendorganisationen diese Infiltration so stark zunimmt. Wenn da nicht von seiten des Staates Sicherungen eingebaut werden, sehe ich schwarz für die Zukunft, gerade im Hinblick auf die Jugend. Diese Infiltration ist aber auch bei einer großen Zahl von Professoren zu beobachten.

Die Schwierigkeiten liegen hier darin, daß unsere Verfassungsschutzämter nicht genügend Möglichkeiten haben oder vielleicht auch nicht gewillt sind, wirklich ein-

127 Sinn unklar. Vermutlich aus der SPD-Kampagne, die im Oktober 1954 gegen die Pariser Abkommen mit Broschüren, Flugblättern, Versammlungen etc. einsetzte (vgl. UiD vom 10. November 1954; KLOTZBACH S. 338–346).

128 Anne-Marie Heiler (1889–1979), Mitgründerin der CDU, 1946 und 1948 Stadtverordnete in Marburg, 1949–1953 MdB.

zugreifen. Ich sehe ganz ab vom Fall John¹²⁹. Die Landesämter für Verfassungsschutz und das Bundesamt müssen zusammenarbeiten, damit sie überhaupt wirksam werden können gerade auf dem Sektor der Universität.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß besonders wichtig sind die Professuren für politische Wissenschaften. (*Zuruf*: Und philosophische!) Die sind bei uns, zumindest in Hessen, in einer Weise besetzt, daß sie staatsgefährdend sind. Wenn da nicht bald Abhilfe geschaffen wird, dürfen wir uns nicht wundern, daß selbst junge Leute, die den „Civis“ herausgeben, davon beeinflußt werden.

Adenauer: Ich möchte zu einigen Punkten, die erwähnt worden sind, etwas sagen. Deswegen sind aber die Punkte, zu denen ich nicht spreche, nicht etwa vergessen. Die ganze Debatte hat mich in mancher Hinsicht an die Debatte erinnert, die wir bei der Gründung unserer Partei hatten, als wir uns damals sehr um ideologische Fragen bemüht haben. Ich gebe ohne weiteres zu, daß das ideologische Gebiet bei uns leider infolge der Tagesarbeit zu kurz gekommen ist.

Ich möchte ein Wort zur Propaganda sagen. Es ist nicht ganz so schlimm, wie mancher Redner es glaubt. Die letzte Untersuchung des Instituts in Bielefeld über die Zustimmung zur Politik der Bundesregierung hat eine Steigerung ergeben gegenüber den Vormonaten. Die Untersuchung ist im Januar gewesen, als die Sozialdemokratie schon stark eingesetzt hatte. Es ergaben sich 53 % für die Politik der Bundesregierung.¹³⁰

Aber wir sind nach außen ins Hintertreffen geraten bei der Propaganda, und zwar aus Mangel an Geld. Propaganda kostet Geld. Und hier muß ich sagen, auch die Bundesregierung hatte kein Geld dafür. Ich habe um dieses Geld in der Bundesregierung sage und schreibe kämpfen müssen vom 22. November bis zum 10. Januar. Wäre das am 22. November gelungen, dann wären wir mit der sozialdemokratischen Propaganda schon lange fertig. Aber wir hatten kein Geld, um etwas dagegen zu tun.

Ähnlich ist es mit der anderen Arbeit. Auch hier der Mangel an Geld! Alles das kostet doch Geld, und ohne Geld ist es nicht zu schaffen. Daher sollten wir sowohl in der Bundesregierung – und da sind wir eventuell auf die Hilfe der Bundestagsabgeordneten angewiesen – wie auch in der Partei der Finanzfrage eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Wir sollten dieser Frage eine höhere Bedeutung zukommen lassen, als wir das bisher getan haben, wo wir eben immer nur gebettelt haben und mit dem zufrieden sein mußten, was wir erhielten.

129 Dr. Otto John (geb. 1909), 1937 Syndikus bei der Deutschen Lufthansa, 1950 kommissarischer Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, 1952 Präsident, 1954 auf mysteriöse Weise nach Ost-Berlin verschwunden, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik, 1956 wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, 1958 entlassen. Vgl. SCHWARZ 1 S. 236–239.

130 In Bielefeld war das Institut EMNID angesiedelt. Vermutlich ist das Allensbacher Institut gemeint. Auf die Frage „Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik Adenauers einverstanden oder nicht einverstanden?“ erklärten 52 % der Befragten einverstanden (Institut für Demoskopie – NL Lenz ACDP I-172-039). Im Februar sank die Zustimmung auf 45 % ab.

Ein Wort zur Presse! Die Presse ist, das hat Herr Krone mit Recht ausgeführt, nicht CDU-freundlich. Das kommt daher, weil auch heute noch die meisten Journalisten, die etwas auf sich halten, glauben, sie müßten liberal schreiben. Es hängt aber auch damit zusammen, daß von der Wirtschaft – schade, daß Herr Pferdenges nicht mehr hier ist – diese Organe in einer Weise mit Annoncen bedacht werden, daß sie davon recht gut leben können, während die CDU-Presse nicht in dieser Weise bedacht wird.

Ich weiß aber auch nicht – und da möchte ich mich an Herrn Lensing wenden –, ob die CDU-Presse immer auf dem Posten ist. Wenn z.B. die „Kölnische Rundschau“ eine durch Wochen sich hinziehende Reisebeschreibung über Sowjetrußland bringt von einem Manne, der eine solche Lebensgeschichte hinter sich hat¹³¹, wie mir gesagt worden ist, dann müßte sich ein Blatt, das der CDU nahesteht, eigentlich schämen, einen solchen Reisebericht zu bringen. Da ist es kein Wunder, daß auch in unseren Kreisen die Meinung, daß es im Osten doch nicht so schlimm sei, überhand nimmt. Eines davon habe ich behalten, weil es mich angeht. Da steht von dem Verfasser ausgeführt, daß die Machthaber im Kreml nicht mehr bewacht würden als auch der Bundeskanzler. Das ist wörtlich so gesagt. Ich hoffe, daß Herr Heinen¹³² das bald hören wird. Irgendeine Beschwerde von mir bei Herrn Heinen hat keinen Sinn und Zweck. (*Albers*: Die rheinische Partei hat offiziell Beschwerde gegen ihn erhoben!) Was nutzt das bei Herrn Heinen? (*Schmidt*¹³³: Diese Frage ist gerechtfertigt!) Der Herr Fuchs¹³⁴ ist doch auch Mitinhaber! Ich weiß nicht, wer noch mehr? (*Albers*: Sonst keiner mehr!) Das hier ist doch himmelschreiend! Und wenn es in einem CDU-Blatt steht, dann ist es doppelt gefährlich und verderblich.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß unsere Bundesgeschäftsstelle sich vielmehr mit Propaganda beschäftigen muß, aber ich fürchte, unserer Bundesgeschäftsstelle geht es so, wie es auch dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung geht. Wenn das Presse- und Informationsamt etwas der Presse gibt, so wird das einfach von den Herrschaften nicht gebracht. Das kommt daher, daß seinerzeit durch die Briten und die Amerikaner unter Beteiligung von Kommunisten und Sozialisten diese Presse entstanden ist. Es ist die Schuld der Besatzungsbehörden, daß eine solche Presse herangezüchtet worden ist. Wie wir das ändern können, Herr Lensing, das kann ich Ihnen nicht sagen.

131 Berichte eines ungenannten Rundschau-Reporters über die Verhältnisse in der Sowjetunion seit dem 10. Dezember 1954 unter dem Titel „Land unterm Roten Stern“; die letzte Folge war am 25. Januar 1955 erschienen.

132 Dr. Reinhold Heinen (1894–1969), vor 1933 Zentrum, 1921–1933 Generalsekretär der Kommunalpolitischen Vereinigung, 1945–1946 Landrat in Monschau, seit 1946 Herausgeber und Chefredakteur der „Kölnischen Rundschau“.

133 Dr. Otto Schmidt (1902–1984), 1945 Mitgründer der CDU Wuppertal, 1948–1949 Oberbürgermeister, 1950–1954 Staatsminister für Wiederaufbau, ab 1953 für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau in NW, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957–1972 MdB.

134 Dr. Fritz Fuchs (1881–1972), Mitgründer der CDU Köln, 1946–1956 stv. Oberbürgermeister von Köln, Mitherausgeber der „Kölnischen Rundschau“.

Nun komme ich zu dem Wichtigsten, zum Ideologischen. Meine Freunde! Seien wir uns über eines vollkommen klar. Der geistige Kampf gegen den Kommunismus und gegen den Bolschewismus wird nach menschlichem Ermessen noch jahrzehntelang dauern. Wenn auch diese akuten Gefahren des heißen Krieges und des Kalten Krieges gebannt werden können, so bleibt doch die Tatsache, daß wir in der materialistischen Auffassung einen Feind unserer Überzeugung haben, der nur in jahrzehntelangem Kampf niedergerungen werden kann. Wir haben uns bei der Gründung unserer Partei mit alledem befaßt, was wir in der nationalsozialistischen Zeit kennengelernt hatten, und haben unser ganzes Programm auch dementsprechend ausgestaltet, aber ich glaube, es ist eine unbedingte Notwendigkeit, daß wir auf ideologischem Gebiet stärker aktiv werden. Wir können auch, ohne daß wir in den Stil irgendeiner Tageszeitung deswegen verfallen, auf die Erfolge hinweisen, die wir aufgrund der von uns verfolgten Prinzipien erzielt haben.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir Herrn Krone und Herrn Tillmanns beauftragen, einen Ausschuß zusammenzustellen, der sich gerade mit der Frage der ideologischen Fundierung und Weiterbildung befaßt. Wir brauchen das jetzt. Wir brauchen es in starkem Maße!

Mir schwebt seit geraumer Zeit der Gedanke vor – der nichts mit der Partei zu tun hat –, daß es möglich sein müsse, ein Institut in Deutschland ins Leben zu rufen, das das deutsche Volk wachhält gegenüber den Gefahren, die durch den Kommunismus drohen, das ihm aber auch zeigen soll, wie es mit dem Leben der Bevölkerung wird unter der Herrschaft kommunistischer Ideen. Ich weiß noch nicht recht, wie man die Sache gestalten soll. Ich habe zwei Herren gebeten, mir mal Vorschläge zu machen, wie man ein solches Institut ins Leben rufen kann, das nach meiner Meinung absolut notwendig ist für die Zukunft, auch wenn die uns jetzt beschäftigenden Gefahren vorüber sein werden.

Ich bin sehr froh, daß die Diskussion – darin gebe ich Herrn Gradl vollkommen recht – so tief vorgestoßen ist und wir von den Tagesfragen einmal abgekommen sind zu diesen Grundfragen des Fortbestehens unserer Partei. Wenn es uns nicht gelingt, unsere Partei nicht nur organisatorisch, sondern auch innerlich so fest zu gründen, daß sie für die kommenden Jahrzehnte ein machtvoller Faktor im deutschen Volke bleibt, dann haben wir die Schlacht um die Ideale, die wir retten wollen, verloren.

Es wird nötig sein, daß wir sehr bald wieder über diese Fragen sprechen. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden uns die Herren Krone und Tillmanns einen solchen Vorschlag machen. Selbstverständlich werden dann, wenn wir hier in diesem Gremium Beschlüsse fassen, diese weitergeleitet werden müssen an die Landesparteien. Von den Landesparteien müssen sie weitergehen an die Kreisparteien. Dieser geistige Kampf muß auf breitester Front geführt werden.

Wir werden dann auch – ich glaube es wenigstens – eine gewisse Fühlung nehmen müssen mit den christlichen Kirchen, um ihnen zu zeigen, welche ungeheuer großen Gefahren der Menschheit drohen durch den Kommunismus. Wir müssen ihnen zeigen,

in welcher erschreckender Weise der Kommunismus in den letzten zehn Jahren an Boden gewonnen hat.

Kaiser: Ich wäre Krone dankbar, wenn er den DGB morgen anspräche, und zwar warnend und mahnend hinsichtlich Wahrung der Neutralität. Er sollte dabei den DGB nicht unbedingt mit der SPD im Zusammenhang mit der letzten Aktion der SPD in einem Atemzug nennen. Das ist nicht gut. Wir müssen von uns aus dazu beitragen, daß der DGB um seiner Aufgabe willen aus der Gefangenschaft der SPD gelöst wird.

Ich möchte das sagen mit Bezug auf Reuter. Ich habe mit Reuter, bevor er nach Frankfurt ging, gesprochen. Ich hatte zunächst versucht, mit Freitag zu sprechen. Das war nicht möglich. Ich habe Reuter sehr nahegelegt, in Frankfurt nicht als Deutscher Gewerkschaftsbund aufzutreten; denn der DGB habe eine andere Verpflichtung, als ein Hilfsorgan der SPD zu sein. Er hat dem auch entsprochen. Ich war etwas unglücklich darüber, daß unser Freund Robert Tillmanns ihn in seiner Abwehrrede mit Bezug darauf nicht richtig angesprochen hat. Er sagte, nun ja, wir wissen eben, daß Hunderttausende von ihnen nicht mitgehen. Ich hätte lieber gehört, und es wäre sinnvoll gewesen, wenn er dem Reuter mit Bezug darauf ein Wort der Anerkennung gesagt hätte. (*Lebhafter Widerspruch.*) Es kommt darauf an, wie man das formuliert und ausdrückt.

Es kann, darf und wird im Deutschen Gewerkschaftsbund, wie das heute ist, nicht weitergehen. Es sind Strömungen im Gange, die beachtet werden müssen. Wenn es einmal zu einer Trennung innerhalb der Gewerkschaften kommt, dann wird es keine Christlichen Gewerkschaften mehr geben, sondern es wird eine Trennung der Geister im Gewerkschaftsbund geben zwischen den gemäßigten Kräften und den Kräften, die bolschewistische Formen in Deutschland einführen wollen. Dazu hat Dr. Hellwig bemerkenswerte Gedanken ausgesprochen.

Im übrigen, Herr Bundeskanzler, was die Streikgeschichte mit dem Gewerkschaftsbund angeht, so habe ich im Kabinett gesagt, wenn der Kanzler hiergewesen wäre, dann wäre diese zweite Sache wahrscheinlich nicht passiert.

Mir scheint es ein Fehler zu sein, daß die Staatsführung mit dieser Organisation der Arbeiterschaft, mit den Gewerkschaften, nicht mehr in kluger Weise, wie das in der Weimarer Zeit geschehen ist, in Kontakt und Verbindung steht. In der Weimarer Zeit, und zwar ganz gleich, ob das unter dem Kabinett Stresemann oder Hermann Müller¹³⁵ oder Heinrich Brüning war, wurde die Organisation der Gewerkschaft bei allen größeren Angelegenheiten, die an die Staatsführung und an das Volk herankamen, genauso mit zu Rate gezogen wie die politischen Parteien.

Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß das – denn das sind Gesichtspunkte der Staatsklugheit – etwas mehr Beachtung findet und etwas mehr geschieht. Es

135 Hermann Müller (1876–1931), 1916–1918 MdR (SPD), 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, 1920–1931 MdR, 1920–1928 Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1920 und 1928–1930 Reichskanzler.

ist ein Auseinandersetzungsprozeß im Gange, und wir sollten die gemäßigten Kräfte gegenüber den bolschewistischen Kräften, die da sind, zu stützen versuchen.

Adenauer: Die Ausführungen des Herrn Kaiser zwingen mich, meine Meinung zur Gewerkschaft zu sagen. Zunächst habe ich große Zweifel, ob in der Weimarer Zeit die Gewerkschaften – ich zitiere wörtlich – genauso wie die politischen Parteien von der jeweiligen Reichsregierung bei allen größeren Angelegenheiten um ihren Rat und ihre Meinung gefragt worden sind.

Damals waren wirkliche Führer der Gewerkschaften in den Parteien. Das war z.B. der Herr Stegerwald, und das waren die sozialdemokratischen Herren auch. Infolgedessen war diese Verbindung schon da. Aber was Herr Kollege Kaiser sagt über die Strömungen im Gewerkschaftsbund – nehmen Sie es mir nicht übel, lieber Herr Kaiser –, die Strömungen kennen wir seit Jahren, immer strömt und strömt es.

Ich will Ihnen sagen, was mir – ich kann Ihnen den Namen nicht nennen – ein sehr kluges Mitglied der Gewerkschaften erklärt hat. Es hat mir gesagt: Der ganze DGB hat überhaupt nichts mehr zu sagen. Zu sagen haben allein einige Führer von einigen Industriegewerkschaften, und diese Leute warten nur ab bis zur nächsten Wahl des DGB-Vorstandes. Dann wird dieser ganze Vorstand des DGB, soweit er nicht in deren Horn tutet, weggeblasen werden. Und dann kommen diese Leute an die Reihe. Das sind die ISK-Leute¹³⁶. Wohin die tendieren, das wissen Sie. Deswegen soll man die Geschichte der gesamten Gewerkschaft doch anders sehen. Herr Freitag z.B., mit dem ich eine Aussprache hatte, die sehr harmonisch verlief, hat in allen diesen Dingen genau dieselbe Ansicht, wie ich sie habe, hundertprozentig. Er ist der Auffassung, daß die Gewerkschaften sich mit diesen politischen Fragen überhaupt nicht zu beschäftigen haben, sondern daß sie vollkommen neutral sein müssen. Aber was macht die IG-Metall und was macht jetzt die IG-Bergbau? Die machen, was sie wollen, daraus.

Was mir immer so entsetzlich vorkommt – ich glaube, ich habe es schon gesagt –, ist das, daß ein paar Millionen Menschen einfach gehorchen, wenn 50 Funktionäre flöten. Das ist etwas, was mir vollkommen unverständlich ist in unserer sogenannten demokratischen Zeit. Und da graben sich die Gewerkschaften, verehrter Herr Kaiser, ihr eigenes Grab. Darauf können Sie sich verlassen. Z.Z. bilden die Gewerkschaften die maßgebende Macht dieses Staates. Wenn dieser Staat nicht auf die Ebene kommen will wie bei der SED usw., dann müssen die Gewerkschaften

136 Internationaler Sozialistischer Kampfbund. – Nachfolgeorganisation des von Leonard Nelson (1882–1927) geschaffenen Internationalen Jugend-Bundes (IJB), in dem durch philosophische und pädagogische Schulung künftige Führerpersönlichkeiten herangebildet werden sollten; im Dezember 1945 offiziell aufgelöst. Seine Mitglieder traten z.T. in die SPD ein. Vgl. Werner LINK: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim 1964, hier vor allem S. 331–337.

auf das Feld zurückgehen, dem sie ihr Dasein und ihre Daseinsberechtigung verdanken, nämlich die Vertretung der Interessen der Arbeiter im Wirtschaftsprozeß zu sein. Das ist ihre Aufgabe. Da sollen sie und da müssen sie sein.

Aber wenn sie über dieses Gebiet hinausgehen, dann sehe ich kommen, daß eines Tages der Konflikt zwischen den Gewerkschaften und dem Staat nicht mehr zu vermeiden ist. Und dann wird sich zeigen, wer oben bleibt. Ich sehe die Sache also außerordentlich ernst an; ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie ernst ich sie sehe. Dem müssen wir ins Auge sehen. Aber an Strömungen, lieber Herr Kaiser, glaube ich nicht mehr.

Albers: Herr Bundeskanzler! Sie haben absolut recht, jeder von uns in diesem Saal und auch jeder Parteifreund muß sich größte Sorge machen über die Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, besser ausgedrückt, über die Entwicklung verschiedener Industriegewerkschaften. Wir wissen, daß diese Industriegewerkschaften heute das Leben der offiziellen Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes äußerst schwer machen. Was der Metallarbeiterverband beschließt, wird mehr oder weniger auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Zusammensetzung und Leitung akzeptiert.

Ich bin Herrn Krone sehr dankbar, daß er die Frage so gestellt hat: Können wir schweigen als Partei zu den Erscheinungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes? Ich habe auf dem Hamburger Parteitag zu dieser Frage meine Meinung gesagt, daß es in erster Linie Aufgabe der Arbeitnehmerschaft ist. Nachdem aber im Laufe des letzten halben Jahres die Gewerkschaften einen sehr verhängnisvollen Weg beschreiten, können die Parteien nicht mehr schweigen. Diese Meinung der Partei wünschen auch die meisten Anhänger unserer Partei, soweit sie aus der Arbeitnehmerschaft kommen.

Ich habe in den letzten Tagen drei Versammlungen mit Aussprachen über die Gewerkschaften gehabt. Eine war vor etwa acht Tagen im Carlswerk¹³⁷. Hier kam die Auffassung zum Ausdruck: So geht das unter keinen Umständen weiter. Wir haben nicht Lust, unser Geld herzugeben, um der Sozialdemokratie über die Gewerkschaftsbewegung Zutreiberdienste zu leisten.

Die zweite Besprechung fand in diesen Tagen statt mit den Vertretern der konfessionellen Organisationen, wobei vor allem die Evangelischen wie die Katholischen Arbeitervereine und Männerwerke anwesend waren. Kollege Kaiser hat nicht teilgenommen, weil er in Heidelberg reden mußte. Ich konnte feststellen, daß im Gegensatz zu früher, insbesondere aus dem evangelischen Lager, eine ganz andere Betrachtung über die Gewerkschaften vorhanden ist. Auch hier kam zum Ausdruck: So geht es nicht mehr weiter.

Eine dritte Besprechung habe ich erlebt in einem Kreis von Betriebsräten aus der Rheinischen Braunkohle und der Steinkohle von Aachen und Moers. Hier wurde wiederum erklärt: Die Zutreiberdienste, die heute der Gewerkschaftsbund für die SPD

137 Werk der Felten und Guillaume Carlswerk AG, Köln-Mülheim.

leistet – das müssen wir ganz klar sagen, es hat keinen Sinn, das nicht auszusprechen –, bringen unsere bisher in den Betrieben an führender Stelle stehenden Menschen in persönliche Gefahr insofern, als sich heute die radikalen Leute der Gewerkschaften und die KPD vereinigen, um unseren Leuten in den Betrieben das Leben unmöglich zu machen.

Es ist so, daß unsere Leute zu diesen Dingen von der Partei her ein klares Wort hören möchten, ein klares Wort, das die Kollegen Kaiser, Arnold, Storch und andere sagen müssen, nämlich das Wort, daß unsere Mitglieder der Partei und unsere Wählerschaft nicht dem Radikalismus, der sich heute innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zeigt, willenlos ausgeliefert sind. Wir müssen die Gefahren deutlich aufzeigen, die in der letzten Zeit beim Deutschen Gewerkschaftsbund aufgetreten sind.

Meine Meinung zu dem Reusch-Streik war die: Es war gut, daß man durch diesen 24-Stunden-Streik dem Herrn Reusch einen Denkkzettel gegeben hat. Was sich aber acht Tage später zeigte, das war eine unverantwortliche Angelegenheit. Leider ist es so, wenn diese ISK-Leute und diese Radikalen aus den großen Berufsorganisationen die letzte Entscheidung bekommen, dann werden wir noch mit größeren Streikbewegungen Ende Februar oder später rechnen müssen.

Ich erinnere weiter an die Literatur der Gewerkschaften. Hier ist der „Aufwärts“, die Jugendzeitschrift der Deutschen Gewerkschaften, mit einer Auflage von 750.000 Exemplaren, die alle 14 Tage erscheint. Ich empfehle Ihnen, sich diese Zeitschrift einmal auf ihren Inhalt hin anzuschauen, auch den Herren Dr. von Brentano und Dr. Krone. Ich muß sagen, wenn die jungen Leute alle 14 Tage diese Geschichten vorgehalten bekommen, welche andere Meinung sollen sie denn haben als die, wie sie hier dargelegt wird von einem Emigranten, der erst vor einigen Jahren irgendwie nach Deutschland zurückgekommen ist?

Die Gewerkschaftsjugend gehört auch dem Jugendring an. Sie wird von dort aus finanziert. Und über den Jugendring und den „Aufwärts“ wird mitfinanziert die Propaganda der SPD. (*Zuruf*: Und wir haben kein Geld!) Ich mache darauf aufmerksam, daß jährlich 60 Millionen DM in der Bundesrepublik für diese Dinge ausgegeben werden. Ich sähe es gern, wenn wir davon 40 Millionen sparen und den armen Invaliden geben könnten, die es ja verdient haben, damit sie ein besseres Leben führen können.

Jeder, der in der Verantwortung steht, kann nur mit großer Sorge in die Zukunft schauen. Ich habe eine Bitte an Sie, Herr Dr. Adenauer! Sie haben eben auf die Bemerkungen des Herrn Kaiser, daß früher die Gewerkschaften bei wichtigen politischen Entscheidungen gehört worden seien, etwas hart geantwortet. Ich meine sagen zu müssen, daß es vielleicht doch notwendig wäre, gelegentlich mit maßgebenden Leuten der Gewerkschaften – alle sind ja nicht einsichtslos – ein offizielles Gespräch zu führen über diese oder jene politische Frage. Das haben Sie früher mit Hans Böckler gemacht. Wir sind auch einmal zusammengewesen in diesem Raum, als es um die Frage des Mitbestimmungsrechts ging. Damals war August

Schmidt¹³⁸ dabei. Ich glaube Ihnen raten zu sollen, daß Sie gelegentlich diese Gespräche noch mit aufnehmen, um damit den Radikalismus zurückzudämmen.

Zimmer: Zu dem Problem der Kinderverschickung würde ich vorschlagen, daß sich in der nächsten Zeit einige Damen und Herren – Frau Pitz hat bewiesen, daß sie das Problem sehr genau kennt – mit dieser Frage befassen. Die Frage ist sehr dringend. Wir können sie aber heute nicht mehr erledigen. Ich bitte darum, sie auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Vielleicht kann die Bundesgeschäftsstelle Gelegenheit nehmen, dafür zu sorgen, daß ein kombiniertes Gremium der Partei und der Fraktion, dazu noch einige andere Vertreter, diese Frage einmal konkret bespricht. (*Adenauer:* Sie meinen speziell die Frage der Kinderverschickung?) Ja, es ist tatsächlich eine sehr wichtige Sache. Wir dürfen uns als Bundesrepublik nicht, wie im letzten Sommer, ein zweites Mal blamieren.

Lenzing: Ich habe vorhin schon Herrn Krone, als er über die Presse gesprochen hat, einen Zettel überreicht, worauf ich geschrieben habe: Die Dinge sind noch viel zu ungeklärt und schwierig, um heute darüber zu sprechen. Wir müssen darüber im kleinen Kreise sprechen.

Die Bundespartei hat einen Ausschuß für Presseangelegenheiten; er ist aber seit Jahr und Tag nicht mehr in Erscheinung getreten. Dieser Ausschuß müßte sich zunächst mit den Dingen befassen. Wenn dann gewisse Vorberatungen stattgefunden haben, könnten die Dinge im Parteivorstand ausgiebig erörtert werden.

Herr Dr. Krone sagte, wir hätten keine überregionale Presse. Das stimmt! Die haben wir früher auch nicht gehabt. Die überregionalen Zeitungen von früher waren reine Zuschußunternehmen. Ich bin der Meinung, wenn wir eine Reihe von CDU-Zeitungen auf regionaler Ebene hätten, die wirtschaftlich stark wären, dann könnte von diesen CDU-Zeitungen die Gründung einer überregionalen Zeitung in Angriff genommen werden. Diese Dinge müssen aber zunächst in dem hoffentlich bald wieder aktiv werdenden Ausschuß beraten werden. Außerdem scheint auch der Verein der Unionspresse verschwunden zu sein. Er muß mal wieder in Gang gebracht werden.

Adenauer: Vorsitzender dieses Ausschusses ist Herr Egbring¹³⁹. Er war lange Zeit sehr krank. Wer ist sein Stellvertreter? (*Heck:* Als Vertreter ist eigentlich keiner benannt. Es gibt drei Unterausschußvorsitzende, einer für Funk: Lenz(?), einer für Film: Vogel¹⁴⁰, einer für Presse: Wegener¹⁴¹.) Wir sollten einen, den Pressemann, bitten, solange Herr Egbring krank ist, die Sache in die Hand zu nehmen.

138 August Schmidt (1878–1965), 1946–1953 Vorsitzender der IG-Bergbau.

139 Carl Heribert Egbring (1881–1955), Zentrum, bis 1935 im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (zuletzt Ministerialrat); 1945 Mitgründer der CDU Vechta, 1951–1955 MdL Niedersachsen. – Akten des Ausschusses nicht zu ermitteln. CDU-Rundfunkreferent war C. W. Dietsch (UiD vom 11. März 1953).

140 Dr. Rudolf Vogel (geb. 1906), 1949–1964 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 103 Anm. 19; Erinnerungen in: ABGEORDNETE 4 S. 231–304.

141 Dr. August Wegener (1904–1987), vor 1945 Redakteur kölnischer Tageszeitungen, nach 1945 „Rheinisches Monatsblatt“, 1948–1970 Inhaber und Chefredakteur des CDP.

Lensing: Die Angelegenheiten des Rundfunks, des Films und der Presse können nicht in einem Ausschuß beraten werden. Ich bin früher wiederholt dagewesen. Wenn Filmangelegenheiten zur Sprache kamen, verstand ich nichts. Wenn über die Presse gesprochen wurde, verstanden die Filmleute nichts davon. Man müßte einen echten Presseausschuß einsetzen und ihn mit der Bearbeitung dieser Frage betrauen.

Adenauer: Kann Dr. Wegener den Vorsitz im Unterausschuß Presse übernehmen? (*Heck:* Den hat er bereits!) Dann übermitteln Sie ihm unsere besten Grüße, er möchte dafür sorgen, daß der Ausschuß in Funktion tritt.

Wackerzapp: Ich möchte noch auf folgendes hinweisen: Im Beamtensektor hat sich eine große Beunruhigung bei der Beratung des Personalvertretungsgesetzes¹⁴² ergeben. Es hat sich leider gezeigt, daß sich in der Beamtschaft die Meinung durchsetzt, als ob die CDU in diesem Punkt versage. Es ist schon so weit gekommen, daß die Beamten nur noch die FDP als Sachwalter ihrer Interessen ansehen. Wenn es darum geht, den Einfluß der Gewerkschaften auf Gebieten zu beschränken, wo wir noch bremsen können, sollte man bei der Beratung des Personalvertretungsgesetzes sehr achtgeben.

Adenauer: Es ist gut, daß diese Frage zur Sprache gebracht wird. Mir ist in der letzten Zeit zu Ohren gekommen, daß die FDP damit hausieren geht, Herr Sabel habe erklärt, die Beamtenverhältnisse müßten verschwinden.¹⁴³ Die Beamten müßten einfache Angestellte werden. (*Zimmer:* So nicht!) Verzeihen Sie, ich habe den Leuten, die mir das gesagt haben, erklärt, ich kann das unmöglich glauben, bitte schreiben Sie dem Herrn Sabel, ob er das gesagt hat. (*Zimmer:* Ich habe einen genauen Bericht über die Rede Sabel!) Wir wollen jetzt nicht näher darauf eingehen. Die Beamten glauben, nur bei der FDP die Hüterin der Beamteneigenschaften zu finden.

Albers: Herr Bundeskanzler! Der Herr Sabel hat eine solche Erklärung nicht abgegeben. Herr Sabel hat nur erklärt, wir müssen auch beim Personalvertretungsgesetz verschiedene Dinge mit beachten, die seit dem Jahre 1900 nicht mehr gesehen wurden. Diese Frage wird nun eingehend in den Ausschüssen beraten. Die Fraktion hat auch die Rede des Kollegen Sabel besprochen und sich im großen und ganzen angeschlossen. (*Von Brentano:* Das war noch nicht in der Fraktion!) Dann war es im Arbeitskreis!

142 Gesetz vom 8. Juni 1955 – BGBl I S. 447.

143 Vermutlich am 10. Januar 1955 vor der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Mainz, Redemanuskript nicht erhalten. Vgl. aber Sabels Aufsatz „Das Personalvertretungsgesetz“ in: „Soziale Ordnung“ 4 (1955) S. 4f. – Sabel, der auch Vorsitzender des Unterausschusses „Personalvertretung“ war, sprach sich u.a. für die Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern bei Personalratssitzungen aus, für Mitwirkung bei Einstellung, Beförderung und Abordnung von Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie für die Zuständigkeit von Arbeitsgerichten in bestimmten Streitfällen. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes am 17. März 1955 wurden die Arbeitnehmervertreter der CDU/CSU-Fraktion und die Ausschußvorlage Sabels von der Mehrheit der Fraktion und der FDP überstimmt. – Das Gesetz wurde schließlich am 8. Juni 1955 gegen wenige Stimmen angenommen und trat am 5. August in Kraft (BGBl I S. 477).

Gurk: Der Deutsche Beamtenbund, die Organisation, die sich von den Gewerkschaften distanziert, beklagt sich darüber, daß die Gewerkschaftsvertreter der CDU-Fraktion gegen die Gruppenwahl seien, also dagegen, daß die Beamten in sich kleine geschlossene Wahlkörper darstellen neben den Arbeitern. Das ist verhängnisvoll, und dagegen wende ich mich. Ich bitte Sie dringend, den Beamten einen eigenen Wahlkörper zu gewähren. Die Beamten im Deutschen Beamtenbund wollen die Autorität des Staates, sie wollen nur soziale Belange erfüllt haben.

Von Brentano: Sicherlich ist das Beamtenrecht und die Frage des Personalvertretungsgesetzes ein schwieriges Problem, aber ich möchte zwei Dinge feststellen: Zunächst einmal ist in der Fraktion darüber noch nicht gesprochen, geschweige denn eine Entscheidung gefällt worden, sondern wir haben eine erste informatorische Aussprache im Vorstand gehabt. Das hat Kollege Albers verwechselt.

Wir haben die Mitglieder des Unterausschusses hinzugezogen und uns über den derzeitigen Sachstand unterrichten lassen. (*Albers:* Im Arbeitskreis ist auch diskutiert worden!) Es ist aber keine Erklärung abgegeben worden. Es ist kritisiert worden an unserem Freund Sabel. Ich möchte aber eindeutig sagen, ich bin in verschiedenen Fällen dieser Kritik nachgegangen und habe festgestellt, daß diese Kritik unrichtig war und leider der Beamtenbund sich einiges geleistet hat, daß der Vorsitzende des Beamtenbundes¹⁴⁴ sich schriftlich bei Herrn Sabel entschuldigte. Das möchte ich eindeutig feststellen.

Daß die Auffassung von Sabel nicht in allen Punkten übereinstimmt, ist selbstverständlich. Deshalb werden diese Dinge sine ira et studio sehr sorgfältig geprüft. Ich bin auch der Meinung, daß das Mitbestimmungsrecht nicht übertragen werden kann auf die Beamtenrechte. Das Beamtenrecht beruht auf einer vollkommen anderen Konstruktion. Der Hoheitsträger ist etwas anderes als ein Angestellter. Der Hoheitsträger, der auch in einem anderen Verhältnis steht als der Angestellte oder Arbeiter, ist selbstverständlich anders zu behandeln. Außerdem ist auch die Funktion des Vorgesetzten eine andere, der selbst wieder unter einer parlamentarischen Kontrolle steht.

Alle diese Dinge werden sorgfältig diskutiert werden. Ich warne davor, uns aufgrund von Meldungen und zum Teil objektiv unrichtigen Nachrichten nervös machen zu lassen. Teilen Sie uns in der Fraktion mit, wenn solche Anfragen an Sie kommen. Ich bin jederzeit bereit, auf diese Anfragen entsprechend zu antworten und zu sagen, was richtig ist. Meistens stelle ich fest, daß die Anfragen auf falschen Behauptungen beruhen.

Wir wissen, daß in diesen Fragen auch ein so „treffliches“ Mitglied der Koalition wie Herr Miessner, der seinem Namen alle Ehre macht, in der Welt herumreist und für sich in Anspruch nimmt, daß nur die FDP die legitime Vertretung des Berufsbeamtentums sei. Dagegen müssen wir uns wehren. Wir dürfen nicht aus irgendeiner Nervosität heraus in diesen Chorus einstimmen.

144 Hans Schäfer (1900–1978), 1949–1955 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich auch der Beamtenrechtsausschuß der Partei einmal mit dieser Sonderfrage beschäftigte. Es ist auch eine Aufgabe der Partei, nicht erst dazu zu reden, wenn die Sache entschieden ist, sondern vorher eine Richtlinie zu geben. Vielleicht ist es auch gut, damit ein Gegengewicht geschaffen wird, wenn der Beamtenausschuß der Partei uns zu dieser komplexen Materie einen Vorschlag macht. Es handelt sich um zwei oder drei Vorschriften im ganzen Personalvertretungsgesetz, die ernstlich umstritten sind. Ich glaube, es wird uns in der Fraktion gelingen, über diese Hürde hinwegzukommen.

Adenauer: Wir kommen zum Punkt 4 unserer Tagesordnung.

BESPRECHUNG DER WAHL EINES STELLVERTRETENDEN BUNDESPARTEIVORSITZENDEN

Adenauer: Es obliegt uns, dem Parteiausschuß einen Vorschlag zu machen für die Wahl des ersten stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden an Stelle unseres verstorbenen Freundes Ehlers. Sie wissen, daß wir immer gesonnen waren und gesonnen bleiben, einen evangelischen Parteifreund an diese Stelle zu setzen. Nun hat man sich in dem Evangelischen Arbeitskreis mit der Frage der Nachfolgeschaft des Herrn Ehlers beschäftigt. Ich darf vielleicht einen der Herren bitten, uns darüber etwas mitzuteilen, und darf bitten, Vorschläge zu machen. Wollen Sie, Herr Cillien?

Cillien: Ich muß gestehen, daß ich nicht bei dieser Besprechung dabeigewesen bin. Ich kann nur über das Resultat berichten. Mir ist gesagt worden, man sei allgemein der Ansicht, den Herrn Tillmanns vorzuschlagen.

Adenauer: Sie haben die Ausführungen des Herrn Kollegen Cillien gehört, daß man allgemein der Auffassung sei, daß Herr Dr. Tillmanns der geeignete Mann ist. Ich glaube, wir anderen, die wir Herrn Tillmanns bei seiner ganzen Arbeit beobachtet haben, können das nur bestätigen. Ich persönlich würde mich freuen, mit Herrn Tillmanns auf diese Weise noch näher zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten.

Cillien: Noch ein Wort dazu! Es könnte sein, daß morgen eine Diskussion entsteht: Warum gerade Tillmanns? Es ist sehr wichtig, daß der Stellvertreter des Ersten Vorsitzenden in Bonn am Orte ist. Es muß fast täglich ein Kontakt erfolgen; denn es müssen ganz schnell Besprechungen stattfinden können, so daß es sicher nicht zu verantworten wäre, wenn es ein Freund wäre, der weit von hier wohnt. Aber das allein würde natürlich nicht genügen, wenn nicht Tillmanns überhaupt die Voraussetzungen mit sich brächte. (*Zuruf:* Wohnt er denn hier?) Er ist hier Minister. (*Adenauer:* Das beweist noch nichts. – *Schmidt:* Er hat hier eine Residenzpflicht! – *Adenauer:* Nein, Minister sind keine Beamten! – *Unruhe.*) Vielleicht würde es, nachdem heute so oft auf das Problem der Wiedervereinigung hingewiesen worden ist, gerade schaden, wenn er tatsächlich hier seinen ständigen Wohnplatz hätte. Er ist Vorsitzender des Landesverbandes Berlin. Das dürfte noch ein weiteres Plus sein. (*Krone:* Aufgeben!)

Adenauer: Herr Krone, das müßte ich bedauern, wenn Herr Tillmanns seinen Vorsitz in Berlin aufgeben müßte. (*Zuruf:* Ehlers war auch Vorsitzender von Oldenburg!) Herr Tillmanns, das wird jeder von der Fraktion bestätigen, ist ein ungewöhnlich fleißiger Mann; er scheut keine Arbeit. Er ist, trotzdem seine Aufgaben als Vorsitzender des Landesverbandes Berlin groß waren, auch immer hier in Bonn gewesen und hat bei keiner wichtigen Gelegenheit gefehlt. Ich glaube, Herr Krone, Sie würden auch keinen Ersatzmann finden können. (*Krone:* Schwerlich!) Sie wollen Herrn Friedensburg¹⁴⁵ vorschlagen? (*Krone:* „Ganz bestimmt“! – *Heiterkeit.*) Dann darf ich also feststellen, daß wir morgen dem Parteiausschuß Herrn Dr. Tillmanns vorschlagen. Es wäre sehr erwünscht, daß es zu keiner Diskussion kommt.¹⁴⁶ Vielleicht wird der eine oder andere von Ihnen die Aufgabe übernehmen, dafür zu sorgen, daß es nicht dazu kommt.

Eplée: Ist daran gedacht, den geschäftsführenden Vorstand zu ergänzen, weil Herr Tillmanns ausscheidet?

Adenauer: Darüber habe ich mit Dr. Tillmanns schon gesprochen. Wir waren uns noch nicht klar. Wir wollen das Gespräch fortsetzen.

BESPRECHUNG DER SITZUNG DES ERWEITERTEN BUNDESPARTEIAUSSCHUSSES

Adenauer: Wir hätten uns dann zum Schluß noch ganz kursorisch klarzumachen, wie morgen die Sitzung des Parteiausschusses verlaufen soll. Daß man dieser Sitzung mit großem Interesse in der gesamten Öffentlichkeit entgegensieht, ist ohne weiteres klar. Ich habe heute zu Beginn der Sitzung ausgeführt, wie ich mir den Punkt 1 der Tagesordnung gedacht hatte. Ich hatte sehr wenige Sätze sprechen wollen. Dann sollten sprechen – ich habe die Herren darum gebeten, ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind – Herr Erhard, Herr Schäffer bis zur Mittagspause, und nach der Mittagspause sollten die Herren Blank und Hallstein reden.

Weil das, was ich sagen will, über den Rundfunk gehen soll, muß ich etwas länger sprechen als ursprünglich beabsichtigt. Ich lege sehr großen Wert darauf, daß eine Diskussion stattfindet und Fragen gestellt werden. Ich bitte Sie, eventuell mit verteilten Rollen zu arbeiten und namentlich beim Punkt 1 Fragen zu stellen.

145 Dr. Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Honorarprofessor für Bergwirtschaft TU Berlin (seit 1953); 1921–1925 Landrat Rosenberg/Westpreußen, 1925–1927 Polizeivizepräsident Berlin, 1927–1933 Regierungspräsident Kassel, vor 1933 DDP/Staatspartei, Mitgründer der CDU, 1946–1951 Bürgermeister von Berlin, 1948–1952 MdB Berlin (CDU), 1952–1965 MdB (Vertreter Berlins). Vgl. Reinhard FROMMELT: Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer. In: BUCHSTAB/GOTTO S. 208–221.

146 Tillmanns wurde ohne Aussprache mit 91 Stimmen, 5 Enthaltungen und einer Gegenstimme vom Bundesparteiausschuß am 6. Februar 1955 zum stv. Bundesparteivorsitzenden gewählt (ACDP VII-001-020/3 S. 7).

Was Punkt 2 angeht, so wird Herr Krone sich sehr sorgfältig überlegen, was aus dem internen Gespräch hier, das unter dem Titel „Innenpolitische Aufgaben“ stand, morgen ausführlicher gesagt werden kann und was man besser zurückstellt.

Ich glaube, das wird er ohne weiteres gut machen. Ich darf wohl annehmen, daß Sie damit einverstanden sind, daß er, wie die Dinge nun einmal sind, sich über die Frage der Gewerkschaften doch ausspricht.

Ich nehme an, daß die Wahl des Herrn Tillmanns sehr schnell erledigt sein wird. Was zur Frage „Verschiedenes“ noch gefragt wird, wissen wir nicht. Es wird aber nötig sein, daß wir uns alle darauf einrichten, daß der Parteiausschuß bis zum Abend tagt und daß er vollzählig zusammenbleibt. (*Zimmer*: Sie werden des verstorbenen Freundes Ehlers zu Anfang gedenken. Ich frage daher, muß die Wahl von Herrn Tillmanns erst am Schluß erfolgen?) Aber nicht sofort im Anschluß! (*Zimmer*: Nicht sofort, aber die Wahl könnte als erster Punkt am Nachmittag erfolgen.) Ja, als erster Punkt am Nachmittag, bevor Herr Blank spricht.

Herr Staatssekretär Hallstein steht in seinem Zimmer den Herren zur Verfügung wegen der Unterrichtung in der Saarfrage. Darf ich weiter fragen, ob noch etwas zum Punkt „Verschiedenes“ vorzubringen ist?

Von Hassel: Wird schon um 11 Uhr übertragen?

Heck: Da voraussichtlich nicht pünktlich begonnen werden kann, wurde vereinbart, daß zwischen 11 Uhr und 11.45 Uhr die Zeit gewählt werden kann.

Adenauer: Was heißt das, die Zeit gewählt werden kann?

Heck: Es ist nicht damit zu rechnen, daß der Parteiausschuß um Punkt 11 Uhr da ist.

Adenauer: Wird direkt übertragen oder geht es aufs Band?

Von Lojewski: Es wird direkt übertragen. Aber der NWDR hat sich eingerichtet, daß er noch einen Zwischenbericht gibt. Es muß um 11.45 Uhr Schluß sein.

Adenauer: Dann wollen wir spätestens um 11.15 Uhr anfangen. (*Zuruf*: 11.10 Uhr!) Also 11.10 Uhr. (*Von Brentano*: Wir müssen sagen: Punkt 11 Uhr; es wird doch ein paar Minuten später.) Gut, dann sagen wir Punkt 11 Uhr, um eventuell dem Rundfunk noch ein paar Minuten Zeit zu geben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können uns alle gegenseitig dafür danken, daß wir in einer sehr guten Weise, wie ich annehmen darf, alle die Dinge, die uns am Herzen liegen, heute miteinander besprochen haben.

Ich darf die Sitzung schließen.